

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Wilmont Haacke

Deutsche Wochenblätter  
der Gegenwart

Wolfgang Ismayr

Perspektiven einer  
kulturellen Demokratie

ISSN 0479-611 X

B 40/79

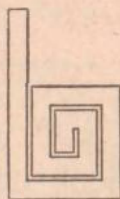
6. Oktober 1979

Wilmont Haacke, Dr. phil. habil., geb. 1911, ord. Professor (em.) der Publizistik, Georg-August-Universität Göttingen. Gemeinsam mit Emil Dovifat, Walter Hagemann und Günter Kieslich Gründer und seit längerem geschäftsführender Herausgeber der Zeitschrift „Publizistik. Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung“.

Veröffentlichungen u. a.: Julius Rodenberg und die Deutsche Rundschau, Heidelberg 1950; Handbuch des Feuilletons, 3 Bde., Emsdetten 1951—1953; Die Zeitschrift — Schrift der Zeit, Essen 1961; Publizistik — Elemente und Probleme, Essen 1962; Publizistik und Gesellschaft, Stuttgart 1968; Die politische Zeitschrift 1665—1965, Band I, Stuttgart 1968; Band II erscheint dort 1980.

Wolfgang Ismayr, Dr. phil., geb. 1942; Studium der Politikwissenschaft, Philosophie, Geschichte und Germanistik in München; Akademischer Rat für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Bamberg.

Veröffentlichungen: Das politische Theater in Westdeutschland, Meisenheim am Glan 1977; Aufsätze in Fachzeitschriften, u. a.: Kulturpolitik und demokratische Kultur, in: Die Mitarbeit. Zeitschrift zur Gesellschafts- und Kulturpolitik, 1979, H. 2/3, S. 186—215.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unter- richtung und Urteilsbildung.

# Deutsche Wochenblätter der Gegenwart

Welche Medien der Kommunikation haben in der Bundesrepublik Deutschland starken und nachhaltigen Einfluß auf die Meinungsbildung? Von niemandem wird bestritten, daß an erster Stelle die politisch-kulturellen Wochenblätter kraft ihrer überall täglichen Wirkung zu nennen sind: vor den vier überregionalen Tageszeitungen von Rang aus Frankfurt, Bonn und München und ebenso vor sämtlichen Rundfunk- und Fernsehsendern. Schon ein lediglich pressehistorisch durchgeführtes Recherchieren nach maßgeblichen Kommunikationsmitteln der Gegenwart zeigt sofort auf, daß die Wochenblätter frühere Monatsschriften und heutige Tagesblätter dank ihres schöpferischen Sehens der Gegenwart an inhaltlichem Reichtum übertreffen.

Daß die für ihre Erforschung zuständige einstige Zeitungswissenschaft, nachmalige Publizistikwissenschaft, heutige Kommunikationswissenschaft solchen für die Meinungsbildung in Politik, Wirtschaft, Kultur und persönlicher Lebensweise maßgeblichen Blättern bisher kaum jemals die ihnen gebührende Aufmerksamkeit schenkte, das ist kaum zu begreifen. Aus diesen Gründen seien hier Skizzen über einige das politische Spektrum der Bundesrepublik widerspiegelnde Wochenblätter vorgelegt. Aus Raumgründen können diese Portraits nicht vollständig dargeboten und damit sämtliche parteipolitischen oder gar regionalen Publikationen von Gewicht berücksichtigt werden <sup>1)</sup>.

## I. Welt der Arbeit. Wochenblatt des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Gegründet 1949, Erscheinungsort: Köln, Auflage: 186 000

Gemäß seiner hausinternen Vorgeschichte gilt dieses einflußreiche Wochenblatt als „offizielles Publikationsorgan“ des DGB. Die erste Nummer erschien am 6. Januar 1950. Der Titel des während der ersten Jahre des Erscheinens im Umfang recht bescheidenen Periodikums stammt von Hans Böckler. Von Beginn an sollte es dazu dienen, die Arbeit der Gewerkschaft, ihre Leistungen und Ziele, intensiver als zuvor (dies wurde im Rückblick auf die Weimarer Republik und deren Ende ausgesprochen) in der Öffentlichkeit und vor der Öffentlichkeit zu popularisieren. Am Rande sei erwähnt, daß es von 1921 bis 1934 eine Art Vorläufer gab, die Tageszeitung „Der Deutsche“. Adam Stegerwald hatte sie für die Christlichen Gewerkschaften ins Leben gerufen. Zeitweilig war der spätere Professor für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin, Emil Dovifat, ihr Chefredakteur.

Die „Welt der Arbeit“ ist jenen Forderungen treu geblieben, die Hans Böckler ihr als Programm auf die erste Seite schrieb. Beabsichtigt war, für den Gewerkschaftsbund gleichsam „public relations“ zu treiben. Das Blatt hatte und hat dem Durchsetzen „moderner gewerkschaftlicher Forderungen“ zu dienen. Dank sei-

ner publizistischen Aktivitäten sollte unter den „Arbeitnehmern aller Schichten“ Verständnis und Bereitschaft „zum Kampf für den sozialen Fortschritt und Aufstieg“ geweckt werden. Das neue Organ werde „seine Absichten ... über die Unterschiede der Parteien und der Weltanschauung hinweg, sauber, wahrhaft und entschieden vertreten“. Es sollte stets „in Treue und Wahrung menschlicher Würde, dem Recht wie der Gerechtigkeit, der Freiheit und dem Frieden dienen“ <sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Beim vorliegenden Beitrag handelt es sich um einen Auszug aus Vorarbeiten zu Band II „Die politische Zeitschrift“. Band I (Stuttgart 1968) führte von den Anfängen des deutschen Zeitschriftenwesens bis zur Jahrhundertwende (1899). Die Fortsetzung soll von 1900 bis zur Gegenwart weiterleiten (Stuttgart 1980). Als Einleitung in die damit eröffneten Fragenbereiche diente des Verfassers Aufsatz: „Sind Wochenblätter Zeitungen oder Zeitschriften? Historische Lücken und methodische Mängel ihrer Erforschung“, in: Publizistik, Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung (24. Jg., 1979., Heft 2, April—Juni, S. 149—170). Vgl. auch die Skizze „Staat, Gesellschaft und politische Zeitschrift“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/76 vom 28. 2. 1976.

<sup>2)</sup> Hans Böckler, Programm-Sätze aus der „Welt der Arbeit“ vom 6. 1. 1950.

Rauhen Winden, die nach schweren Wirtschaftskrisen einsetzten, hielten jene papiernen Girlanden freilich nicht alleweil stand.

Hingegen orientierte man sich bis zur Gegenwart an Zielen, welche der langjährige Chefredakteur Klaus Besser, der das Blatt nach Arthur Saturnus' Ausscheiden (September 1957) zum 1. März 1958 übernahm, nüchterner formulierte. Nunmehr gelte es (d. h. mit einem von ihm zuvor modernisierten, besser umbrochenen und stärker illustrierten Blatt) „ein großes Publikum ohne Rücksicht darauf zu erfassen“, ob es zur Gewerkschaft gehöre oder nicht. Das Blatt wende sich sowohl an Sympathisierende als auch an Kontrahenten, an Mitglieder wie an Indifferente<sup>3)</sup>.

Ein wenig unvorsichtig hatte Paul Fechter während des Dritten Reiches den Satz geprägt: „In einer Zeitung muß nicht nur etwas, sondern möglichst viel zu lesen stehen, denn sonst will das Papier niemand haben.“ Jene These diente damals der Camouflage für seine und seiner Mitarbeiter Publikationen in der „Deutschen Rundschau“, in der „Deutschen Zukunft“ und im „Berliner Tageblatt“. Routinier Klaus Besser mag daran gedacht haben, als er jene These zugunsten eines erfolgreichen Ankommens der „Welt der Arbeit“ aufgriff. Von namhaften In- und Auslandskorrespondenten geschriebene Beiträge wenden sich ausdrücklich nicht an sogenannte Intellektuelle, sondern — wie es in eigenen Erklärungen heißt — an „die Masse der Arbeitnehmer“. Um sie zu erreichen, pflegt die Redaktion eine einfache Sprache.

In seiner Studie „Das Groschen-Imperium. Gewerkschaften als Unternehmer“ geht Wilfried Scharnagl, seit langem Leiter der Wirtschaftsredaktion des „Bayernkurier“, nicht gerade glimpflich mit der gesamten periodischen Publizistik des mächtigen Verbandes um. Als Publizist muß er jedoch über die geschickte journalistische Gestaltung jener weitverbreiteten Organe melden, daß sie stets auf der „Suche nach der interessantesten und attraktivsten Aufmachung“ seien. Um seine Auffassung abzusichern, zitiert er aus einem Geschäftsbericht der IG Metall folgende Eigenbeurteilung: „Das äußere Bild der Gewerkschaftspresse paßt sich mehr und mehr dem der Massenpresse an. Ihre Leser, die durch Boulevardblätter, Wochenzeitungen, Illustrierte und das Fernsehen an ein bestimmtes äußeres Bild und an eine be-

stimmte Sprache gewöhnt sind, müssen ähnliches auch in der Gewerkschaftszeitung wiederfinden, wenn ihr Interesse geweckt werden soll. Durch Aufmachung, Knappheit der Sprache, Verwendung von Illustrationen hat unsere Presse sich darum ein Gewicht gegeben, das die Chance, beachtet und gelesen zu werden, erhöht.“<sup>4)</sup>

Die Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ sieht derzeit folgendermaßen aus: Über den Kopf ist neuerdings in roter Farbe eine werbende Zeile gesetzt. Sie lautet: „Informativ — kritisch — offensiv — die Zeitung für Arbeitnehmer, die politisch denken“. Zumeist stehen zwei Leitartikel und drei Glossen an der Spitze (S. 1). Das Ressort „Politik“ geht über auf die nächste Seite. Einem Rückblick auf „Die Woche im DGB, Berichte aus Betrieben“ folgt eine Zitatenspalte „Gewerkschaften im Spiegel der Presse“; Karikaturen lockern das Ganze auf. „Gewerkschaftspolitik“ wird interpretiert auf den Seiten 3—5; „Politik und Wirtschaft“ ersetzen den in anderen Blättern üblichen Wirtschafts- oder Handelsteil (S. 6). Eine Seite „Ausland“ folgt (S. 7). „Spiegel der Arbeitswelt“ enthält dahingehörende Nachrichten; eingefügt werden besinnliche Kommentare — „Gedanken zur Zeit“ genannt. Die Seiten 9 und 10 sind jeweils ganz den Themen „Staat und Gewerkschaften“ sowie „Entwicklungspolitik“ gewidmet.

Naturgemäß stellt das Ressort „Kulturpolitik“ die Ruhrfestspiele zur Spielzeit als gewerkschaftseigenes Theater- und Literaturbemühen in den Mittelpunkt (S. 11—12). Das „Feuilleton“ (S. 13—15) enthält Buch-, Theater- und Musikkritiken. Hier wird anläßlich einer Schallplattenbesprechung zu Recht gefragt: Ist das „Musik fürs Volk?“. Da die gute Kurzgeschichte in hochnäsigen Blättern seit langem vernachlässigt wird, sei angemerkt, daß sie in der „Welt der Arbeit“ beständig kultiviert wird. Dies geschieht allerdings unter dem weniger schönen Terminus „Die Story der Woche“. Zum Beschluß konfertierte das „Kabarett der Woche“ mittels Feuilletons, die sich tatsächlich als solche erweisen. Amadeus Siebenpunkt erhält „Die kleine Form“ am Leben. Zeitungslyrik im Sinne der Kästnerischen Gebrauchs-Poesie wechselt mit Karikaturen ab<sup>5)</sup>.

Dank solchermaßen gehandhabter redaktioneller Gestaltung entstehen allwöchentlich

<sup>3)</sup> Klaus Besser, Die Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Hannes P. Schlobben und Richard Kirsten, Die Deutsche Gewerkschaftspresse, Köln-Deutz 1961, S. 81—85.

<sup>4)</sup> Wilfried Scharnagl, Das Groschenimperium. Gewerkschaften als Unternehmer, München 1970, S. 236—237.

<sup>5)</sup> Für dies Kurz-Signalement wurde ausgewertet: „Welt der Arbeit“, Nr. 20 vom 18. Mai 1978.

sechzehn Seiten, die sich sehen lassen. Auf ihnen steht im Sinne des Fechtterschen Satzes „genug zu lesen“. Somit hat Wilfried Scharnagl mit seiner Feststellung Recht, daß „in zunehmendem Maße Aspekte der Unterhaltung Eingang in die Gewerkschaftspresse gefunden“ hätten <sup>6)</sup>).

Eine solche Recherche sollte nicht zuletzt erkennen lassen, daß die journalistische Art der Ansprache, wie sie durch das Repräsentations-Organ des DGB erfolgt, bisher nur selten gerecht gewürdigt wurde. Über derlei mangelnde Aufmerksamkeit oder oberflächliches Fehl- und Scheelsehen gibt eine 1977 veröffentlichte Broschüre Aufschluß, deren Verfasser einen Wegweiser durch die Gewerkschaftspresse vorzulegen hoffte. Darin findet man das seinem Gehalt nach führende Blatt des „DGB“ schließlich unter „Sonstige Publikationen“. Das ist gewiß keine geglückte Platzierung! „Zu den sonstigen Veröffentlichungen, die vorwiegend oder ausschließlich von den Gewerkschaftsmitgliedern gelesen werden, die also in erster Linie nach innen wirken, und die nicht Zentralorgan, Gruppen-, Fach- oder Funktionszeitschrift sind“, rechnet Reinhard Jühne politisch wirkende Periodika, „deren Verbreitung zwar nicht auf Mitglieder beschränkt ist, die jedoch von der Öffentlichkeit weit weniger wahrgenommen werden als von Mitgliedern und insbesondere von Funktionären“. Dies treffe vor allem auf die „Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes“, die „Welt der Arbeit“ zu.

Wäre das Blatt so engherzig geformt, wie könnte es dann „eine breitere Öffentlichkeit ansprechen“? Da wußte Klaus Besser schon vor zwei Dezennien besser Bescheid! Jener Dirigent riskierte die schon seinerzeit spaßige Bemerkung, daß nur ein kleiner Teil der Auflage an die Kirche gehe. Gehört sie denn dahin? Der Großteil werde direkt an Gewerkschaftsfunktionäre geschickt. Sicherlich — und wieso eigentlich nicht? Daß das Blatt darüber hinaus versucht, „Einfluß auf Parlamente und Regierungen, auf Verbände aller Schattierungen und die Öffentlichkeit schlechthin zu nehmen“, liegt das nicht auf der Hand? Nicht minder gewiß muß es sich als eine Stimme der Gewerkschaften verstehen. Daß man es als Sekundanten der demokratischen „Linken“ interpretieren mag, dagegen ist nichts einzuwenden. Daß es „als publizistische Alternative zu den politischen Wochenzeitungen, die sich anderen als gewerkschaftlichen Idea-

len verpflichtet fühlen“, publiziert wird, versteht sich wohl von selbst <sup>7)</sup>.

Ein Bild von gestern hat Günter Triesch aufgezeichnet, als er über die Publizistik der Gewerkschaften schrieb, sie habe sich von Beginn an gründlich „von den bürgerlichen Zeitungen“ unterschieden und wäre eine Presse gewesen, die „vom Arbeiter für den Arbeiter geschrieben“ wurde. Infolgedessen habe sie „manche journalistischen Mängel“ aufgezeigt. Tatsächlich sind ja die Redakteure der Gewerkschaftspresse früher häufig aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen.

„Durch jahrelanges Selbststudium und durch die Erfahrungen, die sie als Funktionäre sammelten, hatten sie sich in ihren Wirkungsbe- reich eingearbeitet. Sie wußten wenig von den Möglichkeiten der Massenbeeinflussung und der ansprechenden Gestaltung einer Tageszeitung, was damals allerdings auch für die allgemeine Presse nicht von der Bedeutung war wie heute, wo das Lesen der Schlagzeilen die Lektüre des Leitartikels weithin ersetzt.“ <sup>8)</sup> Daß sich all das inzwischen gründlich veränderte, bezeugt an anderer Stelle abermals Wilfried Scharnagl durch die Erfahrung: „Die Blätter des DGB und seiner Gewerkschaften unterscheiden sich von ihren Vorgängern aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung nicht zuletzt auch dadurch, daß man ständig auf der Suche nach neuen Wegen und Möglichkeiten ist, um gewerkschaftliche Anliegen in optimaler Form zu repräsentieren.“ <sup>9)</sup>

Nach welchen Prinzipien wird die „Welt der Arbeit“ allwöchentlich veröffentlicht? Im Grunde doch noch immer gemäß den idealistischen Vorsätzen, die einstmals Hans Böckler auf die erste Seite des Blattes schrieb. Voller Selbstbewußtsein hieß es: Wir werden „die Wahrheit sagen“, wir wollen „auch im Angesicht der Mächtigen“ mutig bleiben, wir wollen „geistig und politisch unabhängig“ sein. Man werde Toleranz üben, „aber hart sein gegen das Unrecht und die Feinde der Demokratie...“ <sup>10)</sup>

<sup>7)</sup> Reinhard Jühne, Gewerkschaftspresse. Organisation — Kosten — Ziele (Beiträge zur Gewerkschafts- und Bildungspolitik, Heft 22), Köln 1977. — Um ein objektiveres Erfassen des Gegenstandes ist bemüht: Werner Fabian, Gewerkschaftspresse, in: Handbuch der Publizistik, Band 3, hrsg. von Emil Dovifat, Berlin 1969, S. 514—522, nebst Bibliographie.

<sup>8)</sup> Günter Triesch, Die Macht der Funktionäre — Macht und Verantwortung der Gewerkschaften, Düsseldorf 1956.

<sup>9)</sup> W. Scharnagl, a. a. O., S. 240.

<sup>10)</sup> H. Böckler, a. a. O.

<sup>6)</sup> W. Scharnagl, a. a. O., S. 243.

Manchen mag es verblüffen, daß noch gegen Mitte des 20. Jahrhunderts Publizisten darauf bestehen, das Verkünden der Wahrheit für ihr *officium nobile* zu halten. In seinen Beiträgen zur Wissenschaft von der Publizistik, die anfangs der fünfziger Jahre — also gleichzeitig mit den frühen Ausgaben von Blättern wie der „Welt der Arbeit“ — erschienen, hat Walter Hagemann über die Re-

lativität des Begriffsinhaltes Wahrhaftigkeit philosophiert. Seine Einsicht lautete, daß man als einzelner „die Wahrheit“ kaum jemals erfassen oder sie gar für die Presse — gleichsam mit Garantieschein versehen — formulieren könne. Dennoch gelte es, „im Berichten und erst recht beim Vorprägen der Meinungen Zweiter, Dritter und Vieler Wahrhaftigkeit anzustreben“<sup>11)</sup>.

## II. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur

Gegründet 1948, Erscheinungsort: Hamburg, Auflage: 137 100

Zu den führenden deutschen Wochenblättern, welche ihre publizistischen Ziele mit unbeirrbarer Ernsthaftigkeit pflegen, zählt das 1979 im 32. Jahrgang erscheinende Hamburger „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“.

Das „Sonntagsblatt“ geht auf eine noch vor der Gründung der Bundesrepublik an den damaligen Landesbischof von Hannover, Dr. Hanns Lilje, von der britischen Militärregierung erteilten Genehmigung zur Edition einer Wochenzeitung zurück. Von der ersten Nummer an, die am 1. Februar 1948 erschien, zeichnete jene markante Persönlichkeit als Herausgeber. Als Schreibender wie als Redner war er ein begabter Publizist. Seine vielfältige Aktivität hat das Interesse der westdeutschen Öffentlichkeit rasch gefesselt<sup>12)</sup>. Darüber hinaus verfügte er über die rare Gabe, schöpferische Journalisten, die politisches Wissen und stilistisches Können miteinander verbinden, für sein Wochenorgan zu gewinnen. Der erste Chefredakteur — bis er 1954 zur „Welt“ ging — war Hans Zehrer. Ihm folgte bis 1969 Axel Seeberg. Deren Linie führt fort, variiert und bereichert seit 1969 Eberhard Maseberg.

Das „Sonntagsblatt“, längst eine feste, zuverlässige, in jeglichem Betracht glaubwürdige Institution zur Anregung von Meinungsbil-

dung in der Bundesrepublik, verdankt seine so günstige Entwicklung jenen schon während der Weimarer Zeit in den großen Blättern seltenen und deshalb sehr gesuchten Eigenschaften, die von einem idealen „editor in chief“ erwartet werden. Gewiß sollte er „schreiben“ können, nicht minder erhofft man von ihm — und dies möglichst häufig — neue Wege weisende Leitartikel. Entscheidend jedoch ist und bleibt die Fähigkeit, die Ressorts des Blattes mit den „richtigen Leuten“ zu besetzen und die weiteren Stühle innerhalb der Sparten wiederum an geeignete Redigierer oder Schreiber zu vergeben. Sich ein solches Ensemble zu schaffen, es bei Laune zu halten — das heißt, ein nicht leicht faßbares schöpferisches Fluidum zu schaffen. Die einen sprechen vom „Blatt-Geist“, andere gar vom „Geist des Hauses“. Jene Geisterbeschwörung meisterten Zehrer wie Seeberg, und Maseberg steht ihnen darin nicht nach.

Das „Sonntagsblatt“ aus Hamburg liest sich Seite um Seite, Schlagzeile für Schlagzeile, von Artikel zu Artikel deshalb so gut, weil ihm der Leser anmerkt, daß in dieser Redaktion keinerlei Hang zu allzu fixer Oberflächlichkeit herrscht. Sie läßt keine unausgerekten Zufälligkeiten in die Setzerei oder gar auf die Rotation entweichen. Wären die „Sonntagsblättler“ Theaterleute, was sie natürlich nicht sind, so müßte man nach jeder Nummer, die sie vom Stapel ließen, die ganze Mannschaft an die Rampe holen, um nicht diesem oder jenem, sondern allen miteinander zu applaudieren.

Zur Genealogie des Organes heißt es in einer Erklärung vom 1. Oktober 1967 über die Umbenennung in „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“: „Als im Februar 1948 für die neugegründete Wochenzeitung der einfache Name SONNTAGSBLATT gewählt wurde, da

<sup>11)</sup> Walter Hagemann, Grundzüge der Publizistik. Als eine Einführung in die Lehre von der sozialen Kommunikation neu herausgegeben von Henk Prakke und anderen, Münster 1966, S. 148.

<sup>12)</sup> „Das protestantische Prinzip als die Polarität zwischen positiver Weltgestaltung und kritischem Protest erweist sich als die Triebfeder der vielfältigen Erscheinungsformen der evangelischen Presse.“ Diese Definition stammt von einem Manne, der jene Presse über Jahrzehnte hinweg, quasi aus dem Hintergrund — aus Bielefeld — redigierte: Focko Lüpsen, Evangelische Zeitschriften, in: Emil Dovifat (Hrsg.), Handbuch der Publizistik, Band III, S. 487—495.

stand hinter solcher Namensgebung der Gedanke, durch überregionale, mit hohem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Anspruch geleistete Arbeit einen oft mißverstandenen Gattungsbegriff aufwerten zu helfen. Das ist, so meinen wir heute, weitgehend gelungen. Das SONNTAGSBLATT hat sich als „das“ Sonntagsblatt ausgewiesen und im kritischen Bewußtsein der Öffentlichkeit durchgesetzt ... Wir nehmen unseren selbstgewählten Auftrag ernst, und wir sind ihm in zwei Jahrzehnten aus protestantischer Grundhaltung gefolgt. Echo und Zustimmung ermutigen uns, ihn mit Entschlossenheit fortzuführen. Der neue Titel soll das auch äußerlich kennzeichnen.“<sup>13)</sup>

Das Periodikum hat sich seit langem einen Redaktionsbeirat geschaffen, unter dessen Mitgliedern ein namhafter Repräsentant der Arbeitgeberverbände neben einem nicht minder prominenten Mann aus der Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu finden ist. Gesellschafterversammlung und Redaktionsbeirat gaben im Februar 1975 gegenüber der Öffentlichkeit über die Mission ihrer Wochenschrift folgende Erklärung ab: „Das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt ist eine christliche Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur. Als solche nimmt es teil an dem Bemühen, das Evangelium für die Gegenwart jeweils neu auszulegen und den christlichen Glauben in allen Lebensbereichen zur Geltung zu bringen. Dabei spiegelt es die Vielfalt sowohl der religiösen Überzeugungen, theologischen Meinungen und kirchlichen Lebensformen als auch der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte wider, wie sie im Protestantismus und innerhalb der Weltchristenheit vorhanden sind. Es tut dies in der Absicht, Konflikte offen auszutragen, falsche Alternativen zu überwinden, Gegensätze auszuschalten und so zur Versöhnung in Kirche und Gesellschaft beizutragen.“<sup>14)</sup>

Ein Blatt solcher Qualität verdient ob seiner beispielhaften Gestaltung zumindest eine beschreibende Skizze: Neben dem Kopf rechts oben findet sich eine Inhaltsübersicht über Beiträge und Autoren. Auf der ersten Seite rahmen auf den Außenspalten sowohl links als auch rechts laufende Leitartikel meist zwei als Vierspalter aufgemachte Berichte

aus dem In- und Ausland ein. Es folgen sechs oder sieben Seiten des Ressorts Politik („DS-Aktuell“). Auf Seite 2, innen rechts, als Besonderheit die Sparte „Mittelweg 111“ — sozusagen das allwöchentliche „Idioticon“, was nichts weiter als Wegweiser heißt, in eigener Sache: Warum schreiben wir was für wen? Es folgen — bei wechselndem Umfang — die Ressorts „Gott und die Welt“, „Wissenschaft und Technik“, „DS-Interview“ (mit bekannten Zeitgenossen über zeitbekannte oder zur Zeit noch nicht genügend erörterte Themen), „Kulturmagazin“, „Reise-Journal“, „Leserbriefe“ und endlich „DS-Report“. Über die inhaltliche Reichhaltigkeit der Ressorts, die Prononciertheit der ausgewählten und gegeneinander ausgewichteten Themen, die fachliche Zuständigkeit oder die Namhaftigkeit der Mitarbeiter auch nur in Andeutungen zu sprechen, das verbietet sich leider aus Raum- und Zeitgründen.

Eines der Kennzeichen eines gut redigierten Blattes ist, daß die Ressorts nicht nebeneinander her oder gar gegeneinander arbeiten, d. h. daß sie — wie in der Provinz häufig zu sehen — die gleiche Nachricht auf der politischen, auf der lokalen und womöglich oben drein unter „Verschiedenes“ (Vermischtes) an eben demselben Tage dreimal buchen. Eine vom Chefdirektoren gut aufeinander abgestimmte redaktionelle Mannschaft ergänzt sich im „Sonntagsblatt“ untereinander über die Spartengrenzen hinaus<sup>15)</sup>.

<sup>15)</sup> Siegfried Lenz, „Manchmal laden mich die Herren ein“, in: „Sonntagsblatt“, Festschrift zum zehnjährigen Jubiläum, Hamburg 1958. In jenem freundlich gehaltenen Feuilleton über den Stil von Redaktionskonferenzen, wie er schon zu Wielands, Prutzes, Rodenbergs und Pechels Zeiten praktiziert wurde, berichtet der Autor von Gesprächen über die nächste Nummer des „Sonntagsblatt“, anlässlich derer „man die Redaktion als sehr besondere Bäckerei erlebt: vom Mehlstaub der Neuigkeit, der Ideen und Einfälle überzogen, bearbeitet man den Teig, aus dem der Kuchen werden soll“.

In der deutschen Publizistik von Rang ist es nicht üblich, über sich selbst zu sprechen. Das geschieht nur ausnahmsweise; diesmal war das am Platze. Siegfried Lenz porträtiert, die Namen seien alphabetisch genannt, Redakteure und feste Mitarbeiter des Blattes. Es handelt sich um: Erich Behrendt, Wolfgang Berkefeld, Johann Christoph Hampe, Frau Geno Hartlaub, Wolf von Kleist, Frau Rosemarie Nebe, Bernd Nellesen, Axel Seeborg, Kurt Lothar Tank († 1978), Heinz Zahrnt. Aus dieser Galerie sei quasi als Stilprobe gelungener Skizzen über Journalisten das Bild hervorgehoben, welches Siegfried Lenz von Eberhard Maseberg zeichnete: Er sei „der politische Hölchler der Redaktion“, der „seine Opfer aus Höflichkeit im Gleitflug“ schlage. „Seine wohlinformierte Rede hört sich an wie Feuerstöße eines ... Maschinengewehrs. Er sieht aus, als wäre er im-

<sup>13)</sup> Aus einer redaktionellen Notiz des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts“ vom 1.10.1967.

<sup>14)</sup> Aus einem Prospekt des Titels „Gemeinsames Boot — Aktion“, den die Verlagsleitung offensichtlich vor allem für Pfarrer entwarf, Hamburg 1978.

Mancher schätzt an und in den Wochenblättern am meisten das Feuilleton. Sie pflegen jene längst auf Abruf endgültig kündbaren Gärten der Kultur noch immer, obgleich sie in der Provinzpresse längst zu Schuttablagerplätzen trivialer Meldungen aus Stadträten oder sonstiger kommunaler Institutionen verkommen sind.

Im „Sonntagsblatt“ aus Hamburg geht es glücklicherweise anders zu. Über die Sparte, welche den Traditionen des Feuilletons als dem klassischen Geistesressort entspricht, heißt es in sachlicher Offenherzigkeit: das „Kulturmagazin“ sei auf keinen Fall als „schöngestiges Ghetto“ konzipiert. Gewiß verachte man den „Kulturbetrieb“ durchaus nicht, doch unterwerfe man sich ihm keinesfalls. Man verschmähe „modische Pflichtübungen“. Statt dessen bleibe das Blatt um Unterscheidungen besorgt, es bemühe sich um eigenständige, unabhängige Kritik. Gewiß fördert diese reichhaltige Kultursparte, wie es vor 1933 niemals anders sein durfte, „literarische Originaltexte“. Eine der Spitzenleistungen der Kulturredakteure des „Sonntagsblatt“ ist die durch sie fortgeführte, stets genaue, kritische Bestandsaufnahme all dessen, was in der Deutschen Demokratischen Republik auf Bühne, Buchmesse, Kunstausstellungen, Filmtreffen und anlässlich Ballettabenden geschieht. Daß man sich für die „cultura“ ohne — anderen Ortes häufig geübte Arroganz — jenseits der Mauer interessiert, das bezeugen

auch andere bewährte Gewährsmänner des „Sonntagsblatt“, wie der unermüdlich auf Entdeckungsreisen nach Talenten befindliche Walter Schmieding.

Im „Sonntagsblatt“ schreiben sogar Politiker innerhalb des Feuilletons, wagen sich die *hommes des lettres* ins innenpolitische Glossarium. So und nicht anders sollte ein Blatt aussehen, das man einen ganzen Sonntag liest, statt es wie ein allzu gebildertes Weekend-Blättchen nach Minuten in den Papierkorb zu werfen.

Diese Wochenschrift und die Männer, die sie schaffen, leiden weder an Überheblichkeit oder Rechthaberei, wie sie bei Journalisten allzu rasch aus ein paar geglückten Prognosen entsteht. Es ist notwendig zu sagen, daß es Männern und Frauen vom „Sonntagsblatt“ an jeglicher Koketterie fehlt. Als das „Sonntagsblatt“ ein Vierteljahrhundert alt geworden war, bemerkte Heinz-Oskar Vetter: „Das ‚Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt‘ zeigt in sich die seltene Vereinigung zweier publizistischer Tugenden: Es ist einmal kritisch, offen und mutig; aus jeder Zeile spricht eine eigene und eigenständige Überzeugung. Das verlangt Respekt, selbst dann, wenn der Leser diese Überzeugung nicht teilt. Das Blatt hat zum zweiten ein hohes — inhaltliches und formales — Niveau. Jede geäußerte Meinung ist wohlfundiert und zwingt in ihrer Begründung zur Auseinandersetzung; Phraseologie wird nicht betrieben.“<sup>16)</sup>

### III. Deutsche Zeitung — Christ und Welt

Gegründet 1948 in Stuttgart, erscheint seit 1974 in Bonn, Auflage: 148 000

Als tragendes Bauelement der gegenwärtigen „Deutschen Zeitung“, welche den älteren Kopf „Christ und Welt“ seit 1969 nur noch als Untertitel führt, muß nach wie vor der an zweiter Stelle genannte Titel bezeichnet werden. Die Lizenzierung von „Christ und Welt“ erlangte Otto Heinrich Fleischer nach langen Auseinandersetzungen im Frühjahr 1948 von der amerikanischen Besatzungsmacht. Er zeichnete bis zu seinem Tod 1954 als Prinzipal. Die erste Ausgabe von „Christ und Welt“ kam wenige Tage vor der Währungsreform im

Juni 1948 heraus. Für jenes zunächst bescheiden als „Informationsblatt“ bezeichnete Organ übernahm alsbald der damalige Leiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirche, Eugen Gerstenmeier, die Verantwortung.

Seinen ersten Chefredakteur von Format erhielt das sich seinerzeit rasch ausdehnende Blatt, als es den aus Ostasien heimgekehrten

stande, alle Gesetzesvorlagen, die er mißbilligt, aufzuessen — mit der Versicherung, daß dies die schmackhafteste Lösung sei. So weit reicht sein Hang, in der Politik reinen Tisch zu machen.“

<sup>16)</sup> Aus der Miniaturausgabe „Sonntagsblatt“ — zum 25. Jubiläum des Bestehens, Hamburg 1973, S. 21. Vgl. ferner Kurt Lothar Tank, Dem Zeitgeist auf der Spur. Meditation über viele Jahrgänge einer meinungsbildenden Wochenzeitung, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 6 vom 5. 2. 1978; dazu Eberhard Maseberg, 30 Jahre „Sonntagsblatt“, ebenda.

Klaus Mehnert gewann. Am Rande sei vermerkt, daß die Wochenschrift „Christ und Welt“ schon gegen Ende der vierziger Jahre aus dem „Evangelischen Hilfswerk“ ausgegliedert wurde, ab 1951 an den Stuttgarter Verlagstrust Georg von Holtzbrink geriet, dem seit langem 85 Prozent der Anteile an dem mit der „Deutschen Zeitung“ zusammengelegten Blatt gehören. Solcherlei Zusammenhänge sind bis zur jüngsten Gegenwart spürbar.

Zwischen dem Hamburger „Sonntagsblatt“ und der seit 1974, zumindest redaktionell, in Bonn angesiedelten „Deutschen Zeitung“ Vergleiche anzustellen, das läge nur allzu nahe. Aber es ist nicht unproblematisch. Ein beliebtes Spiel in der Bundesrepublik, von welchem Parteien und Presse nicht lassen wollen, heißt: Wer steht rechts und wer steht links von diesem oder jenem? Riskiert man solches Fragen angesichts beider, sich ob ihrer Herkunft nahestehenden Blätter, erweisen sich klare Antworten als schwierig. Ist das norddeutsche Blatt liberaler, weil es dank einer ungewöhnlichen Verlagskonstruktion nahezu frei von finanzkräftigen Mitsprechern ist? Erweist sich das ursprünglich schwäbische Blatt in seinen Grundeinstellungen konservativer? Von Fall zu Fall angestellte Recherchen, wohin denn die „politische Linie“ führt, müßten mal zu einem Ja und mal zu einem Nein führen.

Um sich nicht mit Kurt Tucholskys bewährter Formulierung abzufinden, der bemerkte, am besten sei der dran, der schlicht „Jein“ sagt, seien weitere Beobachtungen erlaubt: Wer ein Blatt von Niveau erkennen will, ist gut beraten, wenn er nach dessen Chefredakteuren fragt. Ganz gewiß sind fast alle „Hauptschriftleiter“ führender Organe der deutschen Nachkriegspresse aus Zeitungen oder Zeitschriften gekommen, wie sie aus der Weimarer Republik auf diese oder jene Weise ins, freilich nicht immer durchs Dritte Reich gelangten.

Geht man die Reihe der Männer durch, welche für „Christ und Welt“ zeichneten, so stellt man fest, daß sie — wie Klaus Mehnert (1949—1953) und Giselher Wirsing (1954—1970, früher aktiv in der „Tat“, in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, in der „Deutschen Zukunft“ und in „Das Reich“ — von Haus aus und lebenslänglich Konservativ waren. Aus diesen und mannigfachen anderen Gründen wirkt die redaktionelle Ge-

staltung der „Deutschen Zeitung“ letztlich dann doch so, als ob sie ein wenig mehr rechts vom „Sonntagsblatt“ stünde.

Als nicht minder schwierig erweist es sich, der Geschichte der Titel-Verlagerungen und der Zusammenlegungen nachzugehen. Es sei dennoch versucht. Um möglichen Verwirrungen aus dem Wege zu gehen, sei aus einer Selbstdarstellung zitiert: „Im Jahre 1964 wurde die ‚Deutsche Zeitung‘ mit der Düssel-dorfer Wirtschaftszeitung ‚Handelsblatt‘ vereinigt. Fünf Jahre später übernahm ‚Christ und Welt‘, dessen Gesellschafter Georg von Holtzbrink am ‚Handelsblatt‘ beteiligt ist, diesen Namen und führte ihn seither im Untertitel.“<sup>18)</sup>

Von 1971 bis 1973 nahm Ulrich Frank-Planitz die Chefredaktion wahr. Er begründete die Titelumstellung damit: erstens hätten unvorbereitete Leser „Christ und Welt — Deutsche Zeitung“ für ein offizielles Organ entweder der evangelischen oder der katholischen Kirche gehalten, zweitens habe dies Abonnenten und Inserenten abgeschreckt — gewiß eine ehrliche Auskunft! Im übrigen hätte sich das Periodikum „... von einem evangelischen Informationsblatt zu einer europäischen Wochenzeitung für Deutschland“ entwickelt. An eine Skizze geplanter Reformen schloß Frank-Planitz Versprechungen an, die sich bis 1979 nur selten erfüllen ließen. Die nunmehrige „DEUTSCHE ZEITUNG — Christ und Welt“ werde in verstärktem Maße „die zuverlässige Nachricht, die ausgewogene Analyse“ bieten. Außerdem werde sie den Mut aufbringen, „die Ereignisse dieser Welt aus christlicher Sicht zu kommentieren“<sup>19)</sup>. Um zu unterstreichen, daß das umgetaufte Wochen-Organ sich auf das von ihm erst nachträglich aufgefundene Traditionsblatt, nämlich die 1847 gegründete „Deutsche Zeitung“ Heidelberger Liberaler wie Georg Gottfried Gerwinus, besinnen wolle, druckte die Redaktion aus jenem in der deutschen Pressegeschichte gewichtigen Periodikum einen Leitartikel vom 1. April 1848 ab. Jene Passagen stammten aus den unruhigen Monaten, welche dem geplanten Zusammentreten einer, wie man seinerzeit träumte, „verfassunggebenden Nationalversammlung“ vorausgingen. Der genannte Beitrag vom Frühjahr 1848 bleibt über die Zeiten hinweg erkennbar als ein Auf-

<sup>18)</sup> Benutzt wurde eine undatierte und ungezeichnete Darstellung „Deutsche Zeitung — Christ und Welt. Die Geschichte einer Wochenzeitung“, die der Verlag dem Berichterstatte überließ.

<sup>19)</sup> Ulrich Frank-Planitz, Was wir wollen, in: Deutsche Zeitung — Christ und Welt vom 2.4. 1971.

<sup>17)</sup> Vgl. „Christ und Welt. Ein Informationsblatt“, Stuttgart, 1. Jg. Nr. 1 vom 6. Juni 1948.

ruf zur Restituierung „der vaterländischen Angelegenheiten“<sup>20)</sup>.

Bis in die jüngste Gegenwart hat sich die „Deutsche Zeitung“ unter wechselnden Inhabern und deren jeweiligen Geschäftsleitungen ohne mehr oder weniger Fortune überaus häufig den von jeweils neuen Herren gebotenen Umwandlungsbeschlüssen anpassen müssen. Um die Zeit des fünfundwanzigjährigen Jubiläums begannen abermalige Veränderungen. Faßt man sie zusammen, so ging es darum, wie jemand ironisch bemerkte, „von Stuttgart-Sillenbuch nach Bonn zu ziehen“, um „politisch-hautnäher“ zu werden. Seit dem 1. Mai 1974 arbeitet die Redaktion in der Bundeshauptstadt, der Verlag hingegen in Düsseldorf. Hans Georg von Holtzbrink und dessen Sohn Dieter von Holtzbrink haben es geschafft, das Flaggschiff ihres Druck- und Verlagstrustes an den Rhein zu holen, sozusagen ins politische Herz der schmalbrüstigen Bundesrepublik<sup>21)</sup>.

Im Oktober 1973 erfolgte eine Vergrößerung des Formates, eine erhebliche Verbesserung des Umbruches, eine Erweiterung des gesamten redaktionellen Stoffes und eine beachtliche Verstärkung der Redaktion. Alles in allem ist eine Verjüngung, Modernisierung, Aktualisierung gelungen<sup>22)</sup>. Ehe all dies eintrat, war der renommierte Kulturpublizist Jost Nolte als Chefredakteur ausersehen. Wegen „inner-redaktioneller Widerstände“ erfolgte jene Berufung seinerzeit jedoch nicht.

<sup>20)</sup> „Deutsche Zeitung“ — Leitartikel von 1848, abgedruckt in der Rubrik „Dokumente“ am 2. 4. 1971. Einige der Thesen mögen zu Nachdenklichkeit anregen: „Man will den Staat neu konstruieren, man entwirft große Freiheiten in der Theorie für das Allgemeine, aber in seiner eigenen persönlichen Sphäre will jeder in dem sonderbarsten Kontraste den größten Egoismus, die größte Tyrannei und Usurpation üben. Wo ein Staatswesen blühen soll, muß der Einzelne dem Ganzen Opfer bringen, auch sehen wir die Menschen dazu bereit in allen Fällen, wo unzweifelhaft der Eine dem Andern ganz gleich gestellt, gleich viel darbringt und gleich viel davon trägt ... Aber wo irgend die Interessen sich trennen, da zieht jede Korporation in ihrem Kreise die besonderen Vorteile zu Rate nach einer engherzigen Eigensucht ... Uns verdrießt der Mangel an Edelmuth, der unter den Republikanern und Radikalen aller Art so sehr zu Tage kommt.“ — Die Parallelen zu aktuellen Begebenheiten sind unübersehbar. Bei näherem Zusehen erweist sich der Nachdruck als Versuch, die Linie des Bonner Wochenblattes zumindest zu skizzieren.

<sup>21)</sup> Jürgen Offenbach, Ein Wochenblatt sucht Land in Bonn. Der Holtzbrink-Konzern will mit einer Millionen-Investition die Auflage steigern, in: Stuttgarter Nachrichten vom 20. Juli 1973.

<sup>22)</sup> Vgl. die Erklärung in eigener Sache, die in der „Deutschen Zeitung“ am 12. Oktober 1973 erschien.

Schließt man sich hausinternen Angaben mit Vorsicht an, so bestand seit Herbst 1973 über Jahre hinweg nur „eine Redaktionsleitung, für die Ludolf Hermann geschäftsführend und verantwortlich“ zeichnete. 1978 wurde er endlich als Chefredakteur nominiert. Seit er auf der Brücke steht, steuert das Organ endlich kurssicher.

Viele Korrekturen an der Gestaltung des Blattes dienten vor allem dem Unterstreichen des Gedankens, daß Verlag wie Redaktion „eine Zeitung von liberalem Zuschnitt, die dem christlichen Gedanken von der Würde des Menschen, dem Grundgesetz und seiner Ordnung verpflichtet ist“, weiterhin auf dem Markt der Medien zu erhalten hoffen. Dies Organ will „in die verwirrende Vielfalt der Nachrichten Übersicht und Ordnung bringen.“ Ein gründliches Schematisieren soll Lesern die Orientierung erleichtern. Den Wunsch, sich in der Gegenwart wie in der Zukunft zu bewähren, verraten folgende Grundsätze: Die „Deutsche Zeitung“ will, wie zuvor, „allen Moden der Zeit“ gegenüber „eine Position der vernünftigen Mitte“ bewahren und sie verteidigen. Denn, so meldet das Blatt in eigener Sache: „... die Mitte darf sich nicht verstecken“. Nur zu gerne möchte es in der Bundesrepublik als „eine Stimme der Vernunft“ anerkannt werden, sozusagen als Mittel-Welle, ausgestrahlt aus der Kölner Straße in Bonn.

Mancherlei Einwendungen zum Trotz kann sich das Blatt sehen lassen. In der Tat liefert es, was die redaktionelle Gesamtleistung betrifft, keinerlei Grund zu Vorurteilen. Von hervorragenden Publizisten der Gegenwart aus dem In- und Ausland allwöchentlich reich beschickt, bietet es in seinen fünf Hauptsparten Politik, Kultur, Gesellschaft, Freizeit und Reisen brauchbare Analysen des Zeitgeschehens, lesbare Kommentare zu Zeitgeschehen und Zeitgeschmack. Meinungen aller Parteien, Regierungen, Konfessionen werden nicht ohne gemäßigte Offenheit verbindlich diskutiert. Daß dem so sei, dies versichert von Zeit zu Zeit in geschwisterlicher Weise „Das Handelsblatt“ aus Düsseldorf.

Bei solcher Gelegenheit hieß es einmal über die „Deutsche Zeitung“, in politischer Hinsicht werde sich „die Redaktion an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und der Rechtsstaatlichkeit orientieren“. Auf solchen Wegen hoffe man, „sich gegenüber den Wettbewerbern von links und rechts auf dem Wochenblätter-Markt klar abzugrenzen“. Unter redaktioneller Anlehnung an besagtes „Handelsblatt“ und an die liberale Züricher „Weltwoche“ geriert sich jener Holtzbrink-

Schliff seit 1974 „als die einzige unabhängige Wochenzeitung“, welche direkt aus Bonn kommt.

Im Sinne eines Hervorhebens der besonderen Anziehungskraft, welche gut gestaltete Wochenblätter auf das Publikum ausüben, seien folgende Sätze als den Kern treffend eingeschaltet: „Mehr als fünfhunderttausend Menschen in der Bundesrepublik begnügen sich nicht mit der örtlichen Tageszeitung, dem Fernseh- oder dem Hörfunkprogramm. Sie wollen mehr wissen, sich gründlicher informieren und sich besser orientieren. Deshalb ihr Entschluß, eine der großen überregionalen Publikationen der Bundesrepublik zu lesen. Dabei lebt der typische Leser solcher Periodika in Groß- und Mittelstädten. Fünfzig Prozent von ihnen wohnen in Großstädten mit über einhunderttausend Einwohnern (Bundesdurchschnitt 40 Prozent); fast 30 Prozent wohnen sogar in Metropolen mit mehr als fünfhunderttausend Einwohnern (Bundesdurchschnitt 25,5 Prozent). Für solche Interessenten ist die Deutsche Zeitung weder eine süddeutsche noch eine norddeutsche, sondern eben die Deutsche Zeitung, die nicht nur in München und Stuttgart, sondern auch in Köln, Frankfurt, Hamburg und überall in Deutsch-

land zu haben ist. Entweder durch die Post oder am Kiosk.“

Zu seinen Gunsten hebt das Wochenblatt hervor: „Die Leser der Deutschen Zeitung sind überdurchschnittlich an politischen Fragen, wirtschaftlichen Entwicklungen und kulturellen Problemen interessiert, 67 Prozent sagen auf Anhieb, daß sie den politischen Teil der Deutschen Zeitung besonders genau studieren; jeweils 40 Prozent beschäftigen sich vor allem mit dem Wirtschaftsteil und dem Feuilleton!“ Zu Recht grenzt sich das Organ auf diese Weise von jenen Wochenend-Massenblättern ab, welche Sensationen nachjagen oder Platinen über private Affären aus Herrschaftshäusern breittreten. Zum Schluß heißt es, daß die Leser der „Deutschen Zeitung“ „extrem politische Äußerungen, ob sie nun von links oder rechts“ kämen, nicht akzeptierten. Ginge es ihnen doch „um das vernünftige Gleichgewicht zwischen Bewahrung und Ausbau unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung“. Sie seien gewiß „für liberalere Formen“, besäßen jedoch keinerlei Sinn für „sozialistische Experimente“. Sie widmeten ihre Aufmerksamkeit „deutschen Interessen“, hielten jedoch nichts von „deutschem Chauvinismus“<sup>23)</sup>.

#### IV. Allgemeine Jüdische Wochenzeitung

Gegründet 1946, Erscheinungsort: Düsseldorf, Auflage: 30 000

Bereits 1946 wurde im Zuge erster Ansätze zur Wiedergutmachung die heutige „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“ gegründet. Anfangs hieß sie „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“. Ihre Auflage ist über drei Jahrzehnte hinweg auf etwa 30 000 Exemplare begrenzt geblieben. Wie das für ernst zu nehmende politische Periodika zumeist gilt, besagt die gedruckte oder verkaufte Auflage allerdings nur wenig über die Streubreite oder die Tiefenwirkung eines Blattes. Es ist selbstverständlich, daß das Organ, an dessen Spitze namhafte Persönlichkeiten des nach Deutschland zurückgekehrten Judentums stehen, für seine Äußerungen über eine erhebliche Reichweite verfügt.

Die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“ erscheint 1979 im 24. Jahrgang. Ein Durchsehen des Blattes belehrt darüber, daß das Periodikum zwar an eine begrenzte, jedoch intensiv interessierte Leserschaft gerichtet ist. Der übliche Umfang des Periodikums beträgt zwölf Seiten: Die drei ersten Seiten sind „Politik“

überschrieben, die vierte „Israel“, die fünfte „Religion“. Auf den Seiten 6 und 7 folgt „Kultur“, Seite 8 und 9 sind „Berlin“ gewidmet, Seite 10 und 11 den „Gemeinden“. Auf der Schlußseite finden sich Nachrichten und Berichte aus aller Welt. Es wäre falsch, zu vermuten, daß das Periodikum lediglich Probleme des deutschen Judentums behandelte. Es verfügt über Weit- und Weltsicht und insofern über ein mondiales Echo. Seine außen- und innenpolitischen Stellungnahmen werden rund um den Erdball zitiert.

Gegründet wurde das Periodikum durch den 1966 verstorbenen, angesehenen Publizisten Karl Marx. Als Herausgeber, die beide häufig Leitartikel und Kommentare formulieren, zeichnen seit langem Heinz Galinski und Alexander Ginsburg. Ein prominenter Mitarbeiter, Josef Frenkel, hat schon vor Jahren

<sup>23)</sup> Diese Auskünfte über das Publikum der „Deutschen Zeitung“ wurden auszugsweise einem Beitrag „Die Leser“ entnommen, a. a. O., 2. April 1971.

folgende programmatischen Direktiven zugrunde gelegt. In einem Beitrag von ihm heißt es über die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“, sie hätte von ihrer ersten Ausgabe an „einer neuen Harmonisierung christlich-jüdischen Zusammenstehens“ zu dienen versucht. Vor allem solle sie warnen, sobald „alt-neue Gefahren“ auftauchten. Zu kämpfen habe sie, nach außen wie nach innen, „für moralische und politische Freiheit“. Natürlich muß ein solches Periodikum, seit seinem Beginn in eine höchst differenzierte „publizistische Atmosphäre“ hineingestellt, ständig gegenwärtige Mißstände kritisch attackieren, zugleich aber will es gegenüber wachsend positiv eingestimmter Besinnung „Anerkennung aussprechen“. Darüber hinaus bemüht es sich, „jüdische Kulturwerte zu vermitteln“, obendrein „Ideale zu stärken, das Schöne zu fördern und das Häßliche zu bekämpfen“<sup>24)</sup>.

Manchen Beobachtern sonstiger westdeutscher Pressegestaltung mögen derart zurückhaltend formulierte Programmpunkte fast zu blaß dünken. Sie werden jedoch in der Absicht zitiert, gleichsam am Rande zu belegen, daß eine Presse, deren Herausgeber und Redakteure das Recht hätten, eine chronische Vendetta zu installieren, dies von Beginn an bewußt vermieden. Das eigentliche Anliegen der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ lautet im Sinne von Lessings „Nathan der Weise“: Toleranz. Dies verdient Respekt und nochmals Respekt. Zwangsläufig fehlt einem solchen Blatt, das von Anfang an — gegenüber Unbelehrbaren — an einer universalen Schau der Geschehnisse festgehalten hat, jene Überfülle von Berichten und Kommentaren, wie sie „Die Zeit“ oder der „Spiegel“ vor allem zufolge ihrer Auflagenpotenz zu schaffen vermögen. In ihren Ressorts Politik, Kultur und Wirtschaft erweist sich die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“ gleichwohl als vorzüglicher Umschlagplatz internationaler Kontakte. Aus dergleichen, hier lediglich andeutbaren Gründen sollte das lesende Publikum der Bundesrepublik dies Blatt aufmerksamer als bisher studieren. Seine Leitartikel und Glossen sind des Beachtens und Bedenkens wert. Sie runden das Weltbild ab, das sich ein jeder ständig von neuem schaffen sollte, der da glaubt, mitsprechen zu dürfen.

Wenn Hansjürgen Koschwitz in seiner Skizze über „Die politische Wochenpresse in der Bundesrepublik“ notierte, daß „die Universalität

ihrer politischen Berichterstattung“ gewisse Lücken aufweise, so sei ihm nicht widersprochen<sup>25)</sup>. Für das vorgestellte Wochenorgan ist indes festzuhalten, daß es ungeachtet seiner für bundesrepublikanische Maßstäbe geringfügigen Auflagenhöhe über außen- und innenpolitische Mitarbeiter verfügt, deren Berichte und Gedanken das Spektrum wesentlich erweitern. Namhafte Korrespondenten, an international gewichtigen Zentren der Nachrichten- und Meinungsgebung platziert, verbinden das Düsseldorfer Blatt mit den „News of the World“. Außerdem verfügen seine Leser über weltweite Verbindungen, die ihm für seine Berichterstattung zusätzlich dienlich sind.

Daß die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“ sich seit nunmehr über drei Jahrzehnten um gegenseitiges Verstehen zwischen Judentum und Bevölkerung der Bundesrepublik bemüht, das hat sich längst herumgesprochen. Über diese hauptsächliche Tendenz des Blattes unterrichtet ein Artikel aus der Feder ihres leitenden Redakteurs Heinz Galinski, der zugleich Vorsitzender der „Jüdischen Gemeinde Berlin“ ist. In der Rubrik „Meinung“ von „Bild am Sonntag“ veröffentlichte er einen zu Versöhnlichkeit mahnenden Artikel. Er nannte ihn „Leben heißt Zusammenleben“: „Jeder von uns hat schon in jungen Jahren die Erfahrung gemacht, daß menschliches Leben sich nicht anders gestalten läßt als unter dem Gesichtspunkt des Zusammenlebens.“ Dies lese sich wie eine Selbstverständlichkeit, es sei aber „doch mit vielerlei Schwierigkeiten, Problemen und zuweilen Konflikten verbunden“. — „Die wenigen von uns, die dennoch überlebt haben, und die mit ihren Nachkommen die jüdische Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland bilden, haben aus ihren schrecklichen Erfahrungen bestimmte Folgerungen gezogen. Zu ihnen gehört die Erkenntnis, daß es sehr wichtig ist, miteinander ... im Gespräch zu bleiben, weil nur so gegenseitiges Verstehen möglich ist.“ Das Weiterführen solcher Dialoge bezeichnet Galinski als „Voraussetzung der Existenz in einem Lande, in das wir uns in den Jahren der Weimarer Republik voll eingeordnet glaubten und in dem nichtsdestoweniger unvorstellbar Schreckliches geschehen konnte.“

Auf die publizistische Aktivität der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ treffen folgende Äußerungen Galinskis zu: „Im Laufe der Zeit ist es uns gelungen, manche Befan-

<sup>24)</sup> Josef Frenkel, Die jüdische Presse und die „Allgemeine“, in: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, Nr. 50 vom 11. März 1966.

<sup>25)</sup> Hansjürgen Koschwitz, Die politische Wochenpresse in der Bundesrepublik, in: Stimmen der Zeit, Band 185, Januar 1970, Heft 1, S. 47—61.

genheit abzubauen und Kenntnisse über die jüdische Glaubenswelt sowie über den jüdischen Anteil an der Kultur der Menschheit zu vermitteln.“ Auf solchem Wege wurde es möglich, zu der „nicht-jüdischen Umwelt ein partnerschaftliches Verhältnis“ herzustellen. Allmählich sei die „volle Integration der in ihrer Eigenständigkeit respektierten jüdischen Gemeinschaft in das freiheitlichste Staatswesen der deutschen Geschichte“ geglückt. Freilich gebe es gerade in der jungen Generation „ein Defizit an politischer Bildung, aus dem die Ewiggestrigen unter bestimmten Umständen Nutzen ziehen“ könnten. Um das zu vermeiden, solle den Nachwachsenden „ein gründliches Wissen von alledem“ vermittelt werden, „was während der NS-Herrschaft geschah“. Nur diejenigen, die darüber Bescheid wüßten, „was von einer Diktatur zu erwarten“ sei, könnten „den un-

schätzbaren Wert freiheitlicher Verhältnisse wirklich ermessen“. Nur sie wären dann in der Lage, „um des Schutzes der Demokratie willen ... Unbequemlichkeiten auf sich zu nehmen ... Nur wer den Belastungen einer schrecklichen Vergangenheit nicht ausweicht, ist belastbar mit dem, was morgen auf uns zukommen kann.“ Doch sei es mit dem Vermitteln von Kenntnissen zu geschichtlichen Tatbeständen allein nicht getan. Zu leisten sei obendrein „die Erziehung der Menschen zu Toleranz“. Dies betrachte er als Quintessenz all seiner Veröffentlichungen. Damit hat Galinski die ‚Linie‘ der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ deutlich umrissen. Er bezeichnet sein publizistisches Vorgehen als Appelle eines Menschen, „der Auschwitz überlebte und sich für diesen unseren Staat, die Bundesrepublik Deutschland, mitverantwortlich fühlt“<sup>26)</sup>.

## V. Rheinischer Merkur

Gegründet 1946, Erscheinungsort: Koblenz, Auflage: 74 700

Dies Organ, das wie die meisten anderen nach dem Zweiten Weltkrieg in die publizistische Arena eintrat (am 15. März 1946 zu Koblenz), war und ist um Einfälle, welche die Öffentlichkeit aufmerken lassen, niemals verlegen. Als jüngstes Beispiel für seine ungebrochene Aktivität nehme man ein „an die Leser zur Erweiterung der Herausgeberschaft“ gerichtetes Wort. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß es der bekannteste Anonymus des Hauses schrieb. Die Mitteilung erfolgte unter dem Haupttitel „Der Weg des ‚Rheinischen Merkur‘“ im Frühjahr 1978 innerhalb des Ressorts „Politik“.

Gleichsam als Präsent verspricht der „Rheinische Merkur“ darin seinem „so treuen, so stabilen Leserstamm“ den Beginn einer „neuen Etappe seiner Geschichte“. „Von nun an übernehmen drei Herausgeber für den Kurs des Blattes ... die Verantwortung.“ Warum geschah solcherlei Erneuerung? Otto B. Roegel, dem Blatt seit dessen Anfängen aufs engste verbunden und ihm als Chefredakteur 1952 bis 1963 vorstehend, danach bis zur Gegenwart als Herausgeber (wegen Berufung auf das Ordinariat für Zeitungswissenschaft der Universität München kam es zum damaligen Wechsel der Positionen), hatte im Frühsommer 1978 nach Helfern gesucht. Er zog zwei namhafte Persönlichkeiten heran, die zum bisherigen Bilde des „Rheinischen Merkur“ durchaus passen: Neben O. B. Roegel

sind Christa Meves und Hans Maier getreten; sie werden im genannten Artikel vorgestellt. Über Christa Meves heißt es, daß sie sich als Mitglied der „Synode der Evangelischen Kirche“ bewährt habe. Als Psychotherapeutin sei sie — dank ihrer Bücher über Erziehung, Ehe, Familie und Schulnot — Millionen Lesern und Leserinnen bekannt. In Uelzen praktizierend, stehe sie ein „für den norddeutschen Raum und für ein bekenntnistreues Christentum evangelischer Prägung“. Der Dritte im neuen Rheinbunde ist Hans Maier, bayerischer Kultusminister und Professor der Politikwissenschaft zu München. Er repräsentiere „die im Zentralkomitee vereinigten gesellschaftlichen Kräfte des deutschen Katholizismus“<sup>27)</sup>.

Durch jene Berufung beider Persönlichkeiten an die Spitze des „Rheinischen Merkur“ wird abermals verdeutlicht, daß dieses Wochenblatt zumindest eine der Aufgaben, die es sich selbst von Beginn an stellte, weiter verfolgt.

<sup>26)</sup> Heinz Galinski, „Leben heißt Zusammenleben“, in: Bild am Sonntag, Nr. 18 vom 30. 4./1. 5. 1978. Vgl. ferner den Beitrag von Hermann Lewy, Die jüdische Presse in Deutschland, in: Handbuch der Publizistik, Band III, a. a. O., S. 508—513, sowie den Aufsatz von Karl Marx: Konfession und Presse, ebenda, S. 482—486.

<sup>27)</sup> Ungenannt: „Der Weg des ‚Rheinischen Merkur‘. Ein Wort an die Leser zur Erweiterung der Herausgeberschaft“, in: Rheinischer Merkur, Nr. 12 vom 24. März 1978.

Entsprechend wird erklärt, daß es „die Zukunft der Christenheit nicht durch Einebnung der Unterschiede oder Verwischung der Grenzen zwischen den Konfessionen“ sehe. Vielmehr sei es von jeher für „Zusammenarbeit der Christen im Dienste der gemeinsamen Sache“ eingetreten. Wer über die ersten drei Jahrzehnte des „Rheinischen Merkur“ hinweg zu seinen Anfängen zurückblickt, erkennt, daß diese Idee zu seinen Grundprinzipien gehörte und gehört.

An wen hält man sich, will man wesentliche Entwicklungslinien dieses Periodikums aufzeichnen? Nach kritischer Durchsicht einer Fülle von Material sei ein einziger Gewährsmann aufgeführt. Für seine Arbeit steht ihm das Wiederverwenden des Titels einer Sammlung der Feuilletons von Alfred Polgar zu. Solange es um den „Rheinischen Merkur“ geht, kann Ludwig Zöllner jederzeit sagen: „Ich bin Zeuge“<sup>28)</sup>. Als Beleg dafür nehme man seinen pressehistorisch gewichtigen Beitrag „Rückblick auf die Anfänge“<sup>29)</sup>.

Wer hat den neuen „Rheinischen Merkur“ vom 15. März 1946 zu Koblenz ins Leben gerufen? Das war ein Mann, der den alten „Rheinischen Merkur“ der Jahre 1815–1816 und dessen Herausgeber Joseph Görres genügend kannte. Im Leitartikel der ersten Ausgabe hieß es unter der Signatur „Audax“: „Es gibt keinen größeren Namen, zu dem wir greifen könnten. Mit der Ursprünglichkeit seines Denkens, mit der Kraft seiner Sprache, mit der ganzen hinreißenden Leidenschaftlichkeit seines Geistes hat Görres dem ‚Rheinischen Merkur‘ den höchsten Rang gesichert, den eine Zeitung deutscher Zunge je erreicht hat.“ Als Napoleon die Presse einmal eine „fünfte Großmacht“ nannte, habe er den „Rheinischen Merkur“ gemeint<sup>30)</sup>. — Legende hin, Legende her, daß zwischen den publizistischen Anliegen des „Ur“-Merkur und dem des heutigen Wochenblattes nach Inhalt und Tendenz erhebliche Unterschiede bestehen, wem sollte das verborgen bleiben?<sup>31)</sup>

<sup>28)</sup> Vgl. Ulrich Weinzierl, Er war Zeuge — Alfred Polgar. Ein Leben zwischen Publizistik und Literatur, Wien 1978.

<sup>29)</sup> Ludwig Zöllner, Rückblick auf die Anfänge, in: Rheinischer Merkur, Nr. 11 vom 13. März 1978.

<sup>30)</sup> Vgl. Audax, „Ein Name“, in: Rheinischer Merkur, 1. Jg., Nr. 1 vom 15. März 1946.

<sup>31)</sup> Vgl. Emil Dovifat, Die Zeitungen, Gotha 1925; daselbst findet sich in dem Abschnitt „Die Reife der Gesinnungszeitung“ ein Vergleich zwischen der Redaktionsführung von J. J. Görres und von Karl Marx (S. 30–35); — ferner: Karl d’Ester, Johann Joseph Görres, in: Handbuch der Zeitungswissenschaft, Leipzig 1940, Spalte 1318 bis 1351 (nebst nach wie vor maßgeblicher Bibliographie).

Jener Mann, der es zwischen 1945 und 1946 als seine Aufgabe ansah, ein neues Wochenblatt — und dies im Bereich der damaligen französischen Besatzungsmacht — zu installieren, besaß, was seine für die damals einmarschierten Franzosen nicht gerade bequeme Titelwahl beweist, den rechten Griff, um nach den zwölf Jahren der Unfreiheit sogleich endlich mehr Meinungsfreiheit zu fordern. In der britischen Besatzungszone hat das damals „Die Zeit“ unter Richard Tüngel nicht minder couragiert verlangt<sup>32)</sup>.

Als Franz Albert Kramer nach acht Jahren der Emigration nach Koblenz zurückkehrte, verfügte er trotz der schwierigen Zwischenzeit noch über den Nimbus eines tonangebenden Publizisten, der für führende Blätter der Weimarer Republik Leitartikel und gründliche Auslandsberichte geschrieben hatte. Über Kriegs- und Nachkriegszeit hinweg schätzte man den hochbegabten Journalisten. Unter der Hitlerei war er zum Tode verurteilt und durch eine Intervention Berlins aus Italien verjagt worden. Kramer verwandelte die zuvor gegründete Zeitung zum 1. Januar 1946 in ein Wochenblatt. Er wünschte, sich nicht als Chefredakteur eines dem Aktuellen verpflichteten Nachrichtenorgans zu sehen; er wollte einen anderen Blatt-Typ schaffen. Von Beginn an hoffte er, zu urteilen, zu beurteilen, d. h. Meinungen zu verbreiten und dadurch zur Meinungsbildung anzureizen.

Das ist dem „Rheinischen Merkur“ dank des konsequenten Innehaltens des bereits von F. A. Kramer bestimmten Kurses seither gelungen. Knapp vier Jahre lang hat Kramer den „Rheinischen Merkur“ geführt. 1900 geboren, starb er am 12. Februar 1950. Innerhalb jener kurzen Spanne schrieb er wegweisende Leitartikel. Gleichzeitig verstand er es, eine Mannschaft zusammenzurufen, die seinen Linien bis zur Gegenwart folgt. Ludwig Zöllner berichtet, daß die Kombattanten, die Kramer zum „Rheinischen Merkur“ holte, „schreiben können mußten — selbst wenn sie von Beruf her noch so sehr als Außenseiter des Journalismus“ gelten mochten. Da Kramer selbst ein talentierter Stilist war, ist es nicht verwunderlich, daß aus seiner Juwelierwerkstatt eine Reihe namhaft gewordener Kommentatoren des politischen und kulturellen Lebens der Bundesrepublik erwachsen. Je unbequemer politischen Widersachern die Auslassun-

<sup>32)</sup> Mehr darüber bei Alfred Pressel, Der „Rheinische Merkur“ und „Die Zeit“. Vergleichende Analyse zweier Wochenzeitungen von verschiedener weltanschaulicher Orientierung, Berlin 1968 (eine vorzügliche Recherche).

gen jener Männer vom „Rheinischen Merkur“ erscheinen sollten, um so sorgfältiger mußten sie ihre Thesen formulieren. Über drei Jahrzehnte hinweg gilt vom „Rheinischen Merkur“, daß er den Ärger, den er so manchem der von ihm Angegriffenen durch seine Intransigenz bereitet, durch den Genuß versüßt, endlich und stets von neuem gutes Deutsch lesen zu dürfen.

Aus der bisherigen Entwicklung des Blattes seien folgende Wendemarken eingetragen: 1951 erfolgte die Verlegung der Redaktion in die fürs „Blatt-Machen“ freiere Atmosphäre der britischen Besatzer. 1952 lag die Chefredaktion in den Händen von Konrad Legat, seither zeichnet Dr. Erwin Gückelhorn als *editor in chief* <sup>33)</sup>.

Aus der Zeit, als F. A. Kramer das Kommando über den „Rheinischen Merkur“ innehatte, stammen für dessen Gestaltung drei Grundregeln. Da gab es erstens das Stichwort vom „Personalismus“. Ins Allgemeinverständliche übersetzt heißt das, wer in diesem Blatt schreibt, der muß mit seiner ganzen Person, sozusagen mit Haut und Haar (und nicht nur mit dem Namen), zu jedem Satz stehen, den er drucken läßt. Zweitens installierte der „Rheinische Merkur“ gleichsam als Gesetz „die Offenheit der Sprache“. „Laßt alle Eitelkeiten beiseite“, hieß es für die Redakteure, „nennt die Erscheinungen, über die ihr Euch äußert, so einfach als möglich beim Namen.“ Drittens verlangte Franz Albert Kramer von seinen Mannen, sie sollten aufgefundene Tatbestände sachlich, gründlich und ernsthaft darstellen. Während des Schreibens sollten sie sich Leser vorstellen, die nicht nach letzten Nachrichten hecheln, sondern von den Gestaltern ihres Blattes am Ende einer Woche Beratung und vor Beginn der nächsten Übersicht und Ordnung erwarten. Regieanweisungen so präziser Art hat es in keinem anderen deutschsprachigen Nachkriegsblatt von Qualität gegeben. Daß sie von verschiedenen Generationen für bekennende Publizistik Begabter befolgt wurden, das hat den „Rheinischen Merkur“ trotz nach wie vor bescheidener Auflagen am Leben erhalten.

Ein Blatt solchen Ranges und solchen in weltanschaulicher Hinsicht unerbittlichen

<sup>33)</sup> Einzelbelege zur vorliegenden Darstellung sind einem ungezeichneten und undatierten Hauspapier des Titels „Zur Geschichte des „Rheinischen Merkur“ entnommen. Über Konrad Legat siehe Otto Gritschneider, K. L., Zeugnis eines Freundes, in: Rheinischer Merkur, Nr. 11 vom 13. März 1970.

Anspruches verdient es, auf die Hintergründe seines permanenten Erfolges bei bestimmten, ihrer eigenen geistig-seelischen Souveränität durchaus bewußten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung befragt zu werden. Was bestärkt diesen „Mercurius“, diesen Meldegänger christlich-katholischer Botschaften aus Bonn, Köln, München und vor allem aus „Roma Aeterna“ in seiner Aggressionslust gegenüber Andersdenkenden?

Es ist das Verschworensein auf die *urbi et orbi* untereinander festgelegte, jeglichen Zeitenwechsel überdauernde Grundeinstellung. Gemäß häufig festgehaltenen Abmachungen lauten sie im „Rheinischen Merkur“: Es geht erstens um die Dominanz des „Christlichen“ als Idee — der „Rheinische Merkur“ hat sich übrigens jederzeit „für die politische Zusammenarbeit beider Kirchen“ eingesetzt. An zweiter Stelle steht der mitunter doch mühselig aufgewärmte „Europäische Gedanke“. Anton Böhm, einer der Ideenträger des Blattes, hat ihn prärogativ als die „Königsidee“ des 20. Jahrhunderts und — noch unvorsichtiger — als die Idee Konrad Adenauers bezeichnet. Als Historiker des Zeitschriftenwesens kann man sich nicht versagen, daran zu erinnern, daß lange vor Kramer, Roegele, Wenger und Otto von Habsburg in der exzellenten Berliner Monatsschrift „Europäische Revue“ des Prinzen Anton Rohan und seines Chefredakteurs Joachim Moras Pioniere des gleichen Gedankens wie Richard Graf von Coudenhove-Kalergi (1894—1972) und Hermann Graf von Keyserlingk (1880—1946), der Schwachheit ihrer Argumente ungeachtet, als Männer von Morgen kultiviert worden sind. Aber was blieb?

Drittens hat der „Rheinische Merkur“ stets am „Prinzip des Föderalismus“ festgehalten. Angesichts gewisser Störungen des parlamentarischen Systems sollten freilich sogar die Meinungsbildner aus dem Hause des „Rheinischen Merkur“ der Idee abschwören, daß „der Föderalismus“ vor allem stets „der Sicherung der Demokratie“ diene. Indes muß dem Blatt zugute gehalten werden, daß es beispielsweise gegenüber dem seinerzeit in „Christ und Welt“ publizierten Kassandraruß des Heidelberger Ordinarius Georg Picht über „Die deutsche Bildungskatastrophe“ sofort die Notbremse zog. Leider geschah dies zu spät. Jedoch hat Anton Böhm bemerkt, eine jede Zeitung werde „von irrtümsfähigen Menschen gemacht“, und eben deshalb erweise sich — was gerade in den Redaktionsstuben des hochgeschätzten Blattes nicht leicht

hin vergessen werden sollte — jeder „Unfehlbarkeitsanspruch“ als lächerlich <sup>34)</sup>.

Dies ebenso perspektivenreiche wie mitunter unbelehrbare Blatt hat sich über Jahrzehnte hinweg stets selbst aufrichtig darüber befragt, was es geleistet — und was es nicht vermocht hat. Eben diese Tugend müssen Leute, die in ganz anderen Lagern auf Lauer liegen, dem „Rheinischen Merkur“ mehr oder minder freiwillig zugestehen. In der Tat, es ist und bleibt alles andere als ein Allerweltsblatt. Reaktionär ist es nicht, doch ganz gewiß konservativ.

Jene Persönlichkeiten, welche dies Periodikum auf Unübersehbarkeit hin redigieren oder für es schreiben, denken nach — und dies nicht nur für den oder für einen Tag. Das ist im bundesdeutschen Journalismus nur noch selten anzutreffen. Zum Beleg nehme man die Artikel aus dem ersten Heft des 25. Jahrganges des „Rheinischen Merkur“, welche unter der Signatur „Perspektiven der Zukunft“ erschienen. Sie sollten einen „Ausblick auf publizistische Aufgaben der kommenden Jahre“ einleiten.

Paul Wilhelm Wenger stellte hier Krämers und Roegeles „Rheinischen Merkur“ dar als ein selbstlos „im Dienste der europäischen Einigung“ stehendes Organ; das mag angehen. Otto von Habsburg äußerte sich zum Themenkreis „Deutschland — Europa und der ‚Rheinische Merkur‘“. Derlei liest sich dann so: „Man wird in Zukunft die Geschichte des Neuaufbaus unter Adenauer nicht schreiben können, ohne nicht gleichzeitig des Werkes zu gedenken, welches der ‚Rheinische Merkur‘ und seine Mitarbeiter vollbracht haben... Wir sind auf dem Wege nach Europa noch nicht am Ziel.“ Im Anschluß daran heißt es in einer gleichsam nur durch die Zeitumstände verhinderten und somit aus einem oberbayerischen Dorf entsandten Thronrede: „Diese Aufgabe ist dem ‚Rheinischen Merkur‘ in den nächsten fünfundzwanzig Jahren gestellt. Angesichts dessen, was er bereits geleistet hat, darf er die Herausforderung des letzten Drittels unseres Jahrhun-

derts im Glauben an Gott und im Vertrauen auf die Richtigkeit seiner Grundsätze annehmen.“ <sup>35)</sup>

Daß ein Blatt von Rang dergleichen „public relations“ druckt, ist nicht leicht zu verstehen. Als eines weiteren Zeichens des in der Redaktion herrschenden Humors erfreue man sich an den von Paul W. Wenger gesammelten „Merkur-Beschimpfungen“. Durch solche Mies-Helligkeiten taten sich hervor: anfangs Kurt Schumacher, später immerhin Adolf Arndt und natürlich über Jahrzehnte hinweg der „Spiegel“ <sup>36)</sup>. Dergleichen Notationen erweisen sich jedoch als reiner Kindermund gegenüber den dem „Rheinischen Merkur“ aus der Deutschen Demokratischen Republik zugedachten Invektiven. Mitarbeiter Karl Wilhelm Fricke hat sie unter den Schlagzeilen „Auch ‚drüben‘ ein Begriff“ und „Im Zerrspiegel der Zone“ gesammelt <sup>37)</sup>.

Im Sinne von Hans Maier, Christa Meves und O. B. Roegele wurde die gegenwärtige Position des Blattes jüngst folgendermaßen umrissen: „Es sieht nicht besonders gut aus mit der Präsenz entschieden christlicher Kräfte in der Medienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland. Der ‚Rheinische Merkur‘ stellt in seiner weltanschaulichen, politischen und kulturellen Charakteristik eine unverwechselbare Stimme im Konzert der ‚Öffentlichen Meinung‘ dar. Er hat einen gewissen Seltenheitswert... Oft und mit Recht wird die Verarmung der Meinungsvielfalt in den Massenmedien beklagt, sei es infolge des Zeitungssterbens, sei es auf Grund eines zunehmenden Konformismus unter denen, die sich öffentlich äußern. Was kann da förderungswürdiger sein als ein Blatt, das, offen für alles, was in der Welt passiert, zugleich aus seiner eigenen Stellung nie ein Hehl gemacht und seine Argumente stets deutlich artikuliert hat, komme sein Wort gelegen oder ungelegen?“ <sup>38)</sup>

Der „Rheinische Merkur“ erscheint 1979 im vierunddreißigsten Jahrgang. Sein Umfang beträgt normalerweise 32 Seiten. Der erste Teil des Blattes enthält Beiträge aus den Ressorts „Innenpolitik“ und „Außenpolitik“

<sup>34)</sup> Jene Serie von Georg Picht: „Die deutsche Bildungskatastrophe“ wurde 1964 zuerst von „Christ und Welt“ publiziert, ehe sie als Buch erschien. Die Folgen jener Fehleinschätzung dürften für die Bundesrepublik und ihre jeweilige „akademische Jugend“ bis gegen Ende des 20. Jahrhunderts nicht ausgestanden sein. — Das Zitat ist dem Aufsatz von Anton Böhm entlehnt: „Vom Grundsätzlichen und vom Machbaren. Dreißig Jahre Politik im ‚Rheinischen Merkur‘“, R. M., Nr. 11 vom 12. 3. 1976.

<sup>35)</sup> Otto Habsburg, Deutschland — Europa und der ‚Rheinische Merkur‘, in: Rheinischer Merkur, Nr. 11 vom 13. März 1970.

<sup>36)</sup> Paul W. Wenger, Merkur — Beschimpfungen, in: Rheinischer Merkur, Nr. 11 vom 13. März 1970.

<sup>37)</sup> Beide Aufsätze in: Rheinischer Merkur, Nr. 11 vom 13. März 1970.

<sup>38)</sup> Die Zitate stammen aus dem bereits angeführten (freilich ungezeichneten) Beitrag in eigener Sache: „Der Weg des ‚Rheinischen Merkur‘“, Nr. 12 vom 24. März 1978.

(S. 1—3). Es dominieren Aufsätze der Redaktionsspitze. Als federführend erweisen sich seit langem (in alphabetischer Reihenfolge genannt) Publizisten von Rang wie Anton Böhm, Otto B. Roegele, Gerd Rössing und P. W. Wenger. Ihre Äußerungen werden durch Zusendungen bewährter Auslandskorrespondenten ergänzt.

Der zweite Teil des „Rheinischen Merkur“ bringt an erster Stelle unter „Forum“ Leserbriefe. Das „Thema der Woche“ beinhaltet zumeist Kritik an Bonner Ereignissen und den sie verursachenden Persönlichkeiten (S. 7—10). Den Themenbereich „Natur und Technik“ behandelt Seite 11, für „Sport“ genügt Seite 12. Den Redakteuren vom „Rheinischen Merkur“ sei Dank für diese leider rare Genügsamkeit!

Dennoch muß ein Periodikum ersten Ranges auch modischen Belangen Genüge tun. Demgemäß recherchiert das „Echo der Zeit“ vor allem die Medien Rundfunk und Fernsehen (S. 13). Das „Deutschland-Journal“ blickt vorzüglich hinüber in die Deutsche Demokratische Republik (S. 14—15). Es folgt das „Forum der Jungen“ (S. 16). Innerhalb dieses Ressorts wird indes, wie es scheint, eher über die Jugend als direkt zu ihr gesprochen. Der Teil „Wirtschaft“ entspricht vollauf der sonstigen Haltung des Blattes (S. 17—21). Die Seite „Beruf, Weiterbildung, Karriere“ offe-

riert Ratschläge (S. 22). „Reise und Erholung“ bietet feuilletonistisch gehaltene Tips (S. 23).

Außer den politischen Bestandteilen des Blattes erfreut vor allem anderen das gediegene Feuilleton, überschrieben „Aus dem Leben des Geistes“, gewiß sogar Leser, die das Blatt wegen seiner konservativ-konfessionellen Haltung nicht mögen (S. 25—28, einschließlich „Literaturblatt“). Gerade in diesem Ressort wird Aufmerksamkeit durch fesselnde Themen erreicht, welche von anerkannten Autoren behandelt werden. Eben dieser kulturellen Sparte mangelt es durchaus nicht an Weltoffenheit. Die Seiten „Dialog der Christen“ und „Aus der katholischen Welt“ helfen dem Blatt, seine ihm über Jahre und Jahrzehnte hinweg treue Leserschaft festzuhalten (S. 29—31). Das Schlußlicht signalisiert „Gestern — Heute — Morgen“. Es enthält geschickt aktualisierte, historische Betrachtungen (S. 32).

Ob seiner konservativ-katholischen Grundhaltung wird das gewichtige Organ häufig angegriffen. All das ist gewiß ein Zeichen dafür, daß es zur Kenntnis genommen wird. Daß es sich leicht liest, das erklärt sich durch eine inzwischen selten gewordene Sorgfalt in der Stilisierung. Solches verantwortungsbewußte Behandeln der deutschen Sprache, welche nur noch führende Blätter auszeichnet, zieht sich beim „Rheinischen Merkur“ durch sämtliche Ressorts<sup>39)</sup>.

## VI. Deutsche National-Zeitung

Gegründet 1969, Erscheinungsort: München, Auflage: 110 000

Um Material für ein Portrait der „Deutschen National-Zeitung“ gebeten, antwortete Chefredakteur Gerhard Frey, weiter Verbreitung seines Blattes sicher: „Die ‚National-Zeitung‘ erhalten Sie an jedem Kiosk und die früheren Bände in jeder bedeutenden Bibliothek. Aus unserem Archiv können wir Ihnen leider nichts zur Verfügung stellen, da ein erheblicher Teil beim letzten Sprengstoffanschlag zerstört wurde.“ Zeitgeschichte hin, Zeitgeschichte her, der Satz sei aufbewahrt; deute ihn ein jeder, wie er mag! Über jene Sondermeldung hinaus bewies der Hauptgestalter des Blattes Humor. Teilte er doch mit: „Beigefügt finden Sie eine Ausarbeitung des DGB gegen die ‚National-Zeitung‘, woraus Sie Auffassungen unserer Gegner im Kampfe gegen unser Blatt ersehen.“ In der Tat eine Antwort, die es nicht verdient, hinter dem Spiegel — diesmal ohne Anführungszeichen — versteckt zu werden<sup>40)</sup>.

Sieht man näher hin, so handelt es sich um eine zur kritischen Auseinandersetzung verfaßte Untersuchung von Hans Helmut Knütter: „Geistige Grundlagen und politische Richtung der ‚Deutschen Nationalzeitung und Soldatenzeitung‘, dargestellt am Jahrgang 1961“<sup>41)</sup>. Wer allein dieser Abhandlung folgen würde und nicht selbständig recherchieren wollte, der verzichtete leichtfertig auf

<sup>39)</sup> Zum Gewinnen eines gültigen Gesamtbildes schlage man den Aufsatz von Otto B. Roegele und Hans Wagner nach: „Die katholische Presse in Deutschland“, in: Handbuch der Publizistik, Band III, S. 496 bis 507, nebst Bibliographie.

<sup>40)</sup> Schreiben vom 14. 4. 1978.

<sup>41)</sup> Die Untersuchung erschien als Sonderheft „Für die Demokratie. Informationen — Kommentare — Presseschauen aus gewerkschaftlicher Sicht“, herausgegeben vom Bundesvorstand des DGB, Jahrgang V (XIII), Nr. 4, April 1964. Hingewiesen sei auf das ebenda angeschlossene Literaturverzeichnis, S. 36.

den Versuch, gegenüber diesem Wochenblatt so objektiv als möglich zu bleiben.

Tatsächlich ergibt sich, daß die „Deutsche National-Zeitung“ von der sonstigen Presse am meisten beföhdet wird. Weshalb? Es spielt nicht nur den Rechtsaußen, es kämpft auf der äußersten Rechten<sup>42)</sup>. Seit seiner Gründung wird es wegen seiner nationalistischen Programmatik und seiner rüden Sprache unentwegt attackiert. Aus der Retrospektive verdient das Urteil des Fachkenners Heinz-Dietrich Fischer, der die zum Thema „Nationalzeitung“ gehörenden Äußerungen aus der zeitgenössischen Publizistik am genauesten kennt, Zuspruch: „Am auffälligsten machte sich ... die Presse der extremen Rechten bemerkbar.“ Nahezu alle Blätter gleichen oder ähnlichen Zuschnittes seien quasi von Geburt an zum Gegenstand politischer Kontroversen geworden<sup>43)</sup>. Beispielsweise wurde das offizielle NPD-Sprachrohr „Deutsche Nachrichten“ (Hannover) sogleich zu einer umstrittenen Publikation. Von wachsamem Gegenspielern ist wiederholt versucht worden, die Blätter der NPD völlig zu verbieten. Das scheiterte jedoch am Grundgesetz.

Jahraus und jahrein erzielt das Wochenblatt von Gerhard Frey jenseits seines breit gestreuten Stammpublikums ein so negatives Echo in der allgemeinen Publizistik, wie das im Gefolge der Buback- und Schleyer-Ermordungen allenfalls terroristische Flugblätter errangen<sup>44)</sup>. Abgesehen davon läßt sich für den Bereich der Bundesrepublik kein Periodikum nachweisen, das so häufig Appelle zum Verboten auslöste wie das „freiheitliche“ Frey-Organ. Aus der Fülle gleichartiger Stimmen seien lediglich drei ausgewählt. Als Beispiele sollten sie genügen.

Die erwähnte Knütter-Ausarbeitung vom Jahre 1961 veranlaßte den „Vorwärts“ im Jahre 1966 zu einer warnenden Stellungnahme. Es heißt: „Radikale Nationalisten, alte Nationalsozialisten und Neofaschisten“ wären zwar in der Bundesrepublik „zu einer kleinen Minderheit von geringer Bedeutung“ zusammengeschrumpft. Überdies hätten sich die nationalistischen Gruppen „nach jeder verlorenen

Wahl“ weiterhin zersplittert. Hingegen lasse die Existenz der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ) noch immer einen möglichen „Konzentrationsprozeß nationalistischer Minderheiten“ befürchten. „Rechtsradikale unterschiedlicher Herkunft“ hätten sich in der sogenannten „Nationaldemokratischen Partei (NPD)“ so etwas wie „eine Plattform zu gemeinsamem Handeln“ präpariert. Die schlimmste Aktivität zur Schaffung einer „Sammlungsbewegung nationalistischer Gruppen“ übe die „Deutsche National-Zeitung“ aus. Man sollte sie endlich und endgültig als „das gemeinsame Sprachrohr aller radikalen Nationalisten und Neofaschisten“ entlarven. Besorgniserregend sei die „seit Jahren zu beobachtende Zustimmung jugendlicher zu nationalistischen und antisemitischen Phrasen in NPD-Versammlungen und in der DNZ“. Solche Beobachtungen erwiesen sich als „eine ernste Mahnung an die Politiker demokratischer Parteien und vor allem an die Erzieher“. Den Rechtsradikalen und ihrer „Deutschen National-Zeitung“ solle man allerdings nicht durch Verbote, sondern durch Aufklärung“ entgentreten<sup>45)</sup>.

Etwa ein Jahr später brachte das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ eine gründlich angelegte Reportage. Sie stammt von Michael Bartelt und kennzeichnet die „Pilotenfische des Rechtsradikalismus“. Die darunter plazierte Schlagzeile „Die schwarz-weiß-rote Presse der Bundesrepublik“ erweist sich als eine nach wie vor zutreffende Signatur für eine Gattung, welche im Titelkopf statt eines Hakenkreuzes das eiserne Kreuz zwischen die Worte „National“ und „Zeitung“ stellt: „Die Vergangenheit will sich ihre Zukunft sichern: Eine propagandistische Hilfstruppe verfertigt seit Gründung der Bundesrepublik in mehr als zwanzig Groß- und Kleinstädten rund vierzig Zeitungen, Traktate und völkische Schulungshefte, die miteinander durch rechten Kurs und nationales Pathos verbunden sind, deren Spalten vereint unter der Angst vor Verboten, dem uneingeschränkten Respekt vor soldatischer Pflichterfüllung sowie der ungestillten Hoffnung auf ein mächtiges Reich bis an die Memel gefüllt werden.“

Gerhard Frey sei es gelungen, einen Trust rechtsradikaler Periodik aufzubauen. Bereits 1959 habe er die „NDSZ“ übernommen, als sie noch unter „Deutsche Soldaten-Zeitung“ firmierte und nach dem plötzlichen Subventionsstopp des Bundespresseamtes auf

<sup>42)</sup> Vgl. Eckart Spoo, Entscheidend ist der Haß auf alles, was links ist, in: Frankfurter Rundschau, 25. Jg., Nr. 105 vom 7. 5. 1969.

<sup>43)</sup> Heinz-Dietrich Fischer, Parteien und Presse in Deutschland seit 1945, Bremen 1971, S. 113–114.

<sup>44)</sup> Verwiesen sei etwa auf Günter Paschner, Falsches Gewissen der Nation — „Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung“, Mainz 1967; Kurt Klotzbach, Profile of a paper — The „Deutsche National-Zeitung“, in: The Wiener Library Bulletin, London, 21. Jg., 1967, Nr. 4, S. 17 ff.

<sup>45)</sup> „NCN“ (Who is Who?), DNZ und ihre Folgen. Zu einer DGB-Dokumentation über die „National-Zeitung“, in: Vorwärts, Nr. 22 vom 25. 5. 1966.

Grund gelaufen war. Bald darauf habe er sich beteiligt an der „Monatszeitschrift ‚Nation Europa‘, die in Coburg mit einer Auflage von rund 9 000 Exemplaren vom ehemaligen SS-Sturmbannführer Arthur Ehrhardt herausgegeben wird“. Ihr fleißigster Mitarbeiter sei jedoch der frühere „stellvertretende Reichspressechef“ Helmut Sündermann, ehemals Träger des „Goldenen NSDAP-Parteiabzeichens“.

Daß Gerhard Frey alles andere als ein weltfremder Querulant sei, das bewiesen seine Zugriffe auf eine von außen her gesehen eher harmlose Presse: „Um den rechten Kurs gleichfalls bei den Vertriebenen steuern zu können, gibt Frey noch die ‚Schlesische Rundschau‘ (Auflage 3 400) und ‚Der Sudetendeutsche‘ (Auflage 4 500) mit dem Untertitel ‚Landesausgabe der Deutschen National-Zeitung und Soldaten-Zeitung‘ heraus. Außerdem ist er Verleger des ‚Teplitz-Schönauer-Anzeigers‘.“ Läßt sich mit vier Blättern, die annähernd 135 000 Auflage aufweisen, kein Einfluß nehmen? Gewiß — das sind nicht nur, wie ein Pressereferent des Verteidigungsministeriums einmal leichtsinnig meinte, „Unbelehrbare und Gamaschenköpfe“, welche mit dem Kauf eines solchen Periodikums „im Kampf um Deutschland“ (Werbeslogan) dabei sein wollen. Was als bedenklich zur Kenntnis genommen werden müßte, ist die Erfahrung, daß sich anlässlich einer Analyse der Leserzuschriften ein ungewöhnlich hoher Anteil von zwanzig- bis dreißigjährigen Lesern ergeben habe. Daraus resultiere, daß Freys nationalistischen „Freiheits-Verkündigungen“ Altersgrenzen längst keine Schranken mehr setzen<sup>46)</sup>.

Der dankenswerte Exkurs Bartelts zu den „rechtsradikalen Pilotfischen“ enthält viele aufschlußreiche Nennungen ähnlich tendierender Organe. Daß jene rechtsradikale Wochenpresse ständig Unruhe im Inland erzeugt und daß sie ein permanentes Abwerten „der Deutschen“ im Ausland hervorruft, dies erweist eine Reportage von Günter Geschke über „Streichers Fuß-Stapfen“. Die Berliner CDU-Abgeordnete Lieselotte Berger hatte als Vorsitzende des Petitionsausschusses die Bundesregierung gefragt: „Ist die Bundesregierung bereit, ein weiteres Erscheinen dieser Zeitung — deren nationalistische, antisemitische und rassistische Veröffentlichungen im In- und Ausland immer wieder Anstoß erre-

gen — durch Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 18 des Grundgesetzes beim Bundesverfassungsgericht zu verhindern?“ Auf Originalzitate begründet, formulierte sie weiter, daß das Blatt in einer kaum verhüllten Form ein positives Andenken an den Nationalsozialismus fördere.

In seinem Versuch zu einer „Wiederaufnahme des Verfahrens“ schildert der „Sonntagsblatt“-Redakteur Bartelt das Ausweichen der angesprochenen Institutionen. Er vermutet, daß die Bundesregierung es habe vermeiden wollen, „durch einen mit Sicherheit langwierigen Prozeß das rechtsradikale Blatt in seiner Bedeutung aufzuwerten“ und ihm damit sogar „die Chance zu geben, sich als Märtyrer der Pressefreiheit“ zu gebärden. In einem Gespräch mit dem „Sonntagsblatt“ erklärte Frau Berger, daß sie ihren Kampf gegen die „Deutsche National-Zeitung“ nicht aufgeben werde: „Nunmehr sind die Bundesregierung, insbesondere das Bundespresse- und Informationsamt, gefordert. Auch das Innen-, Finanz- und Justizministerium sind aufgerufen, sich mit diesem Phänomen zu befassen. Daß in der Weimarer Republik in einem liberalistischen Schlendrian schon einmal die Demokratie verlorengegangen ist, steht mahnend vor unseren Augen... Ich beharre auf der Feststellung, daß die ‚Nationalzeitung‘, wie immer geschickt sie dies auch kaschieren mag, den Antisemitismus fördert und den Nationalsozialismus verherrlicht. Damit schadet sie der Bundesrepublik nach außen und nach innen.“<sup>47)</sup>

Für das Erreichen ihres Zieles fände die Vorkämpferin einer unbelasteten demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik Argumente genug in der zuvor genannten Studie von Hans-Helmuth Knütter. In der Einleitung zu seiner Schrift über die „Deutsche National-Zeitung“ machte er darauf aufmerksam, daß das Blatt seinen Einfluß fort und fort erweitere. Ja, es erfreue sich „einer wachsenden Beachtung und Auflage“. Nicht nur nach seiner damaligen Einschätzung hat es den Anschein, als ob die „Deutsche National-Zeitung“, die sich seinerzeit gar als das „Unabhängige Blatt für Ehre, Recht und Freiheit — Europäische Sicherheit und Kameradschaft“ benannte, noch immer als „Kristallisationspunkt und Sprachrohr aller Rechtsradikalen in der Bundesrepublik“ zu kennzeichnen bleibt<sup>48)</sup>.

<sup>46)</sup> Michael Bartelt, Pilotenfische des Rechtsradikalismus. Die schwarz-weiß-rote Presse in der Bundesrepublik, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 28 vom 9. 7. 1967.

<sup>47)</sup> Günter Geschke, Streichers Fuß-Stapfen. Lieselotte Berger (CDU) kontra Nationalzeitung, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 7 vom 12. 2. 1978.

<sup>48)</sup> H. H. Knütter, a. a. O.

## VII. Vorwärts

Gegründet 1876, Erscheinungsort: Bonn, Auflage: 71 700

Anlässlich seines hundertjährigen Bestehens hat der „Vorwärts“ abermals ein neues Gesicht bekommen. Die jahrzehntelang geführte Unterzeile „Sozialdemokratische Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur“ entfiel. Statt dessen heißt es unter dem Haupttitel: „Gegründet 1878 von Wilhelm Liebknecht und Walter Hasenclever“. Demnach will die gegenwärtige Redaktion auf hauseigene Tradition hinweisen. Seit seiner inhaltlichen Verjüngung und äußeren Modernisierung, d. h. durch Straffung, ist er jedoch in weltanschaulicher Hinsicht nicht bequemer geworden.

Zur Einführung in die Problematik eines Periodikums, das über fast ein Jahrhundert hinweg eine Parteizeitung strenger Observanz zu sein hatte, dies indes nicht länger sein sollte, seien drei aktuelle Exempel angeführt:

In der Tageszeitung „Die Welt“ findet sich folgende Gegendarstellung: „Unter der Rubrik ‚Zitat‘ auf Seite 6 der ‚Welt‘ vom 24. Januar 1978 bezeichnen Sie die Wochenzeitung ‚Vorwärts‘ als ‚das offizielle SPD-Organ‘. Diese Behauptung ist falsch. Der ‚Vorwärts‘ ist kein offizielles Organ der SPD. Die im ‚Vorwärts‘ erscheinenden redaktionellen Beiträge sind keine offiziellen Verlautbarungen der SPD, sondern unterliegen ausschließlich der Verantwortung der unabhängig und weisungs-ungebunden arbeitenden Redaktion und ihrer Autoren. — Bonn-Bad Godesberg, den 25. Januar 1978, Friedhelm Merz, Chef-Redakteur der sozialdemokratischen Wochenzeitung ‚Vorwärts‘.“

Zweitens sei eine Nachricht aus den „dpa-Informationen“ verlaublich. In deren Sparte „massenmedien — medienpolitik“ hieß es: „Auf Antrag der SPD-Wochenzeitung ‚Vorwärts‘ hat das Bonner Landgericht am 21. Februar eine ‚Einstweilige Verfügung‘ gegen das ‚Deutschland Magazin‘ der Deutschland-Stiftung e. V. in München erlassen. Wie ‚Vorwärts‘-Chefredakteur Friedhelm Merz mitteilte, wurde dem Magazin bei Androhung eines Ordnungsgeldes von 500 000,— Mark oder Ordnungshaft bis zu zwei Jahren untersagt, ‚Vorwärts‘ als ‚Roten Stürmer‘ zu bezeichnen. Merz teilte ferner mit, er habe den Deutschen Presserat über den Vorgang unterrichtet und beantragt, das ‚Deutschland Magazin‘ zu rügen.“

Als drittes Beispiel in dieser Runde nehme man einen von Georg Polikeit verfaßten Bei-

trag des Titels „Der ‚Vorwärts‘, Rosa Luxemburg und der DKP-Programmentwurf“, der die kommunistische „Unsere Zeit“ am 1. März 1978 abdruckte. Propagiert wird darin die These von einer im Interesse der „Arbeiterklasse“ dringend notwendigen Aussöhnung zwischen SPD und KPD.

Reden und Widerreden angeführter Art legen die Frage nahe, wohin der umgewandelte „Vorwärts“ tendiert? Zugleich im Namen seiner Mannschaft antwortete der neue Chefredakteur darauf klar und deutlich: Ihm und seinen Journalisten gehe es nicht um parteipolitische Rechthaberei. Sie würden ja für Farbenblinde gehalten, hätten sie nicht eingesehen, daß die der SPD verbundene oder ihr nur nahestehende Presse seit 1945 immer weniger gekauft und noch weniger gelesen würde. Doktrinaire Presse — das hätte von jeher nichts als Langeweile bedeutet. Für deren Verbreitung müsse man nicht dadurch sorgen, daß man sie auch noch drucke! Die Blattgestalter vom erneuerten „Vorwärts“ liege daran, Öffentlichkeit zurückzugewinnen. Als einen Beitrag dazu — zumindest für Pressehistoriker, Zeitgeschichtler und Politologen — könnte die repräsentative Publikation „Vorwärts‘ 1876—1976, ein Querschnitt in Faksimile“ dienen<sup>49)</sup>. Darin wird über die Geschichte des Blattes berichtet, welche in schwieriger Zeit Friedrich Stampfer von 1916 bis zum 1933 erfolgten Verbot leitete, dann die Wiedergeburt, die am 11. September 1948 „unter Lizenz Nr. 1 der Niedersächsischen Staatsregierung“ zu Hannover erfolgt. Am Rande heißt es, daß sich die allzu parteidogmatische Gestaltung des ehemaligen „Zentralorgans“ längst überlebt habe. Im Vorwort begründet Friedhelm Merz seine Aussage an die frühere, häufig als „kleinkarierte empfundene Parteipresse. Sie hätte sich längst und wohl endgültig überlebt. Nebenbei sei gefragt, ob nicht die Leserpassivität weiterer Teile der Bevölkerung gegenüber jeglichen Partei- und Propagandaorganen durch die Monotonie des „Völkischen Beobachters“ und sämtlicher sonstiger NS-Organen erzeugt worden ist?

<sup>49)</sup> „Vorwärts“ 1876—1976. Ein Querschnitt in Faksimiles, hrsg. von Günter Grunwald und Friedhelm Merz, eingeleitet von Heinz-Dietrich Fischer und Volker Schulze, Berlin — Bonn-Bad Godesberg 1976. Etliche der nachfolgenden Zitate sind dem Vorwort von Friedhelm Merz entnommen a. a. O., S.V—VI.

Ehrlich genug heißt es in jenem Geleitwort, oft gehe das Desinteresse sogar so weit, daß geklärt werden müsse: „Braucht die SPD überhaupt noch eine sozialdemokratische Presse? Gibt es ein diese Presse in wirtschaftlicher Hinsicht tragendes Interesse in der Mitgliedschaft und darüber hinaus in der Bevölkerung?“

Da sich die gesamte Situation der Parteipresse (oder, wie Emil Dovifat einstmals formulierte, der „Gesinnungspresse“) gewandelt hat, ist endlich sogar den sprichwörtlich ungeschickten Pressegestaltern der Sozialdemokratie ein Licht aufgegangen. Spät genug erkannten sie, daß man die Menschen anders als früher ansprechen müsse. Zu diesem Problem meldet sich ein Kronzeuge wie Helmut Cron in seinem Beitrag „Aufstieg und Niedergang der Parteipresse“: Uneinsichtigkeit in sinnvolles publizistisches Vorgehen habe für jede Art von Parteipresse „den Abgesang“ herbeigeführt. „Schuld daran war ... das Unverständnis für die gewaltige gesellschaftliche Umwälzung, die mit dem Ersten Weltkrieg hereingebrochen war. Doch weiß jeder, der es miterlebt hat, daß alle Parteizeitungen vorher an feste Grenzen bestimmter sozialer Schichten gebunden waren. Über diese Grenzen kamen sie nie hinaus. In den zwanziger Jahren wendete sich das Blatt, die Grenzen fielen nicht sofort, aber begannen doch abzubrockeln und einem ganz anderen als dem Typ der Partei-Zeitung Platz zu machen. Nur die Parteien merkten nichts davon, ja sie wollten auch nichts davon wissen, obwohl die Leser unverkennbar sich immer mehr von den parteigefilterten Informationen distanzieren und unabhängige Unterrichtung wünschten. Die Parteien waren für diese Abkehr der Leserschaft so blind, daß sie auch nach 1945 in der britischen und französischen Zone versuchten, die längst davongeschwommenen Felle noch einmal einzuholen. Umsonst.“<sup>50)</sup>

Daß solche Erkenntnisse in Verlag und Redaktion des ‚Vorwärts‘ endlich genutzt wurden, das zeigen die Ausführungen von Merz: „Die Verwirklichung des Sozialismus als einer sittlichen Forderung ist weniger in der Obhut der geschrumpften sozialdemokratischen Presse gegeben, als tägliche Aufgabe der praktischen Politik geworden, die von Sozialdemokraten verantwortet wird. Die sozialdemokratische Presse, einst im Zentrum sozialdemokratischer Politik und eines ihrer

Hauptinstrumente, ist an den Rand gerückt. Die Nachkriegsentwicklung hat ihr den Charakter der Kampfpresse genommen und ihr einen Platz zugewiesen, der jeder halbamtlichen Exklusivität entbehrt und sie wie andere den Risiken des Zeitungsmarktes aussetzt.“

Der abermals reformierte „Vorwärts“, wie er nach gründlicher Vorbereitung ab 1. Oktober 1976 erschien, müsse von den Zwängen, denen ein Parteiorgan unterliegt, befreit werden. Andernfalls könne er nie zu wirtschaftlichem Erfolg aufsteigen. Deshalb solle er künftig „alle Anklänge an das frühere Zentralorgan“ vermeiden. „Totale Unverbindlichkeit“ werde damit allerdings nicht angestrebt. Merz vertritt die — freilich zu überprüfende — Auffassung, daß „ein eindeutiges sozialdemokratisches Profil“ dennoch „Voraussetzung des Markterfolges“ sein könne. Statt „Verkündigungs-Langeweile“ solle eine „neue Aktualität“ herrschen. Man wünscht, daß es dem „Vorwärts“ gelinge, „Woche für Woche das zu bündeln und widerzuspiegeln, was in Partei und Gesellschaft kontrovers diskutiert wird“. Man erhofft sich, daß das Blatt „zum Konsens zwischen den Vorstellungen und Bedürfnissen der Bevölkerung einerseits und den programmatischen und praktisch-politischen Zielen der Partei andererseits“ beitragen werde.

De facto beweist der gegenwärtige „Vorwärts“ Ausgabe um Ausgabe, daß die 1976 erfolgte vollständige Umstellung des Blattes zumindest nach außen hin geglückt ist. In jedem Fall wirkt das Blatt so leserlich wie nie zuvor. Daß sich dies Organ, ungeachtet seiner erstaunlichen Lebensdauer, zwischen 1876 bis zur Gegenwart niemals von innerparteilichen Querelen wirklich frei halten konnte, wird aus den Schilderungen des Bochumer Publizistik-Historikers Heinz-Dietrich Fischer sowie von Volker Schulze unübersehbar deutlich<sup>51)</sup>.

Wie seit eh und je greift das wiedergeborene Blatt von Fall zu Fall hart an, und in der Folge wird es um so inständiger attackiert. Mit Fug hielt sich aus solcherlei Querelen Johannes Binkowski heraus, als er dem Periodikum zu seinem hundertjährigen Jubiläum für den „Verband der deutschen Zeitungsverleger“ gratulierte. Nicht die hundert Jahre seien zu

<sup>50)</sup> Helmut Cron, Der Journalist und seine Verbände, in: Deutsche Presse seit 1945, hrsg. von Harry Pross, Bern 1965, S. 11—26.

<sup>51)</sup> Vgl. Volker Schulze, „Vorwärts“ 1876—1940, a. a. O., S. IX—XV; Heinz-Dietrich Fischer, „Vorwärts“ 1948—1976, S. XVII—XXXVI; beide in presehistorischer Hinsicht vorzüglichen Aufsätze enthalten reichhaltiges und maßgebliches bibliographisches Material.

bewerten, „sondern die Bestimmung, der sich eine Zeitung verpflichtet hat, und die Art, in der sie diese erfüllt“. Der „Vorwärts“ drücke exemplarisch genau das aus, „was den Kern jeder Zeitung, die ihren Namen verdient, ausmacht. Einer Partei verbunden, besitzt der ‚Vorwärts‘ doch die Freiheit der Meinung und der Kritik, was bewußt kämpferische Haltung einschließt.“ Die Grundhaltung des Blattes entstamme „der Verpflichtung auf ein Parteiprogramm“. Periodika, die lediglich das Sprachrohr ihrer Partei seien, verfehlten die Funktion der Zeitung, denn sie „wenden sich nicht an Leser, die das ‚Zeitgespräch der Gesellschaft‘ suchen, sondern an Gläubige, die ständig auf eine Bestätigung ihrer Überzeugung aus sind“. Der „Vorwärts“ hingegen habe seit langem den Dialog mit allen Richtungen gesucht. Er verfalle nicht „der Monotonie des bloßen Ja-Sagens“; vielmehr wolle er „den kritischen Leser ansprechen“. In seiner Rede erinnerte Binkowski an das Programm, das Kurt Schumacher 1948 dem damals unter der Bezeichnung „Neuer Vorwärts“ abermals erschienenen Blatt auf den Weg gegeben hatte: Es solle „die gesellschaftlich bewegenden Kräfte mit dem guten Willen erkennen, die Augen nicht zu schließen, sondern sich öffnen zu wollen und dabei aufrichtig und redlich zu sein“<sup>52</sup>).

Wie sieht das erneuerte Profil des Blattes aus, das sich erst kürzlich vornahm, „Nachrichten, Fakten, Informationen in neue Zusammenhänge“ zu stellen? Einschränkend heißt es in einer in eigener Sache edierten Druckschrift, daß gewiß jede Zeitung und gerade jedes politische Wochenblatt und ganz besonders ein sozialdemokratisches Wochenorgan mit Vorurteilen zu kämpfen habe. Man wehrt sich gegen die Unterstellung, daß „Der Vorwärts“ eine Parteizeitung sei. Dies gelte nicht, auch dann nicht, wenn das Blatt für die Sozialdemokratische Partei defensiv werde. Wenn manche Leute ferner meinten, daß der „Vorwärts“ das Sprachrohr der Regierung sei, so stimme auch das nicht. Im Gegenteil: Mitunter ziehe er sich Ärger zu, „weil sich die Regierung und einige ihrer Minister“ über das Blatt mokierten.

Das Verhältnis zur eigenen Partei wird folgendermaßen geschildert: „Wir kommentieren den Zustand dieser Partei. Doch haben wir als Wochenpapier den Vorteil, nicht jeder hektischen Berichterstattung der Tagespresse über Vorgänge innerhalb der SPD hin-

terherlaufen zu müssen. Wir können das distanzierter, kühler betrachten. Damit grundsätzlicher, niveauvoller.“ Durchaus selbstbewußt meldet man über die neue redaktionelle Konzeption: Man habe inzwischen gelernt, den Lesern auf spezifische Weise beizukommen. Diese wären nämlich „an einem Punkt angelangt, an dem sie es immer schwerer haben, sich trotz einer Vielzahl von Informationen und Nachrichten gut informiert zu fühlen. Wo es schwieriger wird, den eigenen Meinungsstandort zu bestimmen. Nach der Lektüre von den Tageszeitungen bis zu den Fachzeitschriften. Von den kurzen Nachrichten im Autoradio bis hin zu den Magazinsendungen im Fernsehen.“

Auf jeden Fall sei festgehalten, daß das Blatt dank seiner Formatänderung handlicher geworden ist. Zu seiner wesentlich verbesserten Lesbarkeit trägt ein von der ersten bis zur letzten Seite übersichtlich gestalteter Umbruch bei: Unter dem Kopf auf der ersten Seite folgen drei Vornotizen zu größeren, als bald im Blatt dargebotenen Beiträgen. Die linke Außenspalte bringt eine Glosse zu einem aktuellen Problem. „Blickpunkt des Titelblattes soll“, so heißt es, „die politische Zeichnung“ sein. Die Redaktion pflegt auf diese neuartige Weise einen Stil, der über die traditionelle Karikatur hinausgeht; denn gleich zeitig sollen damit gesellschaftliche Hintergrundbereiche durch begleitende Text-Kommentare erfaßt werden.

Für das Ressort Politik bleiben jeweils zehn Seiten offen. Innerhalb des weiträumigen Referates treten für einen Augenblick lang Politiker zum längst üblich gewordenen Hick-Hack kurzfristig aus den Kulissen. Pagina zwei ist „Personen und Konflikte“ überschrieben. Seite drei beginnt mit zusammenfassenden Berichten aus dem In- und Ausland. Verbindlich, „to whom it may concern“ heißt es dazu: „‚Vorwärts‘ nutzt den Standort Bonn...“

Mehrere Seiten sind ausschließlich dem Thema „Deutschland“ gewidmet. Es folgen Seiten über „Parteien und Programme“. Jede Ausgabe enthält ein sogenanntes ‚Vorwärts-Thema‘. Dies wird mittels einer Gründlichkeit ohnegleichen von allen Seiten her ausgeleuchtet. Die Seite „Echo“ bringt sozusagen „the sound and the fury“ — es sind die Stimmen der lieben oder verärgerten Leser. Auf den Seiten „Arbeit und Kapital“ wird die Wirtschaft — natürlich mit den Augen der Arbeitnehmer — unter die Lupe genommen.

Sechs Seiten „Kultur“ schließen sich an. Sind sie wirklich anders durchformt als das Feuil-

<sup>52</sup>) Johannes Binkowski, „Vorwärts“ auf beispielhaftem Weg. Die sozialdemokratische Zeitung ist 100 Jahre alt geworden, in: Die Zeitung, 10. Jg. 1976, S. 4—5.

leton konkurrierender Blätter? Die Leute aus der *bel étage* des Hauses meinen dazu: „Es gibt Möglichkeiten, die Kultur im Zusammenwirken mit dem Bürger stärker als bisher in unserer Gesellschaft zu verankern. Das aber bedeutet, nicht nur die Perlen herauszusuchen und vorzuzeigen, sondern regelmäßig auch über den Alltag des Kulturmarktes, über Trends und Moden in Theater, Literatur, Kunst, Film ... zu berichten.“ Den Kulturseiten folgt zumeist eine Sparte „Zeitgeschichte“. Fast alle führenden Tageszeitungen offerieren seit Jahren ferner eine Rubrik, die dem Fernsehen gewidmet ist. Neben Vor- und Rückschau geben Wochenblätter kritische Kommentare. Da sie allesamt innerhalb dieses Sektors mehr als andere Periodika bieten wollen, räumen sie dem Betrachter konkurrierender Medien wesentlich mehr Platz als früher ein.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, daß der „Vorwärts“ sich bevorzugt mit sämtlichen Kommunikationsmitteln der Gegenwart kritisch auseinandersetzt. Wegen des chronischen Gezänkes der Parteien um ihren längst überzogenen Einfluß auf die Massenmedien bleibt das Betreiben eines solchen Ressorts allen Wochenblättern als notwendige Ergänzung ihrer Feuilletonseiten dringend zu wünschen. Aus dem permanenten Streiten aller gegen alle, von Jahr zu Jahr von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen oder

Konfessionen kultiviert, hat sich längst die Einsicht ergeben, daß ein Fernsehen, welches immer mehr gezeugen wird, sich aus der Kritik an der Politik zurückzuziehen, abgeschaltet wird. Aus Beobachtungen der Programmgestaltung fragen „Vorwärts“-Redakteure: „Wer entscheidet über welche Sendungen; welche Personen sind es, welche parteipolitischen Gruppierungen üben Einfluß oder Druck aus?“

Im Berlin der ersten Jahre des Wiederaufbaus lautete die geglückte Werbezelle eines dortigen Boulevardblattes: „Das Beste am Tag ist ‚Der Abend‘“. Blättert man den renovierten „Vorwärts“ vollends durch, so entdeckt man, daß ein einfallsreicher Journalist die letzte Seite „Rückwärts“ taufte. Dieser gescheite Mann wußte darüber Bescheid, daß zahlreiche Leser ihre Zeitungen und Zeitschriften aus lieber Gewohnheit und möglicherweise aus Selbstschutz „von hinten“ zu lesen beginnen. Wie angenehm berührt es demgemäß, daß im genannten Blatt nicht, wie sonst allenthalben, auf der letzten Seite für Tabakwaren, Schnäpse oder Unterwäsche geworben wird. Bravourös heißt es statt dessen: „‚Vorwärts‘ bietet auf der Seite ‚Rückwärts‘ politische Satire an, die sich in Zeichnungen und Texten mit Vorgängen in Politik und Gesellschaft befaßt.“ Nach wie vor ein begrüßens- und nachahmenswertes Novum innerhalb des westdeutschen Pressewaldes.

## VIII. Die Zeit. Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur

Gegründet 1946, Erscheinungsort: Hamburg, Auflage: 370 000

„Parmi les hebdomadaires: Die Zeit (Hamburg) incontestablement le meilleur de sa catégorie dans l'ensemble de la presse occidentale, y compris les Etats-Unis“, urteilte bereits vor einem Dezennium Jacques Nébe-court vom Stabe des Pariser Weltblattes „Le Monde“. Wie wurde solches Lob in einer Epoche verdient, während der die deutsche Presse, seit sie die Reichshauptstadt als publizistisches Zentrum verlor, im Auslande — als zu Provinzialität abgesunken — übergangen wurde? Auskunft darüber, wie das zustande kam, sei aus dem Verlagshause eingeholt. Zum Problem der Unabhängigkeit heißt es lapidar: „Wir ... redigierten ‚Die Zeit‘ so, wie wir wollten.“ Dies sei von Beginn an „das Prinzip des Verlegers“ gewesen, welches er nie verleugnete. „Wenn alle ... Chefredakteure“ gleiches von ihren Verlegern sa-

gen könnten, dann würde „die Sorge um das Prinzip der die Demokratie erhaltenden Pressefreiheit die Gemüter nicht“ aufregen.

Die Anfangsausgabe des in schwierigen Besetzungszeiten, d. h. noch unter englischer Zensur gestarteten und von seiner ersten Edition an ein ungewöhnliches Maß Zivilcourage verratenden Blattes, lag bei 40 000 Stück. Längst haben sich die früheren Jahrzehnte unermüdlichen Weiterschaffens gelohnt. Josef Müller-Marein, aus dem Berliner Journalismus stammend, bemerkte, als der die Chefredaktion Ende Mai 1968 (auf eigenes Verlangen) an Marion Gräfin Dönhoff abgab, daß die Auflagenhöhe so gut wie „nichts über die Qualität“ eines Wochenblattes aussage. Aus der Sicht der Geschichtsschreibung, wie sie für das deutsche Zeitschriftenwesen allmäh-

lich entsteht, ist dem nichts entgegenzuhalten. Die Redaktion der „Zeit“ sei, meldete J. M.-M. (alias Jan Molitor), zur gleichen Zeit Zeuge dafür, daß die Chefredaktion während harter Jahre, in deren Verlauf das Blatt „den Verlag viel Geld kostete“, die Redakteure sämtlicher Ressorts stets gemahnt habe, sie sollten sich „vor dem bloß äußeren Erfolg“ hüten, sie sollten niemals Rücksicht nehmen auf Leute, die das Blatt „manipulieren wollen“<sup>53)</sup>.

Jene Persönlichkeiten, die „nach Jahren verlogener Propaganda ... wieder eine freie liberale Presse in Deutschland“ aufzubauen versuchten<sup>54)</sup>, hätten ihr Wochenblatt in der Überzeugung veröffentlicht, daß auf seinen Seiten ein „jeder mit Freiheit und mit Rücksicht, mit Leidenschaft und sogar Humor“ mitwirken sollte<sup>55)</sup>. Solche Äußerungen veranlassen die Marginalie, daß, wer als liberaler Publizist im Sinne eines Robert Prutz oder eines Theodor Heuss gelten will, gewiß nicht ohne Humor durch die Welt — weder am Sonntag noch im Alltag — kommt. Der solchen Männern — und Frauen — aufgrund ihres Presseausweises zugestandene Freiplatz befindet sich stets zwischen den Stühlen. Daß dem von jeher so war, stets so ist und sein wird, davon zeugt Erich Kästners Buchtitel vom Jahre 1932: „Gesang zwischen den Stühlen“. Diesen um 1946 anzustimmen, eben das kennzeichnet die „Zeit“.

Ihre erste Ausgabe erschien am 21. Februar 1946. Unter dem beizeiten eingeführten und festgehaltenen Zeitungskopf, geschmückt mit dem Hamburger Wappen, stand für geraume Zeit die Pflichtzeile: „Veröffentlicht durch Zulassung Nr. 6 der Militärregierung“. Solcherlei längst als Kuriosa wahrgenommene Koinzidenzen sollten die Phantasie der Nachgekommenen von neuem beflügeln!<sup>56)</sup> Dazu regt der Innenteil zusätzlich an: eine Zeichnung des unvergeßlichen M. Swewczuk. Sie zeigt jeweils einen Soldaten der vier Besatzungsmächte: der Franzose, der Engländer, der Amerikaner und der Russe; ein jeder von

ihnen hält das von seiner Armee (oder Nation) besetzte Teilstück des zerrissenen Reiches so fest wie möglich unter dem Arm.

Den Leitartikel Nr. 1 des Blattes schrieb der auslandserfahrene Ernst Samhaber unter dem Titel „Die erste Probe“. Zwei Sätze seien festgehalten: „Der Friede ist unteilbar, weil er auf dem unteilbaren Rechtsgedanken beruhen muß. Jede Einschränkung, etwa, daß ein bestimmtes Gebiet, ein besonderes Volk ausgenommen sein sollen, berührt den Frieden überhaupt.“ Auf so mutige Weise meldete „Die Zeit“ Protest gegen neues Unrecht an. Neben jener kühnen Publikation erschien ein schlicht „Parteien“ überschriebener Leitartikel aus der Feder von Gerd Bucerius. Die Prognose jenes *homo novus* von damals darüber, wie sich die seinerzeit soeben per Reglement abermals oder neu entstehenden politischen Gruppierungen möglicherweise zu entwickeln vermöchten, jene ebenso bejahende wie skeptische Erwartungssicht zeichnet sich drei Jahrzehnte später noch immer durch verblüffende Treffsicherheit aus.

Jede Zeitschrift, der es gelingt, zu erscheinen, sagt eingangs, was sie vorhat. Die Paten der „Zeit“ äußerten sich damals auf wohlthuend bescheidene Art. Man befrage dazu den *article en miniature*, der schlichtweg heißt: „Unsere Aufgabe“. Daraus ein paar Zeilen wiederzugeben, genüge: Gehe es doch lediglich darum, „ungeschminkt die Wahrheit zu sagen“. Denn „nur in der Atmosphäre unbestechlicher Wahrheit“ erwachse Vertrauen. Allzuoft versprochen, doch ausnahmsweise gehalten, hieß es: „Wir werden niemandem nach dem Munde reden, und daß es nicht allein recht zu machen ist, ist eine alte Weisheit.“ Als seinerzeit ein englischer Brigadier namens Armytage die Lizenz zum Gründen der „Zeit“ übergab, sprach er die Hoffnung aus, daß „Die Zeit“ ihre Namensschwester in England nachahmen werde. Sollte sie doch „die dringende Nachfrage nach einer Zeitung von umfassender Sicht, nüchternen Kommentaren und kulturellem Hintergrund sättigen“<sup>57)</sup>.

Trotz wirtschaftlicher Behinderung, ungeachtet politischer Drohungen von seiten sämtlicher, sich dafür befugt Haltender und trotz personeller, innerredaktioneller Auseinandersetzungen hat sich das Blatt von Jahr zu Jahrzehnt vorwärtsentwickelt. Es kennzeichnet den Humor des Verlegers Gerd Bucerius, welcher der „Zeit“ — als seinem sozusagen liebsten Kinde — mehr als nur das Laufen

<sup>53)</sup> Die stark gekürzten Zitate stammen aus: Müller-Marein, Die Ablösung. Marion Dönhoff wird Chefredakteur der „Zeit“, in: Die Zeit, 23. Jg., Nr. 22 vom 31. 5. 1968.

<sup>54)</sup> Marion Gräfin Dönhoff, Zwischen den Stühlen. 25 Jahre „Die Zeit“ — Was gilt heute noch der Liberalismus? in: Die Zeit, 26 Jg., Nr. 8 vom 19. 2. 1971.

<sup>55)</sup> Josef Müller-Marein, a. a. O.

<sup>56)</sup> Zum Vergleichen nützlich die Arbeit von Heinz-Dietrich Fischer, Reeducations- und Pressepolitik unter britischem Besatzungsstatut. Die Zonenzeitung „Die Welt“ 1946—1950. Konzeption, Artikulation und Rezeption, Düsseldorf 1978.

<sup>57)</sup> Die Zitate wurden entnommen aus: Die Zeit, 1. Jg., Nr. 1 vom 21. 2. 1946.

beibrachte, daß er nachträglich notierte: „Zuweilen war die aufregendste Spalte in dieser Zeitung das *Impressum*.“ In jenem Rückblick notiert er alle Daten und sämtliche Namen aus der Spanne von „Unruhe und frühem Leid“. Gedacht sei der damaligen Leitartikel und Glossen Richard Tüngels, Ernst Friedländers und Ernst Samhabers. „Kein Journalist in Deutschland und kein Politiker hat so viel riskiert, wie er (Richard Tüngel). Seine Artikel in der ‚Zeit‘ erklangen lange als die einzige Stimme des Protestes in den vier Besatzungszonen.“<sup>58)</sup>

Kaum war das verhängnisvolle Wort „Der eiserne Vorhang“ geboren, benannte Richard Tüngel, seinen kritischen Blick hinter die mittels kultureller Kulissen aufgezogene Fassade der französischen Besatzungsmacht wendend, einen Leitartikel über die unter de Gaulle einmarschierten Gallier: „Der seidene Vorhang“. Tüngel? Wer war das noch? Er war der Mann, der während des Januar 1945 fast auf die Stunde genau im engsten Kreise nächtlicher Bunkerinsassen vorausgesagt hatte, der Krieg ist im Mai aus; also laßt uns eine neue Zeitung vorbereiten!

Ein jeder, der sich über politische Zielsetzung der „Zeit“ orientieren will, wende sich der publizistischen Leistung von Marion Gräfin Dönhoff zu. Bereits 1946 kam sie zum Blatt. Es verdankt ihr, wie Immanuel Birnbaum in der „Süddeutschen Zeitung“ anerkennend formulierte, „einen guten Teil seiner Wirkung“ wie auch „seines Aufstiegs“<sup>59)</sup>. Bereits 1955 wurde ihr das Ressort ‚Politik‘ anvertraut. Im Sommer 1968 übernahm sie die Chefredaktion. Man muß schon sagen, daß sich infolge jener Veränderung die Hamburger Wochenschrift abermals deutlicher profilierte. Über die Dönhoffsche Linienführung höre man sie selbst: Dem Hamburger Wochenblatt gehe es um weltoffene Liberalität. Seit nunmehr Jahrzehnten laute seine Lehre ‚Toleranz‘. Wer nach wie vor „an die Wichtigkeit des einzelnen“ glaube, der betreibe weder Sündenbocksuche noch Hexenjagd. Die eigentliche publizistische Methode der „Zeit“ heiße Diskussion, das bedeute, man streite für Aufklärung und Transparenz. Über ihre und des Blattes Haltung äußerte sie: „... wer stark genug ist, den gelegentlichen Vorwurf der Linken: ‚Ihr Reaktionäre!‘ zu er-

tragen und (ebensowenig) vor den Rechten, die uns zuweilen als Anarchisten bezeichnen, in die Knie geht“, der brauche sich vor der Zukunft nicht zu fürchten. All dies gelte immer auch dann, wenn der Liberalismus von irgendeiner Seite zum tausendsten Male totgesagt werde. Gewiß sei es inzwischen modisch geworden, „den Liberalen als einen Wischi-Waschi-Bürger abzuwerten, als einen, der seinen Sowohl-Als-auch-Standpunkt in klugen Reden zu verteidigen weiß, der aber eben nur redet und nie handelt. Diese von den Radikalen rechter und linker Prägung gebastelte liberale Vogelscheuche dient der Heroisierung unreflektierter Taten; jener Taten, die um des grandiosen Zieles willen ohne Bedacht, ohne Zögern, ohne Rücksicht auf irgendwen und irgendwas getan werden.“

Von jeher hat der überzeugte Liberale, das lehrte die „freisinnige Publizistik zwischen 1830 und 1933, jeglichen Radikalismus aus Prinzip abgelehnt“. Daran hält sich die Schreiberin, wenn sie zu bedenken gibt: „Wer den Menschen von der Herrschaft des Menschen befreien will, wer Jahrtausende alte Probleme in einem Arbeitsgang zu bewältigen gedenkt, der wünscht natürlich, von der Welt mit eigenem Maß gemessen zu werden; verglichen mit ihm sind die Liberalen, die sich nur vorgenommen haben, Herrschaft erträglich zu machen, sie politisch zu kontrollieren, armselige Wichte, die an der Wirklichkeit nur herumdoktern, anstatt sie von Grund auf zu verändern. Der beglückende Endzustand, den sie, die Radikalen, jene Propheten der Tat, zu schaffen verheißen, rechtfertigt nach ihrer Meinung manche Grausamkeit und Ungerechtigkeit, die begangen wird, wenn es darum geht, Hindernisse auf dem Wege zum Paradies zu beseitigen.“ In diesem Sinne äußerte sie in respektabler Gelassenheit: „... politische Romantiker, die nach den Sternen greifen, haben die Welt stets unbewohnbar gemacht ...“ Deshalb, so folgert sie, bleiben und bleiben „die Liberalen als Gegengewicht unentbehrlich“<sup>60)</sup>.

Zu solcherlei Einstellung kann man sich keinen gescheiteren Kommentar wünschen, als ihn Alfred Grosser über die Frage „Was heißt Liberalismus heute?“ gab. Wie denn und überhaupt: kann eine liberale Grundeinstellung auf dem Umweg über die Kommunikationsmittel verwirklicht werden? „Um ... weltverändernd zu wirken, das heißt, um auf den Leser einzuwirken, dem man die fremden Welten darstellt, muß man jedoch auch Intoleranz zeigen. Anders ausgedrückt, wenn man durch

<sup>58)</sup> Gerd Bucerius, „Die Zeit“-Geschichte — wie sie uns in Atem hielt, in: Die Zeit vom 21. 2. 1966.

<sup>59)</sup> Immanuel Birnbaum, Kollegiale Würdigung, in: Die Zeit, Sonderdruck zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Marion Gräfin Dönhoff, Herbst 1971, S. 18—19.

<sup>60)</sup> Dönhoff, Zwischen den Stühlen, a. a. O.

geistigen Einfluß die gesellschaftliche und politische Entwicklung beeinflussen will, und sei es nur durch ein Auflockern der Vorurteile, so muß man sich doppelt verantwortlich fühlen.“ Eben diese Einsicht sollten vor allem Publizisten und Pädagogen auf sich beziehen. Ihr Einfluß dürfe weder „Gewalt ausüben“ noch „manipulieren“, sondern er müsse Gegenseitigkeit einschließen<sup>61)</sup>.

Wer bei Bucerius redigierte und kommentierte, sah sich in seiner Freiheit als Publizist niemals beschnitten. Dafür sei auf zwei Zeugnisse verwiesen. Das eine stammt von Josef Müller-Marein. Er spricht von Freundschaft, die zwischen Verlegern und Journalisten längst zur Rarität wurde: „... ich will sagen, um wen es sich vor allem handelt: um Gerd Bucerius, mit dem ich politisch fast stets einig ging und menschlich immer. Ja, es ist mehr als ungewiß, ob ich so lange Journalist geblieben wäre, wie ich's war, wäre er nicht unser Verleger gewesen.“<sup>62)</sup> Zusätzlich überliefert Marion Dönhoff: „Gerd Bucerius ist wahrscheinlich der einzige Verleger, der bei den üblichen Kontroversen zwischen Verlag und Redaktion grundsätzlich für die Redaktion Stellung nimmt, auch wenn dies den geschäftlichen Interessen zuwiderlaufen sollte. Seine Beziehung zur Redaktion ist ... durch eine Art Partnerschaft gekennzeichnet.“<sup>63)</sup>

Daß es jenem Wochenblatt, wie es sich aus striktem Zusammenhalten zwischen Verlag und Redaktion zu Weltgeltung erheben konnte, an Feinden, vor allem an Neidern nicht fehlt, versteht sich. Als Beispiel für solche Einstellung genüge ein Pamphlet, welches unter dem Titel „Die Zeit — Ideologie oder Objektivität und kulturkulinarische Anpassung“ Hermann Piwitt für „Konkret“ verfaßte. Einige Passagen der gewiß gehässigen, indes attraktiv geschriebenen Polemik seien — zugleich als Paradigma des Stiles von „Konkret“ — eingeflochten:

<sup>61)</sup> Alfred Grosser, Laudatio. Im angegebenen Sonderdruck des Jahres 1971, S. 7.

<sup>62)</sup> Josef Müller-Marein, Über die Siebzugjährigkeit heute ..., in: Die Zeit vom 9. 9. 1977.

<sup>63)</sup> Marion Gräfin Dönhoff, Ein unruhiger Geist — ein großer Verleger, in: Die Zeit, Nr. 22 vom 21. Mai 1976. Es ist bekannt, daß „Die Zeit“ über viele Jahre hinweg, während der sie chronisch in den „roten Zahlen“ steckte, aus Einnahmen der von Henry Nannen geschaffenen Illustrierten „Stern“ mitgetragen wurde. Im früheren Verlagswesen sind solche Regelungen keine Seltenheit gewesen. Man denke an die einstmalige „Frankfurter Zeitung“ und die im damaligen Societätsverlag zugleich edierte Illustrierte; man erinnere sich an die „Vossische Zeitung“ und die „Berliner Illustrierte“ des Ullstein-Hauses.

Dem Anschein nach vermeide es „Die Zeit“, „Partei zu ergreifen; sie ist Partei und hat es nicht nötig, das zu erkennen zu geben. Sie dient der bestehenden Ungerechtigkeit, indem sie das bestehende Ungleichgewicht zwischen den Herrschenden und den Abhängigen, zwischen den traditionell Armen und den traditionell Reichen unangetastet läßt.“ Einer solchen Nutznießung diene die „Zeit“, solange sie glaube, „in einer Klassengesellschaft so Platz für Objektivität“. Wer gemäß „den Maßstäben einer ungerechten Gesellschaft objektiv“ zu sein vorgebe, der verewige die Ungerechtigkeit. Zwar spiele „Die Zeit“ sich als ehrlicher Makler auf. In Wahrheit bedeute dies jedoch, daß zuvor „die Interessen des Wolfs mit denen der Schafe“ übereinstimmen müßten. Das alleinige Interesse des Wolfs gebiete jedoch, „die Schafe zu fressen, während die Schafe in der Mehrheit ihr Interesse nicht einmal kennen“. Deshalb habe der Wolf, namens „Die Zeit“ dafür gesorgt, daß sie sich für Opfer des Schicksals hielten: „Das Ergebnis solcherart ‚unabhängig‘ waltender Objektivität ist die Einebnung der gesellschaftlichen Widersprüche im Bewußtsein des qualifizierten Lesers aus der gehobenen Dienstklasse und dem gebildeten Mittelstand.“ Sein Stillhalten sei eine der Voraussetzungen „für die bewußtlose Produktivität der abhängigen Massen, die immer höhere Gewinne immer weniger Unternehmern, immer mehr politische Macht immer weniger Menschen in die Hände wirtschaften“<sup>64)</sup>.

Innerhalb einer kapitalistisch orientierten Presse liefere „Die Zeit“ immerhin „das demokratische Alibi“. Piwitt weiß nicht, soll er die Redakteure der „Zeit“ als Dummköpfe oder als Schädlinge (an der Zukunft) ansehen? Diese hielten sich für objektiv, überparteilich und sachlich. Er macht ihnen jedoch die Bandbreite ihres demokratischen Besonnens-Seins zum Vorwurf. Aus der Fülle seiner sonstigen Beobachtungen sei indessen als zutreffend hervorgehoben, daß Periodika wie „Die Zeit“ mit der Zeit ein so intensives Selbstbewußtsein annehmen, daß sie gelegentlich die Nase um ein Weniges zu hoch tragen. Davon sind schon früher weder das „Berliner Tageblatt“ noch die alte „Frankfurter Zeitung“ frei geblieben. Einem Publizisten von internationalem Rang wie Alfred Grosser ist das ebensowenig wie dem Witzbold Hermann Piwitt entgangen.

<sup>64)</sup> Hermann Piwitt, Die „Zeit-Ideologie der Objektivität und kulturkulinarische Anpassung“, in: Konkret, Nr. 10 vom 5. 5. 1969, S. 22—23.

In seiner Frankfurter Rede vor den deutschen Buchhändlern zitierte Alfred Grosser aus seinem Buche „Deutschlandbilanz“: „Die ‚Zeit‘ ist die beste europäische Wochenzeitung traditionellen Typs. Sie spielt eine politische Rolle sowohl durch ihre Information wie durch ihre Stellungnahmen. Sie ist gemäßigt links angesiedelt — und gegen sie werden mitunter dieselben Vorwürfe erhoben wie gegen ‚Le Monde‘ (übrigens meine Zeitung) in Frankreich.“ Er gibt zu bedenken, daß sein Blatt ein wenig zu selbstbewußt und von seinem Wert überzeugt sei, daß es Menschen und Machtgruppen zu sehr von oben herab beurteile und daß sein Bestreben, die intellektuelle Avantgarde zu begreifen, ein wenig mit Gefallsucht verquickt sei. Seinerzeit hätte „Die Zeit“ den protestierenden Studenten zuviel Sympathie entgegengebracht, aber dann erst viel Sympathie entgegengebracht, aber alsbald die ständige Gewaltanwendung verurteilt; „demzufolge wurde sie selbst von der Gegenseite als Teil des Establishments angeprangert“. Grosser fragt, ob das zuträfe. Natürlich stimmt das: „Sobald man sich anhaltend Gehör verschafft hat und gewissermaßen zur Institution geworden ist, wird man Teil des ‚Establishment.‘ Bedenklich wird es, wenn man, weil man etabliert ist, andere daran hindert, ihre Stimme dauerhaft, das heißt auch in der Form eines Wochenblattes, ertö-

nen zu lassen.“ Wie kommt es dazu? „Leider ist das notwendigerweise der Fall. Nicht aus Absicht. Noch nicht einmal durch direkte Schuld. Aber deshalb, weil die Pressefreiheit in der Bundesrepublik wie in Frankreich zugleich gegeben und begrenzt ist, zugleich echt und wirklich nur ‚formell‘“.

„Die Zeit“ zu lesen, das kostet Zeit, aber es lohnt die Zeit, die man daran gibt. Man ist gleichwohl in der glücklichen Lage, Rundfunk und Fernsehen abzuschalten und sogenannte Bestseller nicht länger ins Haus zu lassen. Das alles erledigt „Die Zeit“ frei Haus. Ernsthaft gesprochen, wer will, kann sich mittels der „Zeit“ ein gediegenes Rundumbild von der Zeit bilden, in der er lebt<sup>65)</sup>. Gewiß: Der geborene ‚Zeit‘-Leser wird dabei freilich keinen Augenblick lang die Brille des Skeptikers von seiner Nase lassen.

Zeit hin, Zeit her, wer „Die Zeit“ endlich weglegt, der nimmt vorm Schlaf auf den Montag Wilhelm Busch zur Hand. Und da liest er dann, was ihn in seiner Lese-Ausdauer bekräftigt: „Sag‘, wie wär es, alter Schragen, wenn Du Deine Brille putztest, um ein wenig nachzuschlagen: wie Du Deine ‚Zeit‘ benutztest?“

---

<sup>65)</sup> Alfred Grosser, a. a. O.

# Perspektiven einer kulturellen Demokratie

## I. Mehr Freizeit – Chance für kulturelles Wachstum?

Vieles spricht dafür, daß sich der Trend zu mehr Freizeit in den westlichen Industriestaaten fortsetzen wird. Von einer „Epoche der Freizeit“ ist die Rede. Das Nachdenken über die kulturpolitischen wie auch gesamtpolitischen Konsequenzen hat jedoch erst begonnen. Gewiß werden in Resolutionen und Studien des Europarats, der UNESCO und des „Deutschen Städtetages“ neue Perspektiven sichtbar. In der programmatischen Diskussion der Parteien und in der politischen Praxis spielen Kultur- und Freizeitpolitik jedoch nach wie vor eine untergeordnete Rolle – trotz mancher erfreulicher Ansätze in jüngster Zeit. Ihre Bedeutung für die weitere demokratische Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft ist offenbar noch nicht hinreichend bewußt geworden.

Schon in einer Zeit der Vollbeschäftigung war von einer schrittweisen Herabsetzung der Lebensarbeitszeit die Rede. Inzwischen ist die hohe und vermutlich noch wachsende Arbeitslosigkeit zu einem ernsthaften Problem geworden. Dessen Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der westlichen Demokratien, insbesondere auch der EG, kann kaum überschätzt werden. Auf der Wunschliste der Bevölkerung in der Bundesrepublik steht dieses Thema ganz oben an<sup>1)</sup>. Die Einsicht wächst, daß struktureller Arbeitslosigkeit nicht allein mit den klassischen Instrumenten der Wirtschaftspolitik beizukommen ist. Dementsprechend wird eine gerechtere Verteilung der verfügbaren Arbeit von Gewerkschaften, Regierungsmitgliedern, den elf sozialdemokratischen Parteien der EG-Länder, aber auch von Kreisen der Unionsparteien angestrebt.

Welche Vorschläge zur Umverteilung der Gesamtarbeitszeit auch immer sich in der Bundesrepublik und der EG durchsetzen mögen – die von beruflicher Arbeit freie Zeit wird aller Voraussicht nach insgesamt zunehmen. Eine solche Entwicklung ist aus strukturellen Gründen notwendig – und sie ist zu-

dem erwünscht. Denn so sehr einerseits der Zustand der Arbeitslosigkeit von den meisten Betroffenen beklagt wird, so erkennbar wächst andererseits der Wunsch nach mehr Freizeit, vor allem bei der großen Zahl jener Bürger, die ihre Arbeit als eintönig empfinden<sup>2)</sup>. Repräsentativbefragungen lassen erkennen, daß die große Mehrzahl der Bürger in der Bundesrepublik Freizeit und Familie für wichtiger halten als Arbeit und Beruf. Insbesondere bei jungen Leuten ist der Wunsch nach mehr Freizeit vorherrschend.

### INHALT

- I. Mehr Freizeit – Chance für kulturelles Wachstum?
- II. Konsumkultur zwischen „Konkurrenzdemokratie“ und „Ökodiktatur“
- III. Humanisierung der Kultur – Auf der Suche nach neuen Wert- und Handlungsorientierungen
- IV. Kommunikative Ethik und demokratische Kultur
- V. Ästhetische Sensibilisierung und ethisch-politische Orientierung
- VI. Kulturpolitik und Stadtentwicklung
- VII. Aspekte demokratischer Kulturarbeit
- VIII. Kulturelle Partizipation

Er geht nach dem Urteil von Freizeitforschern einher mit einer wachsenden hedonistischen Grundhaltung, deren Ursachen zu bedenken sind. Entspannung und Erholung zum Zwecke der Wiederherstellung der Arbeitskraft (Rekreation) gelten nicht mehr unbedingt als eigentlicher Sinn der Freizeit<sup>3)</sup>. Gewinnt jener Teil der arbeitsfreien Zeit, der nicht für notwendige Tätigkeiten wie Haushalt u. a. aufgewendet wird, damit aber auch schon einen Eigenwert als sinnerfüllte „Be-

<sup>2)</sup> Vgl. die zit. Umfragen bei M. und S. Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland, München 1979, S. 241.

<sup>3)</sup> Vgl. H. Kohl, Freizeitpolitik, Frankfurt/Köln 1976, S. 145; W. Nahrstedt, Entfremdung durch Freizeit?, in: Frankfurter Hefte, 1977, H. 9, S. 30.

<sup>1)</sup> Vgl. Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1976–1977, Wien 1977, S. 92.

freiungszeit" (v. Hentig) und kultivierte Mußezeit?

Zugunsten eines „freien Gestaltens von erfüllter Zeit“ den Erhaltungszwang zurücktreten zu lassen, wird nach den Worten des Anthropologen Adolf Portmann auf lange Zeit eine wichtige Aufgabe überall dort bleiben, wo sich die volltechnische Lebensform ausbreitet. Nach Portmann bezeugen neuere Forschungen über die Lebensweise von naturnäheren Völkern, „wieviel größer der Anteil an Mußezeit in deren Dasein ist, als frühere Auffassungen von der Hauptrolle des Erhaltungszwanges angenommen haben, und wie diese Muße zu reich erfüllter Zeit gestaltet wird“. Jenes Übermaß an Arbeit, das in den letzten Jahrhunderten im Abendland für riesige Menschenmassen geschaffen worden sei und mit allen Mitteln gerechtfertigt werde, habe das Gleichgewicht humanen Lebensvollzugs empfindlich gestört<sup>4)</sup>.

In der Tat gilt es über den Wert wahrhaft erfüllter Freizeit neu nachzudenken: Was kann getan werden, um die Voraussetzungen für kommunikativ und kreativ bestimmte Freizeitgestaltung zu schaffen? Wie lassen sich Fähigkeiten zu spielerischer Freiheit und Muße neu entwickeln? Denn gegenwärtig wird für die meisten Bürger der westlichen Industriestaaten die Freizeit in erheblichem Umfang bestimmt durch den mehr oder weniger passiven Verbrauch von Angeboten einer konsum- und absatzorientierten Freizeit- und Medienindustrie. Mit erheblichen Veränderungen der Wahrnehmungsfähigkeit bei den Rezipienten (Konsumenten) muß gerechnet werden (Verstärkung und Erhöhung von Wahrnehmungsschwellen)<sup>5)</sup>.

Ein auf quantitatives Wachstum programmiertes Wirtschaftssystem ist auf die Konsumentenmentalität der Vielen gewissermaßen angewiesen. Zudem kommt dem Massenkonsum verstärkt eine kompensatorische Funktion zu. Dies hat mit der Krise des neuzeitlichen Fortschrittsglaubens zu tun. Der Fortschrittsglaube war ursprünglich mit humanen politischen Werten und Zielvorstellungen verbunden, wie sie in der gegenwärtigen Grundwertediskussion wieder in Anspruch genommen werden (Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität).

<sup>4)</sup> A. Portmann, Das Spiel als gestaltete Zeit, in: Merkur 328, 1975, H. 9, S. 842.

<sup>5)</sup> Vgl. Decker/Langenbucher/Nahr, Die Massenmedien in der postindustriellen Gesellschaft, Göttingen 1976, S. 166 f.; F. Böckelmann, Theorie der Massenkommunikation, Frankfurt 1975, S. 60 ff.; B. Wember, Wie informiert das Fernsehen?, München 1976.

Dieser Wertbezug wurde zunehmend abgebaut, und es verblieb ein Vertrauen in den technisch-ökonomischen Fortschritt. Auch dieses Vertrauen ist inzwischen in eine Krise geraten. Weltweit wurden negative Erfahrungen mit den zerstörenden Kräften eines technisch-ökonomischen Fortschritts gemacht, dem es an ethischer Orientierung mangelt (Massenvernichtungswaffen, Umweltzerstörung, Ausbeutung der Welt-Ressourcen). Mit dem Abbröckeln des Fortschrittsglaubens und den damit verbundenen Erfahrungen eines Sinndefizits entfallen auch Arbeitsmotivationen. Sicherlich entspringt die Krise des Leistungsprinzips zum Teil auch aus den einengenden und die Eigenverantwortung verringernden Veränderungen des Arbeitsprozesses. „Aber es ist nicht minder wichtig, daß der Wille zur Leistung auch von der Überzeugung vom allgemeinen Sinn jeder Arbeit abhängt, und daß diese Überzeugung nach dem Zurücktreten ihrer puritanischen Motivierung großenteils auf dem Zusammenhang zwischen der Leistung des einzelnen und dem allgemeinen Fortschritt der Produktion beruht. Wird dieser Zusammenhang belanglos, so wird auch die Leistung ... abgewertet. Der Beruf wird zum in sich sinnlosen, nur noch durch Konkurrenz um sein Entgelt und den davon abhängigen Konsumzuwachs motivierten *rat race*, oder in Habermas' Worten: Der Mangel an Sinn muß durch (ökonomischen) Wert kompensiert werden. Das sinnentleerte Streben des einzelnen nach Selbstverbesserung wird rein materiell.“<sup>6)</sup> Wessen Interesse an wachsender Freizeit derart motiviert ist, der gerät leicht in den Sog eines massenhaften und zugleich vereinzelnenden Freizeitkonsumangebots, das ein Maximum an Lustgewinn bei einem Minimum an Eigenständigkeit als möglich suggeriert.

Hier stellt sich nun allerdings die Frage, ob es sich dabei um eine unvermeidliche Entwicklung handelt, oder ob es nicht doch Möglichkeiten gibt, in der arbeitsfreien Zeit freie Spiel- und Kommunikationsräume zu gewinnen, in denen sich individuelle und gesellschaftliche Sinnerfahrung neu herstellen könnte. (Die korrespondierende Frage nach einer Humanisierung der Arbeitswelt muß hier außer Betracht bleiben.) Da Einstellungen, Werthaltungen und Handlungsorientierungen heute zunehmend in der Freizeit geprägt werden, hängt davon auch die Entwicklung der politischen Kultur der Bundesrepublik und anderer westlicher Demokratien ab.

<sup>6)</sup> R. Löwenthal, Neues Mittelalter oder anomische Kulturkrise?, in: Merkur 328, 1975, S. 815.

Die Einsicht in die gesellschaftliche und politische Relevanz dieser Fragen geht u. a. aus Studien und Resolutionen des Europarats, der UNESCO, des „Deutschen Städtetags“ und

der „Kulturpolitischen Gesellschaft“ hervor, in denen eine „neue Kulturpolitik“ projiziert wird, die „kulturelles Wachstum“ fördern soll.

## II. Konsumkultur zwischen „Konkurrenzdemokratie“ und „Ökodiktatur“

Die Loslösung des Fortschrittsglaubens von seinen ethischen und politischen Zielsetzungen hat auch in der Rücknahme normativ orientierter Demokratievorstellungen ihren Ausdruck gefunden. In der Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg setzten sich mit wachsendem Wohlstand verschiedene Varianten eines verengten Demokratieverständnisses durch. Diesem Verständnis entspricht das politische Bewußtsein in der Bundesrepublik heute gewiß weit weniger als noch Mitte der sechziger Jahre, aber trotz gegenläufiger Trends wie Studentenbewegung, Demokratisierungsbestrebungen und Bürgerinitiativbewegung hat es sich noch keineswegs überlebt. Gemeinsam ist diesen Auffassungen die Exkulpation geringer Beteiligung am politischen Meinungsbildungsprozeß. Gewiß spielen hier obrigkeitstaatl. Denktraditionen eine Rolle. (Dies zeigt sich einmal bei der Betonung der Führungsfunktion politischer Eliten; einen zeitgemäßen Ausdruck findet diese Tradition sodann in einem überzogenen Glauben an die Kompetenz von Experten in einer Realität, die durch Sachzwänge bestimmt sein soll.) Hervorstechendes Merkmal dieser Demokratiekonzeption ist die Anpassung an die ökonomische Realität kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Systeme: Im sog. Markt- oder Konkurrenzmodell der Demokratie wird das Konkurrenzprinzip des Marktes auf den politischen Bereich übertragen. Entsprechend wird die Konsumentenhaltung der Bürger als quasi unabänderliche Größe angenommen. Die politische Beteiligung wird auf die Auswahl konkurrierender Führungseliten bei periodischen Wahlen beschränkt<sup>7)</sup>. Politische Apathie kann dann als Zeichen für allgemeine Zufriedenheit und Systemstabilität gewertet werden<sup>8)</sup>. Während die politischen Fähigkeiten der Vielen gering geschätzt werden, gelten die Führungseliten bei Vertretern ei-

ner demokratischen Elitenherrschaft als Garanten der Effizienz und Stabilität des Systems — jener „Werte“, auf die es entscheidend ankommen soll<sup>9)</sup>.

Die materiellen Leistungen des Systems sind der entscheidende Maßstab; das „Interesse an Mündigkeit“ wird geringer geachtet. Nach dem Konkurrenzmodell der Demokratie wird der Wähler analog den marktwirtschaftlichen Vorstellungen als Konsument angesprochen, wobei ihm bestenfalls (und nicht eben konsequent) eine gewisse Sachkenntnis bei der Auswahl der angebotenen „Ware“ zugetraut wird: „Die miteinander konkurrierenden Politiker suchen den passiven, aufs Konsumieren eingestellten Wähler mit Hilfe moderner Reklametechniken für sich einzunehmen. Dessen Bedürfnisstruktur formt sich nach der Gesetzmäßigkeit des Angebotes wie die Wünsche des Konsumenten nach den Bedürfnissen des Marktes.“<sup>10)</sup> Hier werden politische Vorstellungen zurückgenommen, die mit der konsumtiv und technokratisch orientierten politischen Kultur hochentwickelter Industriestaaten nicht in Einklang zu sein scheinen: Nicht nur vom „klassischen“ Demokratieideal nimmt man Abstand, sondern auch von liberalen Vorstellungen einer repräsentativen Demokratie. Sollte der Fortschritt der Produktivität nach überlieferten Maßstäben auch dazu dienen, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die politische Gleichstellung aller Bürger zu schaffen, so wird der technisch-ökonomische Fortschritt nun zum „Selbstzweck“.

Man geht „realistisch“ davon aus, daß die große Mehrzahl der im Arbeitsprozeß abhängigen Stimmbürger die das gesamtwirtschaftliche Wachstum anregende Rolle von mehr oder weniger passiven Konsumenten übernehmen. Freizeitkonsum erfüllt hier die Funktion, für leidvolle Erfahrungen im Arbeitsprozeß zu entschädigen und durch Anreize die Leistungsmotivation wach zu halten.

<sup>7)</sup> Vgl. J. A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 2. erw. Aufl., Bern 1950, S. 468. Vernünftig und realistisch ist es nach dieser Version, nur noch von der „vom Volk gebilligten Regierung“ zu sprechen.

<sup>8)</sup> Vgl. dazu F. Scharpf, *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970, S. 29 ff.

<sup>9)</sup> Vgl. P. Bachrach, *Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft*, Frankfurt 1967, S. 13.

<sup>10)</sup> K. Lenk, *Wie demokratisch ist der Parlamentarismus?*, Stuttgart 1972, S. 18.

(Zwischen den Belastungen der Berufstätigkeit und dem Freizeitverhalten besteht eine Relation: Je interessanter die Arbeit ist, um so anregender fallen in der Regel die Freizeitaktivitäten aus)<sup>11)</sup>. Außerdem kann Freizeitkonsum eine kompensatorische „politische“ Funktion erfüllen, indem er das Gefühl der freien Wahl verlockender Konsumangebote vermittelt. Nicht-ökonomische Wertvorstellungen und Ziele sind in diesem an der Praxis orientierten Denkmodell nicht verankert. Von diesem Ansatz her kann Demokratie wertskeptisch als *bloße* Spielregel oder Methode gelten. In einer derart verengten Bedeutung wird dann gerne der Pluralismusbegriff gebraucht. Weizsäcker sieht in einem solchen Pluralismusverständnis eine „nihilistische Resignation gegenüber der Wahrheitsfrage“ und stellt kritisch fest: „Toleranz, als die politische Gewährung der Freiheit an die andern, ist nicht der Verzicht auf die Wahrheitsfrage, sondern die Schaffung des Raums für die Wahrheitsfrage. Die pluralistisch zugelassenen Werte sind nicht gleichgültig, sie sind nicht alle gleich gut.“<sup>12)</sup>

Von einem derartig eingeschränkten Pluralismusverständnis her lassen sich dann auch keine normativen Kriterien für die kulturelle und gesellschaftliche Bedeutung des Freizeitbereichs gewinnen, mithin auch nicht für die Kultur- und Freizeitpolitik. Auch an das künstlerisch-kulturelle Angebot von Kunstinstitutionen wie Theater, Oper, Kunstausstellungen etc. wird dann der Maßstab dieses verengten Pluralismusverständnisses angelegt: Solche Einrichtungen erscheinen dann als „Warenhäuser“ der Kulturindustrie bzw. als öffentliche Dienstleistungsbetriebe, die „für jeden etwas“ anzubieten haben; dabei sollen sie in der Breite dem Anspruch gerecht werden, vorgeprägte Erwartungen auf leicht konsumierbare Kost zu befriedigen. Leitbegriffe der bildungspolitischen und kulturpolitischen Diskussion wie Kreativität, Partizipation, Kommunikation, Humanisierung, Identitätsfindung, Emanzipation<sup>13)</sup> wirken hier deplaziert. Sie gewinnen gegenüber diesem reduzierten Demokratieverständnis und der ihm entsprechenden Funktionseinschätzung des Freizeit- und Kulturbereichs den Charakter von störenden Reizwörtern. Von da her läßt sich auch kaum Verständnis

erwarten für die Einwände der „Kulturpolitischen Gesellschaft“ gegenüber einer „zunehmenden Vermarktung kultureller Angebote nach privatwirtschaftlichen Rentabilitätsnormen“ vor allem im Rahmen der sog. „Freizeitindustrie“<sup>14)</sup>.

In einer technisch hochentwickelten Wachstumsgesellschaft zeigen sich somit die Konsequenzen eines „interessenrationalen“ Gesellschafts- und Politikverständnisses. Seit Hobbes und der Begründung eines Besitzindividualismus im 17. Jahrhundert konnte sich dieses Verständnis durchsetzen. Die klassische politische Theorie seit Aristoteles hatte noch nach dem „guten Leben“ in einer „guten“ (bzw. optimalen) Ordnung menschlichen Zusammenlebens gefragt. Im Gefolge von Machiavelli und Hobbes wird der Begriff des Politischen auf das Phänomen der Durchsetzung und Regelung des Machtwillens reduziert und somit instrumentalisiert. Ethik wird vom politischen Handeln abgetrennt und verkümmert zur bloßen Privatmoral. Der Staat kann dann vom „Mittel physischer Gewaltbarkeit“ her definiert werden<sup>15)</sup>.

Diesem Politikverständnis entspricht die gerade in Deutschland lange Zeit populäre Einschätzung der Politik als „schmutziges Geschäft“, mit dem man als anständiger Bürger und gar als ein dem Edlen und Schönen zugewandter Künstler besser nicht in Berührung kommt. (Nach einer Infratest-Umfrage von 1977 sahen immerhin noch über 50 % der westdeutschen Bevölkerung die Politik als „schmutziges Geschäft“ an.) Hier haben wir es mit jener Gespaltenheit zwischen „Geist und Macht“, „Kultur und Politik“ zu tun, die Max Frisch in seinem Tagebuch als die eigentliche Ursache der verheerenden Gewaltpolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beklagt: „Es ist eine Geistesart, die das Höchste denken kann (denn die irdische Schwere werfen sie einfach über Bord, damit der Ballon steigt) und die das Niederste nicht verhindert, eine Kultur, die sich strengstens über die Forderung des Tages erhebt, ganz und gar der Ewigkeit zu Diensten. Kultur in diesem Sinn, begriffen als Götze, der sich mit unserer wissenschaftlichen und künstlerischen Leistung begnügt und hintenherum das Blut unserer Brüder leckt, Kultur als morali-

<sup>11)</sup> Vgl. M. u. S. Greiffenhagen, a. a. O., S. 243.

<sup>12)</sup> C. F. v. Weizsäcker, Gehen wir einer asketischen Weltkultur entgegen?, in: Merkur 363, 1978, H. 8, S. 760.

<sup>13)</sup> Grundsatzpapier der „Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.“ 1976, in: Vorgänge 24, 1976, H. 6, S. 120.

<sup>14)</sup> Ebd., S. 118.

<sup>15)</sup> C. F. v. Weizsäcker, Der Garten des Menschlichen. Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie, München 1977, S. 226.

<sup>16)</sup> M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, 5. rev. Ausg., Tübingen 1972, S. 29; ders., Politik als Beruf, Berlin 1977<sup>6</sup>, S. 8.

sche Schizophrenie ist in unserem Jahrhundert eigentlich die landläufige." <sup>17)</sup>

Von der Interessenlage einer „Konsumkultur“ her kann nun zwar der Anspruch erhoben werden, die Barrieren zu den Reservaten der Kultur — den „Inseln der Kunst“ — einzuebnen. Dies geschieht freilich nicht, um Kunst für die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur wirksam werden zu lassen. Hinter diesem Anspruch steht vielmehr das Interesse, für breitere Bevölkerungsschichten Konsumansprüche auch im ästhetischen Bereich zur Geltung zu bringen und damit ein „erhöhtes Bedürfnis nach Kompensation“ <sup>18)</sup> zu befriedigen, das in der Produktionssphäre entsteht. Der Slogan „Kultur für alle“ des Deutschen Städtetages sollte nicht in diesem Sinne mißverstanden werden.

Der geschilderte Zusammenhang zwischen verengtem Demokratieverständnis (Elite- und Marktmodell), quantitativem wirtschaftlichem Wachstum und expandierendem Konsum mag theoretisch plausibel und trotz gegenläufiger Bestrebungen in der gesellschaftlichen Realität deutlich erkennbar sein. Dennoch werden aus der Einsicht in die weltweite Gefährdung unserer Lebensgrundlagen durch „exponentielles Wachstum“ <sup>19)</sup> in den Industriegesellschaften unterschiedliche Schlußfolgerungen für die demokratische Entwicklung gezogen. Gerade unter Hinweis auf die notwendige Durchsetzung eines Wachstumsstopps und Konsumverzichts (Schonung der Umwelt und der Weltressourcen) halten manche Autoren die seit etwa dem Ende der sechziger Jahre erhobenen Forderungen nach verstärkter demokratischer Beteiligung für wirklichkeitsfremd <sup>20)</sup>. Bei nachlassendem Wachstum müssen „umfassende Regelungen der Einkommens- und Wohlstandszumessung“ (Borchardt) durchgesetzt werden, um zerstörerische Verteilungskämpfe zu verhindern und im globalen Wettkampf um die knappen Rohstoffe entschlossen handeln zu können. Dies wird nur einer autoritären staatlichen Zen-

tralgewalt zugetraut. Eine Art Öko-Diktatur mit deutlich technokratischem und bürokratischem Einschlag erscheint unausweichlich. Mit dem Hinweis auf die Komplexität der Industriegesellschaft und ihre „Sachzwänge“ wurden auch bisher schon Forderungen nach einer Ausweitung der Demokratie und insbesondere einer Demokratisierung gesellschaftlicher Subsysteme <sup>21)</sup> zurückgewiesen; sie seien leistungsmindernd, hieß es.

Dieser Ansatz stand im Banne einer (quantitativen) technisch-ökonomischen Wachstums-hypothese. Unter der Herausforderung der Ökokrise verbindet er sich nun mit der Idee eines technokratischen Zuteilungsstaats autoritären Zuschnitts. Plausibel kann diese Idee nur erscheinen, weil und solange jene anthropologische Prämisse beibehalten wird, Egoismus, Selbstsucht und Habgier seien die „natürlichen“, dem Menschen angeborenen Eigenschaften; sie bestimmten ihr Handeln und ließen grundlegende Verhaltensänderungen auf der Basis gemeinwohlorientierter Wertsetzungen nicht zu <sup>22)</sup>. Wie aber könnte gerade angesichts dieser Voraussetzungen garantiert werden, daß Politiker an die Macht kommen, die durchwegs im Sinne ökologischer Vernunft handeln und ihre Macht nicht mißbrauchen? Wie soll unter den Bedingungen hochkomplexer Gesellschaften verzichtbares Verhalten durchgesetzt werden, wenn egoistische Antriebe „naturnotwendig“ menschliches Handeln leiten? Wird durch Freiheitsentzug ohne gleichzeitige Entschädigung (z. B. Konsumsteigerung) nicht allenfalls Apathie erzeugt? Wie soll gerade eine starke Zentralgewalt unter diesen Bedingungen — also ohne hinreichende Rückmeldungen und Kontrolle — ökologisch vernünftig und sozial gerecht handeln können? <sup>23)</sup> Nicht nur wären die notwendigen Einschränkungen des Konsums durch einen autoritären Zuteilungsstaat bitter erkaufte — sie könnten vermutlich nicht einmal auf Dauer sinnvoll durchgesetzt werden.

<sup>17)</sup> M. Frisch, Tagebuch 1946—1949, München/Zürich 1965, S. 240; vgl. W. Ismayr, Das politische Theater in Westdeutschland, Meisenheim am Glan 1977, S. 88 f.

<sup>18)</sup> In diesem Sinne A. Silbermann, Von den Wirkungen der Literatur als Massenkommunikationsmittel, in: W. Kutteneuler (Hrsg.), Poesie und Politik, Stuttgart 1973, S. 27 f.

<sup>19)</sup> H. Gruhl, Wunschenken contra Naturgesetze, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/1977.

<sup>20)</sup> R. L. Heilbroner, Die Zukunft der Menschheit, Frankfurt 1976, S. 78; K. Borchardt, Dreht sich die Geschichte um? Modelle für Wachstumsschranken, Ebenhausen 1974.

<sup>21)</sup> N. Luhmann, Komplexität und Demokratie, in: PVS, 1969, S. 315.

<sup>22)</sup> E. Fromm, Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, Stuttgart 1976, S. 17.

<sup>23)</sup> Am System der DDR hat Rudolf Bahro entsprechende Problemfelder aufgezeigt, wobei zu bedenken ist, daß die DDR-Führung die von W. Harich geforderte Einstellung auf die ökologischen Notwendigkeiten noch gar nicht vollzogen hat. Vgl. R. Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Frankfurt 1978; W. Harich, Kommunismus ohne Wachstum? Baubeuf und der „Club of Rome“, Reinbek 1977.

### III. Humanisierung der Kultur — Auf der Suche nach neuen Wert- und Handlungsorientierungen

In der Denktradition des Besitzindividualismus steht die These, die allseitige Verfolgung von Partikularinteressen werde einen friedlichen Gleichgewichtszustand des Allgemeininteresses herbeiführen. Daß sich das Gemeinwohl quasi wie von selbst aus dem Konkurrenzkampf der individuellen und organisierten Sonderinteressen ergibt, kann angesichts der die menschliche Existenz bedrohenden Weltprobleme nicht mehr ernsthaft behauptet werden: Umweltzerstörung, Kriege, Wettrüsten, das Nebeneinander von Reichtum und bitterster Armut haben diesen Ansatz gründlich ad absurdum geführt. Man kann mit Weizsäcker geradezu von der „Irrationalität“ dieses kurzsichtigen interessenrationalen Standpunkts sprechen<sup>24)</sup>.

Die verhängnisvolle Alternative des technokratisch-autoritären Zuteilungsstaates ist jedoch nur vermeidbar, wenn eine ethische Bewußtseinsänderung und neue Wert- und Handlungsorientierungen für notwendig und möglich gehalten werden. Angesichts des Wettrüstens mit Massenvernichtungsmitteln hatte Karl Jaspers schon in den fünfziger Jahren nur noch von einer „Revolution der Denkungsart“ die Vermeidung einer weltweiten Katastrophe erhofft<sup>25)</sup>. Daß sich die Menschheit an einem Wendepunkt wie nie zuvor in der Geschichte befindet, wird auch in neueren Untersuchungen zu den globalen Problemen der Menschheit immer wieder betont. Eine „Ethik des technischen Zeitalters“ wird für unabdingbar gehalten<sup>26)</sup>. Zum ersten Mal in der Geschichte hänge das physische Überleben der Menschheit von einer „radikalen Veränderung des Herzens“ ab, meint Erich Fromm in einem Buch, dessen Grundgedanken in unterschiedlichen Varianten Eingang in die öffentliche Diskussion gefunden haben<sup>27)</sup>. Fromm macht zwei Grund-

haltungen menschlicher Existenz aus: „Haben“ und „Sein“; deren jeweilige Stärke bestimmten die individuellen und kollektiven Charakterunterschiede. Der Modus des Habens konzentriere sich auf Gewinnsucht, Macht, Aggression und verursache Gier, Neid und Gewalt. Mit seiner aggressiven, expansionistischen Wachstumsmoral habe er seit dem Mittelalter das Übergewicht und bringe jetzt die Welt an den Abgrund des psychologischen und ökologischen Ruins. Demgegenüber gründe sich der Modus des Seins auf Liebe und drücke sich in wesentlicher, nicht verschwenderischer, sondern schöpferischer Tätigkeit aus. Fromm setzt seine Hoffnung darauf, daß die Mängelerfahrungen des aufs Haben ausgerichteten Lebens und seiner globalen Folgen die Chance einer nie ganz verschütteten Seinsorientierung eröffne<sup>28)</sup>. Eine ansatzweise Umorientierung aufgrund aktueller Erfahrungen zeigt sich darin, daß mit Leitbegriffen wie „Selbstverwirklichung“, „Kommunikation“, „Partizipation“ neuerdings Begriffe wie „Brüderlichkeit“, „Solidarität“, „Liebe“ verbunden werden<sup>29)</sup>. Das geschieht dort, wo die Frage nach der Herausbildung einer humanen demokratischen Kultur gestellt wird, von der allein die gemeinsame Bewältigung auch der ökologischen Probleme erhofft werden kann<sup>30)</sup>. Von einer Umorientierung der Werthaltungen und Bedürfnisse hängt es ab, ob die wohlverstandenen Interessen der einzelnen mit den nationalen wie globalen Allgemeininteressen einigermaßen in Einklang gebracht werden können.

<sup>24)</sup> Daran knüpft auch H. Gruhl an (a. a. O., S. 11), wenn er seine Hoffnung auf das „Wachstum“ all jener immateriellen Werte setzt, die das „materielle Zeitalter“ unter seinen Produktions- und Abfallmassen begraben habe: „nämlich alle Erlebnisse des Geistes und der Seele: Liebe, Glück, Freude, Glaube, Muße, Hingabe, Solidarität“.

<sup>25)</sup> H.-E. Bahr, Liebe, Glück: Zunehmende Verlassenheit — neue Solidarität, in: H.-E. Bahr/R. Gronemeyer (Hrsg.), Anders leben — überleben, Frankfurt 1978, S. 30. (Es ist nur scheinbar ein Widerspruch, daß jener vorherrschende Drang des „Habens“ eine „Wegwerfmentalität“ erzeugt hat.)

<sup>30)</sup> Ebd., S. 27 ff.

<sup>24)</sup> C. F. v. Weizsäcker, Der Garten des Menschlichen, a. a. O., S. 226.

<sup>25)</sup> K. Jaspers, Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, München 1958, S. 300.

<sup>26)</sup> Vgl. u. a. M. Mesarović/E. Pestel, Menschheit am Wendepunkt. 2. Bericht an den Club of Rome zur Weltlage, Stuttgart 1974, S. 134.

<sup>27)</sup> E. Fromm, a. a. O., S. 19.

## IV. Kommunikative Ethik und demokratische Kultur

Im Widerspruch zu allen technokratischen und gewaltpolitischen Lösungsversuchen ist daran festzuhalten: Nur unter den Bedingungen (relativ) freiheitlicher, sozial- und rechtsstaatlicher Demokratie können sich in entwickelten Industriestaaten derartige Wert- und Bedürfnisorientierungen herausbilden, kann sich eine ökologisch vernünftige, gemeinwohlorientierte Ethik entwickeln, die auf humane Weise das Glück des einzelnen mit dem der Gesellschaft verbindet.

Normative Demokratietheorien streben die Selbstverwirklichung mündiger Bürger an; dieses Ziel lag bekanntlich auch den Bestrebungen nach einer verstärkten Demokratisierung von Staat und Gesellschaft zugrunde, die in der Bundesrepublik vor allem seit Ende der sechziger Jahre die Perspektive einer dynamischen, qualitativen Fortentwicklung des bundesdeutschen Systems eröffneten. Daß mit „Selbstverwirklichung“ nicht primär die „chancengleiche“ Durchsetzung von Partikularinteressen gemeint sein konnte, wurde nicht durchwegs verstanden. Zur Verdeutlichung ist Habermas' Verständnis von „Partizipation“ hilfreich: Wenn er Partizipation als „allgemeine und chancengleiche Teilnahme an diskursiven Willensbildungsprozessen“<sup>31)</sup> definiert, geht es ihm gerade um die Ermittlung vernünftiger Handlungsnormen und „verallgemeinerungsfähiger Interessen“.

Die Frage der Vernünftigkeit politischer Lösungen wird mit dem Konzept der Selbstverwirklichung durch mitmenschliches, kommunikatives Handeln verknüpft. Nur durch ihre Verallgemeinerungsfähigkeit zeichnen sich Interessen als vernünftig aus, und nur unter den Bedingungen einer tendenziell freiheitlichen politischen Ordnung, die (einigermaßen) ungezwungene Meinungs- und Willensbildungsprozesse erlaubt, können in praktischen Diskursen partikulare von verallgemeinerungsfähigen Interessen unterschieden werden. Habermas wendet sich damit gegen Theorien, die das „Ende des Individuums“<sup>32)</sup> als unvermeidlich darstellen und damit den Anspruch humanen und ethisch verbindlichen Lebens aufkündigen.

Gegenüber Positionen, wonach Wert- und Normentscheidungen prinzipiell „irrational“

sein sollen<sup>33)</sup>, versucht Habermas, den Geltungsanspruch gesellschaftlicher Normen zu begründen. Diese kommunikative Ethik kann durchaus als Ethik solidarischer Verantwortung<sup>34)</sup> verstanden und weiterentwickelt werden. Habermas resigniert nicht vor einem Pluralismus scheinbar letzter Wertorientierungen. Er geht davon aus, daß kraft Argumentation die jeweils verallgemeinerungsfähigen Interessen von denen geschieden werden können, die partikular sind und bleiben und nur im Verfahren des Kompromisses zum Ausgleich gebracht werden können<sup>35)</sup>.

Gelten Diskurse als Voraussetzung normativer Sinnfindung, dann müssen auch deren strukturelle Voraussetzungen erwünscht sein. Angestrebt wird eine möglichst gewaltfreie, freiheitliche und beteiligungsfreundliche Gesellschaftsordnung, eine dem sozialen wie inter- und supranationalen Frieden förderliche *demokratische Kultur*. In der Idee der Kommunikationsgemeinschaft selbst liegt die Absicht begründet, die Voraussetzungen für die allgemeine Beteiligung an Kommunikationsprozessen herzustellen. Dabei ist es natürlich eine offene Frage, inwieweit eine entsprechende Institutionalisierung solch politischer Willensbildung realisierbar ist<sup>36)</sup>.

Wenn wir hier von demokratischer *Kultur* sprechen, gehen wir — wie dies analog auch beim Begriff der „politischen Kultur“ üblich ist — von einem erweiterten Kulturbegriff aus: Demnach bezeichnet „Kultur“ nicht eine Parzelle des Gesamtsystems der Gesellschaft; vielmehr machen Einstellungen, Werthaltungen und Verhaltensweisen der Menschen und deren Werke und Institutionen in ihrer Gesamtheit die Kultur eines Landes oder Volkes aus. (Das Adjektiv „demokratisch“ bezieht

<sup>31)</sup> Ebd., S. 140; W. Becker, Die mißverstandene Demokratie, in: Neue Rundschau, 1975, H. 3, S. 364.

<sup>32)</sup> Vgl. K.-O. Apel, Transformation der Philosophie, Bd. 2, Frankfurt 1976, S. 361.

<sup>33)</sup> Wenn wir in einen praktischen Diskurs eintreten, müssen wir nach Habermas (kontrafaktisch) eine ideale Sprechsituation unterstellen. Dieser „Vorgriff auf die ideale Sprechsituation hat für jede mögliche Kommunikation die Bedeutung eines konstitutiven Scheins, der zugleich Vorschein einer Lebensform ist“. Vgl. J. Habermas, Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz, in: Habermas/Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt 1971, S. 141.

<sup>34)</sup> Vgl. Habermas, Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus, Frankfurt 1976, S. 333.

<sup>31)</sup> J. Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973, S. 183.

<sup>32)</sup> Ebd., S. 162 ff.

sich dabei in unserem Verständnis auch auf alle für die politische Bewußtseinsbildung bedeutsamen gesellschaftlichen Subsysteme — meint also eine Lebensform.)

Das Wort „Kultur“ meint im deutschen Sprachverständnis seit dem 19. Jahrhundert vorwiegend den Bereich des Künstlerischen und „Geistigen“; für alle anderen Bereiche des Lebens steht das Wort „Zivilisation“. Dies hängt mit der wechselseitigen Trennung von Rationalität, Ethik, Politik und Ästhetik zusammen — mithin von Denken, Fühlen und Handeln. In der neuzeitlichen Entwicklung setzte sich mit den Naturwissenschaften und der Technik ein Begriff wertfrei objektivierender Rationalität durch. Entsprechend bildete sich eine „Alternative von objektiver Wissenschaft und subjektiver Wertentscheidung“ heraus. Der öffentliche Teil des Lebens soll idealiter von wertfreier Rationalität geregelt werden; moralische Argumente und Prinzipien gehören dagegen in die private Sphäre subjektiver Gewissensentscheidung<sup>37)</sup>. Das ethische Problem vernünftiger gesellschaftlicher Zielsetzungen bleibt ausgeklammert. Indem nun die Moral auf das Feld subjektivprivater Entscheidungen abgedrängt wird, geraten auch Ästhetik und Kunst dahin, ihre

soziale und politische Bedeutung zu verlieren. Da Kunst jedoch auch von intersubjektiven, ganzheitlichen Bezügen lebt, gerät sie in Gefahr, zur artifiziellen Unverbindlichkeit des *l'art pour l'art* zu verkümmern; oder sie wird „zweckrational“ eingesetzt und verliert auf diese Weise die Eigenart ihres Wahrheits- und Wirklichkeitsbezugs und ihre spezifische ethisch-politische Wirkung<sup>38)</sup>.

Mit dem Entwurf einer kommunikativen Ethik weicht die Trennung der Bereiche Vernunft (Rationalität), Ethik und Politik einer neuen Beziehung. Damit wird gegenüber der These vom Ende des Individuums die Humanität des Menschen, somit die Fähigkeit zur Kultivierung seiner Lebensverhältnisse, neu behauptet. Vernunft und Ethik werden hier zwar in einen neuen wohlverstandenen Einzelinteresse und Gesamtinteresse verbindenden Zusammenhang gebracht. Freilich wird diese Verbindung diskursiv gewonnen: Die Bereiche des Ästhetischen, des Emotional-Affektiven im allgemeinen und speziell die Kunst bleiben dabei außer Betracht — wesentliche Aspekte des Kulturellen also. Vieles hängt für die Entwicklung einer kulturellen Demokratie davon ab, ob diese Bereiche neu einbezogen werden können.

## V. Ästhetische Sensibilisierung und ethisch-politische Orientierung

Zweifelloos kommt der begrifflosen Wahrnehmung der Wirklichkeit eine erhebliche Bedeutung für die Sozialisation und Enkulturation des Individuums sowie für die Entwicklung der Kultur insgesamt zu<sup>39)</sup>. Mit Recht wird der intersubjektive Charakter des Ästhetischen und seine „erzieherische Wirkung“ betont. So geht H. P. Thurn von der Annahme aus, „daß alles Formgestalten, auch dort, wo es objektbezogen erfolgt (also etwa beim Schaffen eines Bildes, einer Blumenvase etc.), letztlich sein Ziel im Intersubjektiven hat, d. h. darauf aus ist, im Zuge seiner sozialkulturellen Geburt menschliches Zusammenleben in irgendeiner Weise zu beeinflussen, sei es störend, hemmend, fördernd oder wie auch immer... In einem weiten Sinne wohnt der Intentionalität eines jeden Gestaltungsträgers

mit dem Moment der Wirkung auch ein Element von erziehender Beeinflussung inne. Aus der Sicht des Rezipienten bedeutet dies: er wird immerdar erzogen, sobald er sich einer ästhetischen Wirkung aussetzt.“<sup>40)</sup>

Es kommt allerdings darauf an, wie dies geschieht. Die sinnliche Anregung von Erfahrungen ist vielfältig; ästhetische Komponenten wirken an nahezu allen Lebensproblemen mit. Beachtet man dies, dann wird man sich kaum der Illusion hingeben, durch rationale Einsichten *allein* den bekannten Deformationen in unserer Gesellschaft entgegenwirken zu können (vgl. auch die Psychiatrie-Enquete der Bundesregierung). Diese Deformationen entstehen ja in einer Kultur, die kreative Teilnahme in vielen Bereichen des Berufslebens kaum ermöglicht und welche die Gestaltung der Umwelt und des Freizeitangebots in

<sup>37)</sup> K.-O. Apel, a. a. O., S. 370 ff. (Politischer Dezonismus ist die Kehrseite dieser Entwicklung).

<sup>38)</sup> Zum Zusammenhang vgl. C. F. v. Weizsäcker, Gehen wir einer asketischen Weltkultur entgegen?, a. a. O.

<sup>39)</sup> C. F. v. Weizsäcker, Der Garten des Menschlichen, a. a. O., S. 227.

<sup>40)</sup> H. P. Thurn, Probleme der ästhetischen Erziehung aus soziologischer Sicht, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1977, H. 1, S. 46 f.; vgl. ders., Soziologie der Kultur, Stuttgart 1976, S. 102 ff.

hebblichem Maße Geschäftsinteressen und Konsumansprüchen überläßt. Hier stellt sich die Frage nach der Re-Kultivierung dieser Lebensbereiche. Ihre Neuaneignung für kommunikativ und kreativ gewonnene Sinnerfahrung und Selbstverwirklichung wird zur individuellen wie zur gesellschaftlichen Aufgabe. Entsprechend geht auch Thurn davon aus, daß „die auf den ganzen Menschen abzielende Sinnverwirklichung in der Kultur ... nicht mit einem rudimentären, seiner Wurzeln in der Gefühlswelt beraubten Verstand allein erreicht werden“ kann. „Sondern sie bedarf einer kontinuierlichen Untermauerung durch den Willen, diese Welt in einer den Menschen insgesamt zuträglichen Weise zu gestalten. Die ästhetische Erziehung muß dazu beitragen, diesen Sinnesbedürfnissen ihren sozialkulturellen Spielraum zu sichern bzw. wiederzugewinnen.“<sup>41)</sup>

Damit wäre auch die fast vergessene Konzeption Friedrich Schillers wiederaufzunehmen, nämlich die Trennung von Vernunft und Sinnlichkeit in einer „politischen Ästhetik“ aufzuheben und die Beziehung von ästhetischer und ethisch-politischer Wirksamkeit evident werden zu lassen. Für Schiller setzt der Staat der Freiheit die Verwandlung des Menschen aus einem in die Komponenten 'Vernunft' und 'Sinnlichkeit' gespaltenen zu einem ganzheitlichen Wesen voraus, das imstande ist, die Prinzipien der politischen Verfassung zu realisieren. Solche „Veredelung“ des Menschen könne allein die ästhetische Erziehung leisten: „Es gibt keinen anderen Weg, den sinnlichen Menschen vernünftig zu machen, als daß man denselben zuvor ästhetisch macht.“ Durch die ästhetische Gemütsstimmung werde die Selbständigkeit der Vernunft schon auf dem Felde der Sinnlichkeit eröffnet, die Macht der Empfindung schon innerhalb ihrer eigenen Grenzen gebrochen und der physische Mensch so weit veredelt, daß der geistige Mensch sich nach den Gesetzen der Freiheit aus demselben bloß zu entwickeln brauche<sup>42)</sup>. Die Veredelung des Menschen geschieht bereits dort, wo der Geist im Sinnlichen in Erscheinung tritt. Der künstlerische, dichterische Geist zeichnet der „höchsten Moralität“ und der „höchsten Politik“ das Ideal vor, „welchem sich anzunähern ihre höchste Vollkommenheit ist“<sup>43)</sup>. In der

künstlerischen Phantasie werde die Einheit vorweggestaltet, die als Idee dem politischen Handeln der durch die ästhetische Erziehung verwandelten Menschen die Richtung weist<sup>44)</sup>.

Dieser ganzheitliche Ansatz läßt sich als regulative Idee auch für gegenwärtiges Denken und Handeln fruchtbar machen. Voraussetzung ist freilich, daß man von einem „dynamischen“ Wahrheits- und Wirklichkeitsverständnis ausgeht, welches wir als Grundlage heutigen Demokratieverständnisses erachten. Dann könnte vom Verständnis einer kommunikativen Ethik her die Kunst aus ihrer Randposition befreit werden. Sie könnte neue Bedeutung für die Erfahrung ganzheitlicher Lebensvollzüge gewinnen und damit in ihrer besonderen, ethisch-politischen Wirkung neu entdeckt werden. Die wechselseitige Bedingtheit von künstlerischer Qualität und ethisch-politischer Wirkung ist in diesem kommunikativen Wahrheits- und Wirklichkeitsbezug begründet, der beim Theater besonders evident ist<sup>45)</sup>. Für eine bewußtseinsverändernde Wirkung im Sinne eines „neuen“ Ethos weltweiter mitmenschlicher Verantwortlichkeit sind die Künste in besonderer Weise disponiert. Denn (idealerweise) ist gewaltfreie, kreative Kommunikation Bedingung ihrer „Wahrheit“ und damit immanentes Ziel ihres Wirkens. Sie trägt die Intention solidarischer, humaner Sinnfindung und Selbstverwirklichung in sich. Wo sie gelingt, vermag sie die Ansprüche partikularer Interessen zu transzendieren. Ästhetische und ethische Sensibilisierung in spielerischer Freiheit und kommunikativer Offenheit und Solidarität<sup>46)</sup> könnte so mitwirken an der Bildung einer humanen demokratischen Kultur.

An derartige Überlegungen über das mögliche Wirken von Kunst schließt sich die Frage an, ob unter den gegebenen strukturellen Voraussetzungen von den Künsten wesent-

<sup>41)</sup> Vgl. B. v. Wiese, Friedrich Schiller, Stuttgart 1959, S. 502; H. Glaser/K. H. Stahl, Die Wiedergewinnung des Ästhetischen. Perspektiven und Modelle einer neuen Soziokultur, München 1974, S. 176.

<sup>45)</sup> Vgl. die Kapitel „Politische Tendenz und künstlerische Vollendung“ und „Theater in der Demokratie“, S. 30–74, sowie S. 438 ff. meiner Arbeit „Das politische Theater in Westdeutschland“, a. a. O.

<sup>46)</sup> In gelungenen künstlerischen Ereignissen gilt diese für alle aktiv Teilnehmenden, die produzierenden und die rezipierenden. Vgl. H. Glaser, Das Schöngestige und das Politische, in: Materialien zur politischen Bildung, 1/1977, S. 55.

<sup>41)</sup> Ebd., S. 55.

<sup>42)</sup> 23. Brief „Über die ästhetische Erziehung des Menschen“, in: F. Schiller, sämtl. Werke, Bd. V, München 1967, S. 642; vgl. 22. Brief, ebd., S. 637.

<sup>43)</sup> Brief an die Gräfin Schimmelmarm vom 4. 11. 1795, in: Schillers Briefe, Krit. Gesamtausg., hrsg. von F. Jonas, Stuttgart 1892–1896, Bd. 4, S. 315.

liche Impulse für den notwendigen Einstellungs- und Orientierungswechsel ausgehen können. Des weiteren stellt sich die Frage, welche Aktivitäten von einer demokratischen

Kulturpolitik zu erwarten sind, um die Entfaltung künstlerischen Wirkens und darüber hinaus aller ästhetischen, kommunikativen und kreativen Vollzüge zu fördern.

## VI. Kulturpolitik und Stadtentwicklung

In Diskussionen und Entschlüssen der letzten Jahre wurde Kritik an einem „Nach-tisch-Verständnis“ (Fetscher) von Kultur geübt, das wesentlich nur die Angebote „repräsentativer Kunstinstitutionen“ meint, dabei den Künsten eine von sozialen Lebensbe-zügen abgehobene, gesellschaftlich unerhebliche Rolle zuweist und deren potentielle kommunikative Rückbindungen vernachlässigt<sup>47)</sup>. So geht die „Kulturpolitische Gesellschaft“ programmatisch davon aus, daß „Kultur nicht ein ausdifferenziertes gesellschaftliches System mit professioneller Struktur ist, sondern durch den gesamten kommunikativen Stil einer Gesellschaft geprägt wird: die ‚Kultur im engeren Sinn‘ ist einbeschrieben einer ‚Kultur im weiteren Sinn‘, wie sie etwa von der Kulturanthropologie ... erforscht wird.“<sup>48)</sup> Entsprechend wird vom „Deutschen Städtetag“ Kultur in einem demokratischen Staatswesen (unter dem Anspruch „Kultur für alle“) als kommunale Gemeinschaftsaufgabe definiert: „Kulturarbeit muß der Entfaltung und Entwicklung der sozialen, kommunikativen und ästhetischen Möglichkeiten und Bedürfnisse aller Bürger dienen.“<sup>49)</sup>

Tatsächlich beschäftigen sich jedoch Kulturpolitik und Kulturarbeit auch dort, wo die gesamtkulturelle Dimension der Politik erkannt und die vielschichtigen Bezüge bedacht werden, mit einem Aufgabenbereich, der wesentlich enger gefaßt ist. Diese ambivalente Intention kulturellen Bemühens für eine demokratische Gesellschaft kommt auch in der Entschlüsselung des Europarates 1976 (Konferenz der Kultusminister) zum Ausdruck. Unter anderem enthält diese die Forderung, Kulturpolitik solle als unverzichtbare Aufgabe

der Politik betrachtet und in Verbindung mit Bildung, Freizeit, Erholung und Sport, Umwelt, Sozialpolitik, Stadtplanung etc. ausgearbeitet werden<sup>50)</sup>.

Für die Kulturpolitiker ergibt sich einmal die Aufgabe, die „kulturelle Dimension“ in allen Bereichen der (Kommunal-)Politik zur Geltung zu bringen. Sie sollten darauf hinwirken, daß Gesellschaftspolitik insgesamt kulturelles Interesse entwickelt und angesichts des „Zukunftsschocks“ die strukturellen Voraussetzungen für einen Einstellungs- und Orientierungswandel schafft sowie mehr Lebensqualität fördert. An der vielbeklagten Entwicklung unserer Städte läßt sich die Bedeutung einer derartigen kulturpolitischen Aufgabenstellung ermessen: Sie sind dabei, endgültig ihre „menschlichen Züge“ und die Qualität einer humanen Lebenswelt zu verlieren<sup>51)</sup>. Kulturpolitik sah sich lange Zeit im wesentlichen auf die traditionellen Institutionen der Kunst- und Kulturpflege verwiesen (und setzte sich dabei selber eine Anzahl von Denkmälern aus Beton<sup>52)</sup>). Derweil huldigten Städteplanung und Architektur unter dem Eindruck der raschen ökonomischen und technischen Entwicklung in der Regel dem inzwischen viel beklagten, aber noch keineswegs überwundenen puren Funktionalismus. Das bekannte Ergebnis: „Aller geplanten Funktionalität zum Trotz wollen unsere Städte nicht funktionieren. Das ist die tagtägliche Erfahrung jedes einzelnen Stadtbewohners. Es hat allen Grund, nicht nur ihre materiellen Funktionsmängel zu kritisieren, sondern auch ja vor allem, ihre ideellen: ihre Tauglichkeit als menschlicher Lebensraum. Unseren Städten droht Gestaltlosigkeit. Weil aber baulich und soziale Gestalt unauflöslich miteinander verbunden sind und voneinander abhängen ist der allmähliche Verfall der visuellen Kultur nur das Abbild eines fortschreitenden Verfalls ihrer gesellschaftlichen Funktionen“.

<sup>47)</sup> Vgl. z.B. „Kultur durch Kommunikation?“, Loccumer Protokolle 1/1976. Kritische Bilanz und neue Perspektiven in: O. Schwencke/K. H. Revermann/A. Spielhoff (Hrsg.), Plädoyers für eine neue Kulturpolitik, München 1974; H. Hoffmann (Hrsg.), Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik, Frankfurt 1974.

<sup>48)</sup> Vgl. das „Grundsatzpapier“, a. a. O., S. 118.

<sup>49)</sup> Wege zur menschlichen Stadt, hrsg. vom Deutschen Städtetag, Köln 1973, S. 98 f. (Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung).

<sup>50)</sup> Council of Europe, Report of the Conference Straßburg 1976, S. 152.

<sup>51)</sup> Wege zur menschlichen Stadt, a. a. O., S. 97.

<sup>52)</sup> Vgl. dazu die Beiträge auf dem 8. Weltkongreß der „International Federation for Theatre Research“, 1977.

Die Städte der industriellen Massengesellschaft sind den Menschen quantitativ entzogen. Eine Stadt ähnelt der anderen zum Verwechseln. Der Bewohner empfindet sie als unmenschlich. Deshalb sind Rückkehr zum menschlichen Maßstab ... und zur Wiedergewinnung ihrer verlorenen Identität seine unversprochenen Forderungen an die Planer einer Umwelt.“<sup>53)</sup>

Nachdrücklich hat der „Deutsche Städtetag“ die Konsequenzen formuliert: Voraussetzung für die Entfaltung des Menschen in der Stadt ist die Schaffung einer Umgebung, die durch Proportion und Grundstruktur die Phantasie anregt und gleichzeitig die Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt gewährleistet. Die Stadt müsse als ein Ort begriffen und konzipiert werden, der Sozialisation, Kommunikation und Kreativität ermögliche<sup>54)</sup>. Sie wäre aus der „profitablen Nutzungsarena in die Behagen vermittelnde Kulturlandschaft“ zu verwandeln, meinen Glaser und Stahl<sup>55)</sup>. Dies müßte von einer Kommunalpolitik insgesamt als Auftrag verstanden werden, die an einer humanen Stadtentwicklung interessiert ist, in der die funktional getrennten Bereiche Arbeit, Wohnen und Freizeit wieder miteinander verbunden werden<sup>56)</sup>.

Einer Kulturpolitik, die im Einklang mit den genannten Bestrebungen anregend und gestaltend wirken will, stellt sich hier die Aufgabe, Spielräume, Kommunikations- und Aktionsräume für die kulturelle Selbstentfaltung der einzelnen Personen, Gruppen und Institutionen zu schaffen und zu sichern. Dies ist Voraussetzung für die dynamische Fortentwicklung unserer politischen Kultur zu einer kulturellen Demokratie<sup>57)</sup>.

<sup>53)</sup> W. Kückler, Architektur zwischen Kunst und Konsum, Frankfurt 1976, S. 12; vgl. S. 9 f.

<sup>54)</sup> Wege zur menschlichen Stadt, a. a. O., S. 97 f.; entsprechend die Resolution des Europarats, a. a. O.; vgl. ferner H. Tank, Urbanität in den Städten — heute eine Utopie, in: Universitas, 1978, H. 3, S. 153.

<sup>55)</sup> H. Glaser/K. H. Stahl, a. a. O., S. 214.

<sup>56)</sup> Vgl. Böhrets Zielbeschreibung einer „symbiotischen Stadt“: C. Böhret, Ein Großstadt-Szenario, in: transfer 3, Stadtforschung und Stadtplanung, Opladen 1977, S. 203 ff.

<sup>57)</sup> Notwendig sei es, so Glaser, „Gegenorte zur Verfügung zu haben, die als Zukunftswerkstätten fungieren — ständig Denkentwürfe, Simulationen, Alternativen produzierend. ‚Spielformen‘ (experimentelles Durchprobieren, abwechslungsreiches aleatorisches Um-, Neu-, Andersdenken) bedürfen des Spielraums. Spielraum ist Bereich für Verunsicherung, bestimmt durch Spielregeln; Topos für intellektuelles wie nicht-kognitives Atemholen, für die Internalisierung von Hoffnung. Ort des Diskurses.“ H. Glaser, Demokratisierung der Kultur?, in: Vorgänge 9, 1974, H. 3, S. 88.

Von dieser Zielsetzung selbst her sollten sich die Vorbehalte entkräften lassen, die bei vielen Politikern noch immer gegenüber kulturpolitischem Engagement bestehen. Gewiß gibt es in neuester Zeit eine Reihe von Resolutionen sowie neue Konzepte und praktische Ansätze. Dennoch sehen sich kunst- und kulturpolitisch engagierte Politiker zumeist auf eine Nebenrolle festgelegt. Entsprechend wird noch häufig die Arbeit in der Kulturverwaltung eingeschätzt und honoriert. Parteien und die meisten Politiker zeigten sich bisher kaum interessiert und wenig konzeptionsfreudig<sup>58)</sup>. Ob die in jüngster Zeit abgehaltenen kulturpolitischen Kongresse hier eine Wende ankündigen, läßt sich im Augenblick nicht sicher ausmachen.

Kulturpolitische Abstinenz wird nicht selten mit der Kunstfreiheitsgarantie des Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes gerechtfertigt. Gestützt auf die fachjuristische Literatur kann hingegen aufgezeigt werden, daß nicht nur Bestimmungen in mehreren Landesverfassungen<sup>59)</sup>, sondern auch Art. 5 Abs. 3 GG im Sinne einer „aktiven Kunstfreiheitsgarantie“ zu interpretieren sind. Aus Urteilen des Bundesverfassungsgerichts läßt sich die Verpflichtung der öffentlichen Hand ableiten, Kunst und Kultur im Interesse einer Teilhabe und Teilnahme möglichst vieler Bürger zu fördern<sup>60)</sup>. Tatsächlich dürfte der Verweis auf die Kunstfreiheitsgarantie nicht selten Alibifunktion haben. (Immerhin gehören Verwaltung und Finanzierung von Kustinstitutionen ja zum kommunalen Alltag.) Bestim-

<sup>58)</sup> Vgl. A. Spielhoff, Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik, in: Vorgänge 24, 1976, H. 6, S. 28. Ein „Kulturpolitisches Programm 1976“, das sich nicht ausschließlich auf Bildungspolitik beschränkt, legten die Kultusminister der von CDU und CSU regierten Bundesländer vor. Das „Programm der SPD für die erste europäische Direktwahl 1979“ enthält einen Abschnitt „Bürgerrecht auf Kultur und Bildung“ (S. 63 f.); darin wird kulturelle Chancengleichheit gefordert.

<sup>59)</sup> Verfassungen des Freistaates Bayern (Art. 3 und 140), Nordrhein-Westfalen (Art. 18), Bremen (Art. 2), Rheinland-Pfalz (Art. 40).

<sup>60)</sup> K. Fohrbeck/A. J. Wiesand/F. Wolterreck, Arbeitnehmer oder Unternehmer? Zur Rechtssituation der Kulturberufe, Berlin 1976, S. 363 ff., 370 f. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts stellt Art. 5 Abs. 3 GG „als objektive Wertentscheidung für die Freiheit der Kunst ... dem modernen Staat, der sich im Sinne einer Staatszielbestimmung als Kulturstaat versteht, zugleich die Aufgabe, ein freiheitliches Kunstleben zu erhalten und zu fördern“. Der moderne Staat betrachte es als seine Aufgabe, „die kulturelle Entwicklung der Gemeinschaft zu fördern und (er) erfüllt darum auch in ständig wachsendem Maße kulturelle Verwaltungsaufgaben“. BVerfGE 36, 321 (331) und BVerfGE 10, 20 (36 f.).

mend ist wohl nicht nur ein „kulturelles Bewußtseinsdefizit“<sup>61)</sup>, sondern auch die verbreitete Meinung, mit kulturpolitischen Aktivitäten nicht viel für Leistungsbilanz, Image und Wiederwahl tun zu können<sup>62)</sup>. Die große Zahl sozialkultureller Bürgerinitiativen sollte Anlaß sein, diese Einschätzung zu überdenken. Auch Meinungsumfragen stützen solche Befürchtungen nicht<sup>63)</sup>. Vor allem aber sollten die Konsequenzen eines mangelnden Engagements für Aufgaben der Kulturpolitik zu denken geben. Das Feld bliebe einer primär absatzorientierten Freizeit- und Medienindustrie und funktionalistischen Planungsinteressen überlassen.

Kulturarbeit (Kulturpolitik) ist somit als „Pflichtaufgabe“ der öffentlichen Hand zu begreifen; ihre Finanzierung sollte nicht länger als eine „freiwillige Leistung“ verstanden werden, die von den politischen Entscheidungsgremien leichthin zur Disposition gestellt werden kann<sup>64)</sup>. Unter diesem doppelten Aspekt ist auch die Arbeit an Kulturentwicklungsplänen in mehreren Städten zu sehen, die gegenüber neueren kulturpolitischen Ansätzen aufgeschlossen sind. Da die örtliche Kulturpflege dem eigenen Wirkungskreis der Kommunen angehört, fällt diesen auch die Aufgabe der Kulturentwicklungsplanung zu<sup>65)</sup>. (Kulturell koordinierend, anregend und finanziell unterstützend zu wirken, ist freilich auch Sache der Bundesländer, die ja die Kulturhoheit für sich in Anspruch nehmen.)

Kulturentwicklungsplanung als integraler Bestandteil der Stadtentwicklungsplanung kann als wichtiger Schritt angesehen werden, um auf die Stadtentwicklung im Sinne der oben formulierten Zielvorstellungen einzuwirken<sup>66)</sup>. Erste Erfahrungen mit der Erarbei-

tung von Kulturentwicklungsplänen liegen vor: Demnach führt diese zu einer „Sensibilisierung der Kulturverwalter und Kulturmacher für neue Probleme der Kulturarbeit“ und verstärkt das Nachdenken über die bisherige Praxis. Die Behandlung des Kulturentwicklungsplans in Ausschüssen und Räten fördert ebenfalls die Information und Motivation der örtlichen Kulturpolitiker. Für fast alle Aufgabenfelder der Kommunalverwaltung liegen in den Städten in der Regel Bereichspläne vor. In diese Bereiche fließen erfahrungsgemäß vor allem die „freien“ Mittel. Eine finanzielle Benachteiligung des „Kulturbereichs“ dürfte eher zu vermeiden sein, wenn man sich zur Kulturentwicklungsplanung entschließt. Nach Vorliegen der ersten Bereichspläne für Kultur ist zu erwarten, daß weitere Städte diesem Beispiel folgen werden. Diese Bereichspläne bewegen sich auf einer mittleren Planungsebene der Stadtentwicklungsplanung. Gegen Maßnahmeplanung im Rahmen der Kulturentwicklungspläne werden hingegen mit Recht erhebliche Bedenken angemeldet<sup>67)</sup>. Nicht die angestrebte Planung von Spiel- und Freiräumen für die Kulturarbeit, sondern die „Verplanung der Kultur“ könnte das Ergebnis sein. Auch der Deutsche Städtetag verweist nicht nur auf die Chancen, sondern auch auf die Grenzen der Planung für den kulturellen Bereich<sup>68)</sup>. Fehlentwicklungen sind dann einigermaßen vermeidbar, wenn die genannten kulturellen Zielvorstellungen bereits bei der Planungspraxis selbst berücksichtigt werden: Es müßten Wege kommunikativer Teilnahme der Bürger an den kulturellen Planungs- und Willensbildungsprozessen gefunden werden, die nicht zu einer öffentlichen Anpassung an die kommerzielle Konsumkultur, sondern zu einer für die Bürger erfaßbaren qualitativen Veränderung kulturellen Lebens führen.

Kulturentwicklungspläne umfassen in der Regel den kulturellen Aufgabenbereich, wie er in die Kompetenz der kommunalen Kulturäm-

<sup>61)</sup> G. Baum auf dem „Kulturpolitischen Kongreß“ der Friedrich-Naumann-Stiftung vom 24./25. November 1977 in Hamburg.

<sup>62)</sup> Vgl. „Kultur durch Kommunikation?“, a. a. O., S. 82.

<sup>63)</sup> Eine Umfrage des Instituts für Projektstudien erbrachte, „daß über 50 % der erwachsenen Bevölkerung auch auf ihre kulturelle Interessenvertretung durch die Politiker Wert legen und davon auch Wahlentscheidungen abhängen“, Fohrbeck/Wiesand/Wolterreck, a. a. O., S. 373.

<sup>64)</sup> Entsprechend die zit. Resolution des Europarats. Vgl. auch H. Hoffmann, a. a. O., S. 14.

<sup>65)</sup> Vgl. Bayer. Verfassung Art. 83 in Verbindung mit Art. 11 BV und Art. 28 Abs. 2 GG.

<sup>66)</sup> „Gerade weil die städtische Umwelt technisch, industriell und administrativ grundlegend verändert worden ist, braucht die Kultur Frei- und Spielräume“. Sie zu erhalten oder zu schaffen — so heißt es in einem Papier des Deutschen Städtetages —, sei Aufgabe der Stadtentwicklungsplanung. Nicht planbar sei dagegen das kulturelle Schaffen selbst. („Die Stadt als Bildungs-

und Kulturzentrum“, 30. 4. 1975). Recht unterschiedlich stellen sich Intentionen und Möglichkeiten von Kulturpolitikern und -verwaltern in Landgemeinden, Klein- und Mittelstädten sowie Großstädten dar, solche kulturelle Frei- und Spielraumplanung durchzuführen.

<sup>67)</sup> Kulturentwicklungsplanung. Tagung der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. am 21./22. Oktober 1977. Dokumentation, H. 1 (D. Baacke, P. Biresch, B. Drewe), S. 61, 63. Vgl. R. Schäfer/G. Vogler, Kommunale Vertretungskörperschaften, in: AfK, 1977, I. Halbjahresband, S. 74.

<sup>68)</sup> Vgl. auch: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hrsg.), Musisch-kulturelle Bildung. Ergänzungsplan zum Bildungsgesamtplan, Bd. 1, Stuttgart 1977, S. 7.

er und Kulturausschüsse fällt. Die enge Beziehung zu den anderen Bereichen der Kommunalarbeit (Bildung, Sport, Erholung, Versorgung etc.) — und damit auch die Berücksichtigung der kulturellen Dimension in der Gesamtentwicklung — soll daher durch Einbindung in das Verfahren der Stadtentwicklungsplanung gesichert werden<sup>69)</sup>. Intensive Zusammenarbeit der Behörden und Bemühungen um ein Gesamtkonzept sind notwendig, wenn entsprechende Aktivitäten nicht an den oft zu engen Ressortgrenzen scheitern sollen.

## VII. Aspekte demokratischer Kulturarbeit

Gewiß sind die Rufe von Kulturstürmern verklungen, die Kunst schlechthin als affirmativ einstufen, sie zu einem Rauschmittel erklärten, das der „repressiven Gesellschaft“ diene<sup>70)</sup>. Eine Fehleinschätzung sind auch Schematisierungen, welche die künstlerischen Einrichtungen als bloße bürgerlich-elitäre Establishmentkultur abtun, der gegenüber es eben eine „alternative“ Kultur durchzusetzen gelte. Eine derart entschiedene Frontstellung ist mittlerweile relativ selten geworden. Sie ist in der kulturpolitischen Diskussion zunehmend einer besseren Einsicht gewichen in den Zusammenhang von qualifizierter künstlerischer Arbeit, musisch-kultureller Bildung und kreativer wie kommunikativer Entfaltung der Laien<sup>71)</sup>. Nicht an der Einschränkung dieser meist zentralen, professionellen Kunstinstitutionen sollte Interesse bestehen, sondern daran, in diesen Einrichtungen selbst und im kulturellen Umfeld die Voraussetzungen dafür zu verbessern, daß diese qualitativ und gesellschaftlich wirksamer werden können. Professionelle künstlerische „Darbietungen“ können um so eher ästhetisch und ethisch-politisch sensibilisierend und kreativ anregend wirken, je größer darüber hinaus die Vielfalt der Kulturorte und „ökologischen

Zwar wächst diese Einsicht; nach wie vor bezieht sich aber die Kulturarbeit vieler Kulturbehörden und Kulturausschüsse fast ausschließlich auf die traditionellen Kunstinstitutionen (Theater, Orchester, Museen) sowie die Bibliotheken. Häufig stellen diese dann weder untereinander noch zu den Einrichtungen der Schul- und Erwachsenenbildung, Jugendzentren etc. kontinuierliche Beziehungen her. So wenig dieser Zustand befriedigen kann — er sollte nicht zu falschen Alternativen führen.

Nischen“<sup>72)</sup> einer Gemeinde ist, in denen kreative Entfaltung, kommunikative Erfahrung und kulturelles Lernen möglich ist und genutzt wird.

Dazu bedarf es freilich auch kulturpädagogischer Hilfestellung. Nur so kann auch die Schwellenangst abgebaut werden, die vielen Bürgern den Zugang zu Einrichtungen der Kunst- und Kulturpflege erschwert, kann es in qualitativem Sinn eine „Kultur für viele“ werden. Dabei genügt es nicht, den bestehenden Kunstinstitutionen als weitere zentrale Einrichtungen z. B. ein Kommunikationszentrum, ein Kommunales Kino, ein Audio-visuelles Zentrum<sup>73)</sup> hinzuzufügen. Hinzu kommen muß eine sehr viel stärkere Berücksichtigung des Ästhetisch-Kreativen in Schulen, Ausbildungsbetrieben, außerschulischer Jugendbildung und Erwachsenenbildung. Um dies zu erreichen, müßte eine intensive „Kooperation zwischen den Bildungseinrichtungen und den Einrichtungen der Kulturpflege“ realisiert werden, wie sie u. a. der Ergän-

<sup>72)</sup> Die „ökologische Nische“ versteht Glaser als einen Ort, der sowohl Privatheit wie Öffentlichkeit ermöglicht. „Nische ist dabei sehr vielfältig zu interpretieren; es gehört der Abenteuerspielplatz genauso dazu wie die Spielmöglichkeiten für ältere Menschen im Park, der Wirtshausgarten wie die begehbare Plastik, die OFF-Bühne wie der ‚Kulturladen‘ etc. ... Die Nische ist aus der Geometrie der Effizienz ausgespart, Beiseite-Ort, ohne deshalb abseits zu sein; sie ist so gestaltet, daß sie Abkapselung verhindert, im Verbund mit dem Gesamttraum bleibt. In der Nische finden Symbiosen statt, die ansonsten nicht stattfinden; im besonderen Symbiosen kultureller Art, wie sie durch Leistungs- und Konsumdruck erschwert werden... Die ‚Kulturnische‘ fördert kulturpädagogisches Tun, verbessert die Vermittlung von Kultur wie ihre Rezeption.“ H. Glaser/K. H. Stahl, a. a. O., S. 221, und H. Glaser, Kulturpolitik und Kulturökologie, in: Frankfurter Hefte, 1978, H. 1, S. 48 f.

<sup>73)</sup> Wege zur menschlichen Stadt, a. a. O., S. 105.

<sup>69)</sup> Vgl. z. B. „Kulturbericht“ des Hamburger Senats, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 8/3550, S. 4.

<sup>70)</sup> So z. B. H. M. Enzensberger, K. M. Michels, W. Boehlich, P. Hamm (1967/68). Vgl. dazu: Ismayr, a. a. O., S. 438 ff.

<sup>71)</sup> Die geläufigen „Einrichtungen der Kulturpflege“ — so heißt es im Hamburger Kulturbericht vermittelnd — „sind unverzichtbar für die staatliche Kulturförderung, die ihr Ziel darin erkennt, schöpferische Fähigkeiten und Kräfte des Menschen im intellektuellen und emotionalen Feld zu wecken“, a. a. O., S. 5. Diese Einrichtungen und ihre öffentliche Finanzierung machen qualifizierte Produktionen möglich, die sonst keine Chance hätten.

zungsplan „Musisch-kulturelle Bildung“ anstrebt<sup>74)</sup>. In diese Kooperation sollten auch die Angebote von Kirchen, Verbänden, freien Gruppen und Amateurvereinen einbezogen werden<sup>75)</sup>. Zudem wächst die Einsicht in die Bedeutung dezentraler, stadtteilbezogener Kulturarbeit. Zunehmend wird erkannt, daß Lebensumstände und Umwelt im Nahbereich das kulturelle Bewußtsein des einzelnen wesentlich prägen. „Kultur um die Ecke“ (Glaser) ist gefragt.

Kulturpolitische Bemühungen gehen hier in zwei Richtungen. Sie sollten sich in dem Maß ergänzen, wie es die jeweiligen lokalen und regionalen Gegebenheiten erlauben: Einmal wird die Einrichtung (vieler) kultureller Kleinzentren in den Stadtteilen und Randsiedlungen angestrebt, die untereinander und zu den zentralen Einrichtungen in enger Verbindung stehen sollen. In Nürnberg wurde hier das „Modell“ einer „Kulturladenkette“ entwickelt, der Hamburger Kulturbericht wünscht sich ein „Netz von Kommunikationszentren“<sup>76)</sup>. Zum anderen wird mit Recht auf die Bedeutung der Vereinskultur und von Gruppen-Initiativen für eine kommunikative und produktive Freizeitbetätigung hingewiesen. Die Förderung freier Gruppen und Initiativen sollte als wichtige Aufgabe der kommunalen Kulturarbeit verstanden und in Kulturentwicklungsplänen berücksichtigt werden. Was hier durch Information und Vermittlungsarbeit geleistet werden kann, zeigt z. B. die Praxis des Erlanger Kulturreferates unter Leitung von Wolf Peter Schnetz, das u. a. eine Dokumentation der Vereine, Gruppen, Initiativen und auch der nichtkommunalen Einrichtungen der Kulturvermittlung (Galerien, Konzertangebote, Kinos, Cafés, Keller- und Clublokale mit kulturellen Programmen) herausgibt und regelmäßig zu Kontaktgesprächen einlädt<sup>77)</sup>.

<sup>74)</sup> A. a. O., S. 13.

<sup>75)</sup> Neuerdings beginnen auch die Gewerkschaften wieder, sich für die nach dem Zweiten Weltkrieg vernachlässigte Kulturarbeit zu interessieren. Vgl. K. Schwab, Erste kulturpolitische Arbeitstagung des DGB, in: Das Orchester, 1977, 9, S. 588—592.

<sup>76)</sup> H. Glaser/S. Kett, Im Dutzend billiger. Denkmodell für ein kommunales Kulturabonnement. Stadt und Land sollen die Zusammenarbeit besser nutzen, in: Kulturentwicklungsplanung, a. a. O., S. 91—102. — „Kulturbericht“, a. a. O., S. 5.

<sup>77)</sup> Kultur und Freizeit in Erlangen, Hrsg. Kulturreferat der Stadt Erlangen, 1977; vgl. „Fachplan Außerschulische Bildung und Kultur“, Stadt Erlangen 1977, Abschnitt „Einrichtungen freier Träger und Initiativen“, S. 77 ff.; W. P. Schnetz, Kneipen und Kommunikationszentren. Zur Problematik alter und alternativer Kulturpolitik — Beispiele aus Erlangen, in: Materialien zur politischen Bildung, 1/1977, S. 41—48.

Da es aber mit Vermittlungstätigkeit allein nicht überall getan ist, ergeben sich selbstverständlich Bewertungsprobleme. Dies geht auch aus der bemerkenswerten Empfehlung des Deutschen Städtetages an die Mitgliedsstädte hervor,

„— Partner für kulturelle Initiativen der Bürger zu sein,

— auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen kulturellen Einrichtungen und Vereinen hinzuweisen;

— die Vereine, Gruppen und Vereinigungen mit den vorhandenen organisatorischen und personellen Ressourcen durch praktische Hilfestellung, insbesondere aus den kulturellen Einrichtungen heraus, zu fördern;

— dabei die Selbständigkeit dieser freien Vereinigungen zu respektieren und gleichwohl im Rahmen eines Aufgabenverbundes eine langfristige Kulturpolitik zu verwirklichen und

— die kulturellen Vereine finanziell zu fördern und dabei nach kulturpolitischen Maßstäben Schwerpunkte für eine kontinuierliche Bezuschussung zu finden.“<sup>78)</sup>

Eine derartige finanzielle Förderung erfolgte in den meisten Kommunen bisher nur in geringem Umfang. In jüngster Zeit sind mehrere Städte dazu übergegangen, neue Haushaltstitel einzuführen, um bei der Förderung wenigstens etwas flexibler sein zu können<sup>79)</sup>. Auf die Einrichtung von „Kulturläden“ (Stadtteilzentren) in leerstehenden Werkstätten, Lagerräumen, Läden etc. ist gerade auch in diesem Zusammenhang zu verweisen. Als Träger kommen hier ja nicht nur die Gemeinden in Frage, sondern auch Vereine, die aus Bürgerinitiativen hervorgegangen sein können. Mit solchen Initiativen von Bürgern rechnet z. B. die Hamburger „Bürger-schaft“ (Landesparlament), die Anfang dieses Jahres einen Haushaltstitel „Förderung sozialkultureller Stadtteilzentren“ eingerichtet hat. Nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ sollen engagierte Initiativen gefördert werden, die ein „integratives generationsübergreifendes Konzept haben“<sup>80)</sup>. Von solchen Kultur-

<sup>78)</sup> „Förderung kultureller Vereine in den Städten“. Hinweise des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages, 5. 11. 1977.

<sup>79)</sup> Vgl. W. P. Schnetz, Ein Netz von Verbindungen schaffen. Kulturarbeit in Klein- und Mittelstädten. Grundsatzreferat, Jahrestagung der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V., 2./3. Nov. 1978.

<sup>80)</sup> Bürgerschaftsdrucksache 9/517. Tischvorlage für die Sitzung des Kulturausschusses v. 3. 4. 1979.

laden aus können Gruppen und Initiativen praktische Hilfen und qualitative Anregungen erhalten, und sie können darin ihrerseits gestaltend mitwirken<sup>81)</sup>. Mit mobilen Produktionen der zentralen künstlerisch-kulturellen Einrichtungen (z. B. Kindertheater) werden hier auch Menschen angesprochen, die sich nicht dazu entschließen können, die zentralen Einrichtungen aufzusuchen. Diese sollten besonders geeignet sein, das Mitmachen und die kreative Eigentätigkeit zu fördern (z. B. „Mitspieltheater“). Ähnlich gilt dies auch für zentrale Kommunikationszentren, die durch ihre größere Anonymität der Eigeninitiative freilich weniger förderlich sind. Oft wird ein beziehungsloses „Nebeneinanderherkonsumieren“ beobachtet. Es wird nicht selten dadurch begünstigt, daß sich solche Zentren aufgrund zu knapper Mittelausstattung und um ihre Existenz gegenüber einer eher skeptischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen, zur Hereinnahme üblicher kommerzieller Angebote gezwungen glaubten<sup>82)</sup>. Zu überlegen ist, ob je nach den örtlichen Gegebenheiten anstelle eines Kommunikationszentrums in der City oder ergänzend dazu Theater oder Museen mit pädagogischen Diensten und entsprechenden Räumlichkeiten ausgestattet werden sollten. Diese können mehrere Funktionen übernehmen, also auch Geselligkeit, kreative Tätigkeiten und „Mitspielen“ ermöglichen.

Gewiß gibt es einige ermutigende Ansätze kulturpädagogischer Vermittlung und Zusammenarbeit. Insgesamt gesehen ist die Situation aber alles andere als befriedigend. Dies wurde auch von der „Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung“ erkannt. Im Ergänzungsplan „Musisch-kulturelle Bildung“ regt sie nachdrücklich die Einrichtung „kulturpädagogischer Dienste“ an. Diese hätten vor allem die Aufgabe, „die Angebote der Einrichtungen der Kulturpflege in der Weise aufzuarbeiten, daß sich schulische und außerschulische Bildungsangebote sinnvoll ergänzen. Hinzu

käme zum Teil auch die Organisation für die Durchführung der Kooperation zwischen diesen Einrichtungen, falls die kulturpädagogischen Dienste über eigene Hilfskräfte verfügen.“ Wo an eine institutionalisierte Form gedacht ist, bieten sich demnach folgende Modelle an: 1. Pädagogen, die sich mit künstlerischen Problemen vertraut gemacht haben, werden an die „Einrichtungen der Kulturpflege“ abgeordnet. 2. Dort tätige Künstler werden mit der pädagogischen Arbeit oder der Öffentlichkeitsarbeit betraut. 3. „Pädagogen verschiedener Einrichtungen der Kulturpflege sowie freischaffende Künstler arbeiten an einer Stelle zusammen.“<sup>83)</sup> Weiterhin wird betont, daß auch die Angebote der freien Träger angemessen in die Kooperation einbezogen und ihre ausreichende Mitwirkung vorgesehen werden sollte<sup>84)</sup>. Als Träger kommen die Gemeinden, Kreise und auch freie Träger in Betracht.

Zur Förderung musisch-kultureller Weiterbildung, Amateurarbeit und außerschulischer Bildung ist hier an die Einstellung kulturpädagogisch ausgebildeter hauptamtlicher Referenten für musisch-kulturelle Bildung gedacht. Außerdem wird die Unterstützung von Fortbildungsprogrammen für Multiplikatoren (Animateure), Leiter und Mitglieder von Amateurrvereinen angeregt<sup>85)</sup>. Diese Vorschläge stellen immerhin eine Ermutigung für Praktiker dar und können als Ausgangsbasis für weiterführende Überlegungen dienen.

Natürlich gibt es eine ganze Palette möglicher Formen des Zusammenwirkens, auch praktische Erfahrungen. Dabei kommt es vor allem darauf an, inwieweit sie künstlerischer Qualität, ästhetischer Sensibilisierung und kreativem Mittun gleichermaßen förderlich sind. Viele Kulturpolitiker und Kulturbehörden stehen vor der Aufgabe, über ihre bisherige Tätigkeit hinaus vielgestaltige kulturelle und kulturpädagogische Aktivitäten zu fördern und sinnvoll zu koordinieren. Von ihrer Lernbereitschaft und ihrem Willen zum Umdenken wird vieles abhängen.

<sup>81)</sup> Glaser, Kulturpolitik und Kulturökologie, a. a. O., S. 52; S. Kett, Kulturladen Nürnberg, Andernach 1976. Die Assoziation des Tante-Emma-Ladens ist bei diesem Begriff gewollt; dessen Bedeutung als vertrauter Ort des nachbarschaftlichen Kontakts wird wieder betont, ebenso die Bedeutung der Kneipe um die Ecke; vgl. Schnetz, Kneipen und Kommunikationszentren, a. a. O.

<sup>82)</sup> Vgl. u. a. L. Cleffmann/A. Behr, Eine Bürgerinitiative wird zur Institution. Die „Börse“ in Wuppertal, in: Materialien zur politischen Bildung, 1/1977, S. 5—11.

<sup>83)</sup> Fachplan ..., a. a. O., S. 15.

<sup>84)</sup> Derartige Aufgaben übernimmt z. B. in Erlangen das „Freizeitamt“ mit 29 hauptamtlichen, 40—50 nebenamtlichen und etwa ebensovielen ehrenamtlichen Mitarbeitern (1977), „Fachplan ...“, a. a. O., S. 71.

<sup>85)</sup> Vielfältige Qualifikation wird von „kulturellen Animateuren“ erwartet. Vgl. F. Jor, The Demystification of Culture. Animation and Creativity, Oslo 1976.

## VIII. Kulturelle Partizipation

Bei den Bestrebungen zur Kulturentwicklungsplanung wie auch der kulturpädagogischen Arbeit sind Fehlentwicklungen keineswegs auszuschließen. Bedenkt man diese, so werden Überlegungen zur kulturellen Partizipation der Bürger zunächst auf zwei Ebenen ansetzen: erstens der Ebene der Planung, Entscheidungsfindung und Kontrolle kultureller Aktivitäten der öffentlichen Hand, insbesondere kommunaler Entwicklungsplanung; zweitens auf der Ebene der kulturellen, insbesondere der künstlerischen Einrichtungen.

1. Der Funktionswandel der Verwaltung setzt sich zunehmend auch im Bereich der Kulturverwaltung durch. Auch hier haben wir es in verstärktem Maße mit einer *planenden Verwaltung* zu tun. Dies sollte Anlaß sein, erneut nach Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger Ausschau zu halten. Bürgerbeteiligung an kultureller Entwicklungsplanung müßte im besonderen Interesse einer demokratischen Kulturpolitik liegen, der es um die Schaffung von Freiräumen kommunikativer und kreativer Entfaltung und die allgemeine und chancengleiche Teilnahme an diskursiven Willensbildungsprozessen geht.

Unter dem Anspruch einer wirksamen Erfüllung komplexer Planungsaufgaben haben die Kommunalverwaltungen ihren Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung erheblich erweitert. Sie entziehen sich faktisch in zunehmendem Maße der Kontrolle der Vertretungskörperschaften<sup>86)</sup>. Ihre Arbeit ist nicht nur für die meisten Bürger immer weniger durchschaubar, sondern auch für viele Gemeinderäte<sup>87)</sup>; damit wird ein bedenkliches demokratisches Legitimationsdefizit sichtbar. Der Anspruch der Leistungssteigerung läßt sich zudem nicht belegen. Diese Entwicklung hat keineswegs zu einer besseren Berücksichtigung des „Gemeinwohls“ geführt: Vielmehr können starke Sonderinteressen auf die arbeitsteilig organisierten Fachressorts oft erheblichen Einfluß gewinnen<sup>88)</sup>.

Der Berücksichtigung künstlerisch-kultureller Aufgaben in der Stadtentwicklung insgesamt ist eine derartige Verwaltungsstruktur nicht förderlich. Die gesamt-kulturelle Neuorientierung einer integrierten Stadtentwicklungspla-

nung hat nur dann eine Chance, wenn Formen einer Bürgerbeteiligung gefunden werden, die vornehmlich zwei Bedingungen erfüllen: Informiertheit sollte gewährleistet sein, Sonderinteressen dürfen möglichst wenig durchschlagen. Hier kann auf die Vor- und Nachteile der in den diversen Kommunalverfassungen je unterschiedlich vorgesehenen und praktizierten Beteiligungsformen wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, Bürgerversammlung, Umfrage, Anwaltsplanung, Gemeinwesenarbeit, Beiräte und schließlich auch Bürgerforen und Bürgerinitiativen nicht im einzelnen eingegangen werden<sup>89)</sup>. Einer qualifizierten Arbeit von Kulturausschüssen dienlich kann die Hinzuziehung „sachkundiger Bürger“ sein, vor allem aber die Bildung von Kunstbeiräten als Unterausschüssen des Kulturausschusses<sup>90)</sup>.

Für die Beteiligung der Bürger an der Kulturpolitik — vor allem an der Kulturverwaltung und Kulturentwicklungsplanung und deren Kontrolle — bietet sich insbesondere die sog. „Planungszelle“ an. Im Bereich der Kultur-, Kommunikations- und Freizeitpolitik könnte sich dieses vielversprechende Partizipationsmodell zuallererst bewähren, das unlängst von P. C. Dienel detailliert vorgestellt wurde<sup>91)</sup>. Dieses Modell empfiehlt sich überall dort, wo es für die Entscheidung (Planung) nicht in erster Linie auf die unmittelbare Betroffenheit ankommt, wo unvereinbare Sonderinteressen zurückgedrängt und allgemeine Interessen zur Geltung gebracht werden sollen. Nach Dienel ist die *Planungszelle* eine „Gruppe von Bürgern, die nach einem Zufallsverfahren ausgewählt und für begrenzte Zeit von ihren arbeitstägl. Verpflichtungen vergütet freigestellt worden sind, um, assistiert von Prozeßbegleitern, Lösungen für vorgegebene, lösbare Planungsprobleme zu erarbeiten“<sup>92)</sup>. Die Planungszelle bietet die Chance der Einübung demokratischer Fähig-

<sup>86)</sup> Th. Ellwein/E. Lippert/R. Zoll, Politische Beteiligung in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1975, S. 74.

<sup>87)</sup> R. Schäfer/G. Vogler, a. a. O.

<sup>88)</sup> Vgl. H. Blum/K. Heil/L. Hoffmann, Stadtentwicklung — Anspruch und Wirklichkeit, Göttingen 1976, S. 44 ff.

<sup>89)</sup> Vgl. H.-G. Wehling, Zum Stand der Änderungen in den Gemeindeordnungen, in: ZParl, 1976, H. 4, S. 466 f.; P. C. Dienel, Die Planungszelle. Der Bürger plant seine Umwelt, Opladen 1978. Zum Gesamtzusammenhang: P. C. Mayer-Tasch, Die Bürgerinitiativbewegung, Reinbek 1976.

<sup>90)</sup> Von positiven Erfahrungen mit Kunstbeiräten berichtet der Düsseldorf Kulturdezernent B. Dieckmann in: „Kultur durch Kommunikation?“ a. a. O., S. 77.

<sup>91)</sup> Zur Interpretation und Kritik dieses Modells vgl. Reinhard Hendler, Die Planungszelle als Instrument der Bürgerbeteiligung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/79, S. 15—29.

<sup>92)</sup> P. C. Dienel, a. a. O., S. 74.

keiten, eine erhebliche Erweiterung der Partizipation und damit der demokratischen Legitimation von Planungsentscheidungen. Ein weiterer Vorzug besteht auch darin, daß sie in das bestehende verfassungsmäßige Verfahren eingebaut werden kann<sup>93)</sup>.

Dienel sieht hier Vorteile für eine zukunftsorientierte Entwicklungsplanung gerade in jenen Aufgabenbereichen, die für die Entwicklung einer Stadtkultur bzw. einer kulturellen Demokratie von besonderer Bedeutung sind. Gegenüber anderen Formen bürgerschaftlicher Planungsbeteiligung zeichnet sich die Planungszelle u. a. dadurch aus, daß sie informiertere Entscheidungen ermöglicht und gegen Sonderinteressen weitgehend gesichert ist. Auch was die Planungsleistungen betrifft, kommt Dienel nach einigen 'Probelaufen' zu einem positiven Urteil: Sie seien von einer bemerkenswerten Qualität und würden der Komplexität der vorhandenen Bedarfsstrukturen eher gerecht als der technokratische Planungsprozeß. Schließlich bietet diese Planungsbeteiligung den einzelnen eine politisch bedeutsame Lernsituation an. Bei entsprechend breiter Anwendung könnte somit geholfen werden, die Rolle des Politikkonsumenten gegen die des mündigen Bürgers einzutauschen. Mit Dienel kann man sich davon in der Tat eine „dem Leitbild der Demokratie näherkommende Transformation der herrschenden politischen Kultur“ erhoffen<sup>94)</sup>.

Von besonderer Bedeutung ist für unseren Zusammenhang, daß gesamtgesellschaftliche Wertvorstellungen in diesem Kommunikations- und Lernprozeß Vorrang genießen. Zur Verarbeitung in der Planungszelle sind besonders Probleme geeignet, deren Lösung hohe Anforderungen an den Einstellungswandel des einzelnen stellen. Besser als viele andere Beteiligungsverfahren könnte die Planungszelle für viele Bürger die Möglichkeit des Diskurses bieten. Deshalb ist sie besonders geeignet, Langfristprobleme im Interesse der Gesellschaft anzugehen und einen Einstellungs- und Orientierungswandel herbeizuführen. Eine Kulturpolitik, die sich auf den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozeß an den „Grenzen des Wachstums“ verwiesen sieht und ihre Chancen bedenkt, durch die Förderung neuer Ansätze der Konsumkultur entgegenwirken zu können, sollte sich an der Erprobung dieses Partizipationsmodells im ei-

genen Planungs- und Einflußbereich besonders interessiert zeigen: Spielraumplanung selbst könnte befruchtet werden durch Planungsdiskussionen, die sich ihrerseits in „Freiräumen“ abspielen und Phantasie freisetzen. Planungszellen könnten Kulturorte sein.

2. In den Einrichtungen der Kunst- und Kulturpflege stellt sich das Problem der Partizipation unterschiedlich dar, je nach dem Grad der institutionellen Abhängigkeit von Behörden und Vertretungskörperschaften sowie der Art des künstlerischen Mediums; dabei ist zwischen der Binnenpartizipation und der Publikums- bzw. Bürgerbeteiligung zu unterscheiden. Zudem ist zu differenzieren, ob der künstlerische Schaffensprozeß selber oder die institutionellen Rahmenbedingungen (einschließlich sozialer Fragen) gemeint sind; schließlich, ob neben professioneller künstlerischer Leistung auch kulturpädagogische Aufgaben, musisch-kulturelle Animation mit dem Ziel kreativen Mitmachens\* von Laien dazugehören. Beschränkt sich eine Institution wesentlich auf Kulturverwaltung bzw. Kulturpädagogik, dann spielen Beteiligungsvorgänge eine andere Rolle als bei Einrichtungen, in denen der künstlerische Schaffensprozeß im Vordergrund steht.

Wie sich das Problem der internen Beteiligung in solchen Einrichtungen darstellt, in denen es auf den künstlerischen Schaffensprozeß in der Gruppe ankommt, habe ich am Beispiel des Theaters an anderer Stelle dazulegen versucht<sup>95)</sup>. Hier nur wenige Bemerkungen dazu: Erfahrungen in Freien Gruppen an Stadttheatern zeigen, worauf es bei der Beteiligung der Mitwirkenden ankommt: auf die Entfaltung individueller Fähigkeiten im kollegialen, kommunikativen Zusammenwirken der Gruppe. Die Aktivierung aller künstlerischen Fähigkeiten in einem möglichst ungezwungenen Kommunikationsprozeß soll zur künstlerischen Qualitätssteigerung führen. Daher sind Mitbestimmungsmodelle, die nach dem Vorbild in anderen gesellschaftlichen Bereichen am Prinzip der Gewaltenteilung orientiert sind, für derartige künstlerische Einrichtungen nur begrenzt tauglich.

Bei der künstlerischen Arbeit kommt es darauf an, daß im Interesse an einer optimalen Realisierung des Kunstwerks partikuläre Interessen so weit wie möglich zurückgestellt werden und in möglichst ungezwungener Kommunikation ein vernünftiger „Konsens“

<sup>93)</sup> Das Repräsentativsystem wird nicht tangiert, da die Letztentscheidung über Einrichtung, Themenvorgabe und Verwendbarkeit der Ergebnisse bei den Vertretungskörperschaften liegt.

<sup>94)</sup> P. C. Dienel, a. a. O., S. 196.

<sup>95)</sup> W. Ismayr, Das politische Theater in Westdeutschland, a. a. O., S. 444 ff.

entstehen kann. Bewußtseinsverändernde Wirkungen im Sinne eines neuen Ethos globaler mitmenschlicher Verantwortlichkeit können etwa von einer Aufführung um so eher ausgehen, je mehr die Kommunikation der Beteiligten den Charakter eines ästhetisch sensibilisierenden Diskurses angenommen hat und je mehr auch die Zuschauer daran teilnehmen. Insgesamt gesehen ist bei der Einführung von Mitbestimmungsmodellen im künstlerischen Bereich eine schrittweise Anpassung an den in der Praxis sich erweiternden Erfahrungs- und Bewußtseinsstand wünschenswert. Im Sinne eines dynamischen Demokratieverständnisses ist sie der Verordnung statischer Modelle vorzuziehen, weil andernfalls die Gefahr der Überforderung und der Resignation droht.

Diese Überlegungen sind auch bei der Frage der Beteiligung von Zuschauern an der Theaterarbeit zu berücksichtigen. Der Vorschlag, in einem als Mitbestimmungs- bzw. Entscheidungsgremium bestellten Theaterrat Publikumsvertretern Stimmrecht einzuräumen, ist angesichts der gegenwärtigen Bewußtseinslage und zudem aus organisatorischen Gründen nicht unproblematisch<sup>96)</sup>. Eine institutionell geregelte Beteiligung von Publikumsvertretern in Entscheidungsgremien könnte zwar zu einer stärkeren Ausrichtung an den Wünschen des „etablierten“ Publikums führen. Sie würde es aber möglicherweise dem Theater gerade schwermachen, die durch Massenmedien und Freizeitindustrie geprägte Konsumentenhaltung aufzubrechen. Das gilt auch für Bestrebungen, die Spielplangestaltung verbindlich an dem Ergebnis von Publikumsbefragungen auszurichten. Sinnvoll ist es allerdings, wenn in einen als kommunales

bzw. regionales Beratungsgremium eingerichteten Theaterbeirat Besucherorganisationen und die nicht organisierten Zuschauer Vertreter entsenden<sup>97)</sup>. (Freilich ist es schwierig, geeignete Auswahlverfahren zu finden.) Um in Probeläufen die Anwendbarkeit der „Planungszelle“ für den künstlerisch-kulturellen Bereich zu testen, könnte man diese neben Theater- und Kunstbeiräten einrichten und mit gleichen Aufgabenstellungen betrauen.

Mehr wird für die Beteiligung der Bürger durch vielfältige und kontinuierliche kulturpädagogische Aktivitäten getan, mit denen Verständnis für künstlerisches Geschehen hervorgerufen und zugleich die Entfaltung spielerisch-kreativer Fähigkeiten gefördert werden kann. Dies gilt für alle künstlerischen Medien. Auf diese Weise könnten auch die Voraussetzungen für weitergehende Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen selbstverwalteter Theater-, Kultur- und Kommunikationszentren und vor allem bei entsprechenden dezentralen Einrichtungen geschaffen werden. Wenn kommunikative und kreative Entfaltung nicht einfach als „kompensatorische“ Tätigkeit zu verstehen ist, sollte sie nicht nur auf kulturelle Binnenräume beschränkt sein. Sie sollte dazu ermuntern, an der kultivierenden Gestaltung der Umwelt aktiv mitzuwirken. Solche bürgerschaftlichen Aktivitäten könnten dem vielbeklagten Trend zur Verwaltungsdemokratie entgegenwirken. Daß schon heute die Bereitschaft dazu bei vielen Bürgern erwartet werden kann, zeigt die große Zahl sozial-kultureller Bürgerinitiativen<sup>98)</sup>.

<sup>97)</sup> Vgl. GDBA/OTV/DGB: Rahmenempfehlung zur Mitbestimmung. Überarbeitete Fassung nach dem Stand vom 4. 2. 1974.

<sup>98)</sup> Vgl. die Dokumentationen der Stiftung für staatsbürgerliche Mitverantwortung DIE MITARBEIT, S. 628.

<sup>96)</sup> E. Schöfer, Das Stadttheater als Spielplatz einer demokratischen Gesellschaft, in: Theater heute, 1969, H. 12, S. 30 f.

## **Wilmont Haacke: Deutsche Wochenblätter der Gegenwart**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/79, S. 3—27

An die Stelle der traditionellen, umfassend berichtenden und kritisierenden Monatsschriften vom Stile der „Deutschen Rundschau“ traten etwa seit 1950 die Wochenblätter. Sie wollen das Gleiche, was jene früheren Revuen oder Reviews boten, nämlich die gesamte Gegenwart — mag es sich um Politik, Kultur, Wirtschaft oder um Nöte und Vorlieben des Individuums handeln — aus überalltäglicher Distanz schildern. Darin liegt ihr Wesentliches, welches sie von den Tageszeitungen unterscheidet. Jene frühere Periodizität des monatlichen Erscheinens trug den Zeitschriften zuviel Abstand von der Gegenwart ein. Der Zwang, diese einmal in der Woche vollauf zu erfassen und dennoch über sie hinwegzublicken — zum einen in die Vergangenheit, zum anderen in die Zukunft —, gibt diesem für den Bereich der Bundesrepublik recht neuartigen Presse-Typus Reiz, Profil und Gewicht.

Wer daran arbeitet, sich beständig von neuem seine eigene Meinung zu bilden, kann auf die Lektüre der Wochenblätter — gerade weil sie höchst verschiedene politische, konfessionelle oder sonstige weltanschauliche Richtungen vertreten —, nicht verzichten. Aus der Nähe gesehen, stellen sie obendrein mehr als einen „Ersatz“ für die untergegangene Partypressen dar. In jedem Falle bieten sie Substanzen, die von flüchtigen Medien wie Rundfunk und Fernsehen nur selten erbracht werden. Solche Erfahrungen führen zu einem Plädoyer für das aufmerksame Lesen der Wochenblätter, welche nicht von ihrer äußeren Gestaltung her als Zeitungen, sondern ob ihres inhaltlichen Reichtums an Information, Meinungsbildung und Kritik als Zeitschriften anzusehen sind. Diese Studie porträtiert, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, acht der führenden Wochenblätter in der Bundesrepublik.

## **Wolfgang Ismayr: Perspektiven einer kulturellen Demokratie**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/79, S. 29—46

In den westlichen Industriestaaten zeigt sich ein deutlicher Trend zur Herabsetzung der Lebensarbeitszeit, dem ein wachsendes Interesse an Freizeit entspricht. Darauf hat sich eine florierende Freizeit- und Medienindustrie mit entsprechenden Konsumangeboten eingestellt. Deren massenhafter Verbrauch in der Freizeit bestimmt zunehmend Einstellungen und Handlungsorientierungen und damit auch die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland und vergleichbaren Ländern. In dieser Situation sind Aufgaben und Chancen der Kultur- und Freizeitpolitik im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gründlicher als bisher zu bedenken.

Noch ist deren Bedeutung für die weitere demokratische Entwicklung der politischen Kultur nicht hinreichend bewußt geworden — trotz ermutigender Ansätze in jüngster Zeit. Unter den Voraussetzungen eines stetigen Wirtschaftswachstums konnten sich Demokratievorstellungen zur Geltung bringen, die auf die Entwicklung einer Konsumkultur abgestimmt waren. Sie setzen eine Konsumentenhaltung der Bürger geradezu voraus (Markt- und Elitemodell der Demokratie). Da nun die weltweiten Gefahren eines schrankenlosen Wachstums sichtbar geworden sind und der technisch-ökonomische Fortschrittsglaube in eine Krise geraten ist, läßt sich ein derartiges Demokratieverständnis nicht mehr hinreichend legitimieren. Zu befürchten ist, daß unter diesen Voraussetzungen ein autoritärer Zuteilungsstaat antizipiert wird.

Diese verhängnisvolle Alternative ist nur vermeidbar, wenn der Zusammenhang von wahren Interessen der Gemeinschaft und wohlverstandenen Interessen der einzelnen und Gruppen neu gesehen, ein grundlegender ethischer Bewußtseinswandel und neue Wert- und Handlungsorientierungen für notwendig gehalten werden. Allein unter den Bedingungen einer partizipatorisch fortentwickelten demokratischen Kultur eröffnet sich diese Chance. Mit dem Entwurf einer kommunikativen Ethik werden die getrennten Bereiche Vernunft, Ethik und Politik in eine neue Beziehung gebracht. Damit wird die Möglichkeit zur Kultivierung menschlicher Lebensverhältnisse neu behauptet.

Über diesen Versuch hinaus ist zu fragen, inwieweit auch die Abtrennung des Ästhetischen und speziell des künstlerischen Erfahrungsbereichs überwunden werden könnte. Dabei kann Schillers Entwurf einer ästhetischen Erziehung für gegenwärtiges Denken und Handeln fruchtbar gemacht werden, wenn man von einem „dynamischen“ Wahrheits- und Wirklichkeitsverständnis ausgeht. Hier wird auf die möglichen Wirkungen künstlerischen Geschehens für die Bildung einer humanen demokratischen Kultur verwiesen. Aus diesen Überlegungen lassen sich Kriterien für kulturpolitische Konzepte gewinnen. Kulturpolitiker sollten darauf hinwirken, daß Politik insgesamt kulturelles Interesse entwickelt und angesichts des „Zukunftsschocks“ und der einhergehenden Sinnkrise Voraussetzungen für einen Orientierungsrahmen schafft. Insbesondere stellt sich für sie die Aufgabe, Spiel- und Freiräume für die kulturelle Selbstentfaltung zu sichern.